

— Achtzehnter Jahrgang. —

Nr. 42.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 15. bis 21. Oktober 1909.

Posen, den 26. Oktober 1909.

Aus den Blättern der Provinz Posen.Verband der Geistlichen
„Unitas“.

Im Oktober 1909.

Mitteilung des Hauptvorstandes.

1. Unseren geehrten Mitgliedern senden wir durch Vermittelung der Kreisvorstände folgendes zu:
 1. Den Jahresbericht über die Tätigkeit des Verbandes für das Jahr 1908/09;
 2. den Jahresbericht über die am 13. August 1909 stattgefundene Generalversammlung der „Unitas“;
 3. Nachweisung der Mitglieder des Hauptvorstandes, der Kreisvorstände und ein alphabetisches Verzeichnis sämtlicher Mitglieder mit der Bitte um Korrigierung und Vervollständigung desselben.
2. Wir ersuchen die Kreisvorstände, auf die Tagesordnung der Versammlungen der „Unitas“ zu stellen:
 - a) Besprechung über die Jahresberichte und über die Generalversammlung unseres Verbandes;
 - b) die Versicherungsangelegenheiten, und zwar zu dem Zwecke, daß in kürzester Zeit alle Versicherungen zu den Institutionen übergehen, welche durch die „Unitas“ unterstützt werden;
 - c) die Angelegenheit betr. das Geistlichen-Heim in Zakopane;
 - d) Besprechung anderer in den vorliegenden Mitteilungen berührten Angelegenheiten.
3. Zum Zwecke einer umfangreichen Aufklärung der einzelnen Sachen sind die Mitglieder des Hauptvorstandes bereit, auf Wunsch der Kreise in den Kreisversammlungen zu erscheinen.
4. Es wird auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam gemacht, die Kirchenländereien und Propsteien gegen Haftpflicht zu versichern. Erst unlängst sind mehrere Fälle vorgekommen, in welchen die Parochien zur Zahlung eines erheblichen Schadenersatzes gezwungen wurden.
 - a) In einer gewissen Parochie sind Knaben auf den Glockenturm gestiegen und warfen ein Stück Eisen auf den Kopf eines untenstehenden Knaben. Die Parochie mußte für Behandlungskosten 492,70 Mark und 600 Mark Schadenersatz zahlen.
 - b) In der Winterszeit glitt jemand auf dem Wege zur Kirche vor der Kirche aus und zog sich erheblichen Schaden zu. Trotzdem die Parochie den Nachweis geführt hatte, daß Sand gestreut wurde und daß an dem betreffenden Tage infolge des Regens durch das Streuen mit Sand die Glätte nicht verhütet wurde, verurteilte doch das Gericht

die Parochie. Auf dem Wege des Vergleichs zahlte die Parochie dem Verletzten die Prozeßkosten, 2000 Mark Schadenersatz und die Kosten für die Krankenkasse, zusammen über 5000 Mark.

Die Kosten der Versicherung sind unbedeutend. Bei Versicherungen von 20 000 Mark Schadenersatz einer Person, 60 000 Mark Schadenersatz mehrerer Personen, 3000 Mark Schadenersatz für Tiere und Gerätschaften zahlt man je nach Größe des Kirchenterrains 15 bis 30 Mark jährliche Prämie, jedoch hängt es von der Größe der versicherten Ländereien ab. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Parochien der Verantwortlichkeit auch dann unterliegen, wenn sie kontraktlich das Sandstreuen und andere Vorsichtsmaßregeln gegen Bezahlung einer gewissen Person übertragen, wie z. B. dem Kirchendiener oder dem Balgentreter.

5. Wir erinnern an die Notwendigkeit der Erneuerung der Taxe der versicherten Kirchen und Gebäude gegen Feuer. Eine einmal festgesetzte Taxe reicht nicht aus, denn bei einer gleichen jährlichen Prämie rechnen die Feuerversicherungen die jährliche Wertabnahme der Gebäude ab. Es ist vorgekommen, daß bei Feuer, welches mehrere Jahre nach der ersten Feuertaxe ausgebrochen war, eine erhebliche Summe zum Nachteil der Versicherten in Abrechnung gebracht worden ist.

Die Taxe muß erneuert werden, damit der wirkliche Wert der Gebäude festgestellt wird.

Bei der Erneuerung der Abschätzung bitten wir, die Feuerversicherung der Kirche und der Gebäude durch unsere Vermittelung der „Rheinland“ zu übertragen.

Viele der geehrten Brüder wissen nicht, daß wir in der „Rheinland“ gegen Feuer die Kirchenparamente, Bänke, Beichtstühle usw. und das ganze Kircheninventar billig versichern.

Bezugnehmend auf den St. Florian-Verein bitten wir, bei der Versicherung die Ernte zu berücksichtigen und bei der Zusatzversicherung der Ernte oder der Schöber sich eine angemessene Auszahlung im Falle eines Brandes zu sichern.

6. Die Kreisvorstände haben eine Anzahl Statuten und Deklarationen auf Anteile des Genesungsheims für Geistliche in Zakopane erhalten. Über die Bedeutung des Werkes ist hier weiter nichts mehr nötig zu schreiben. Will man der guten Sache helfen, so kann man zwei Wege wählen. Entweder die Deklaration auf den Anteil*) unterschreiben,

Der Anteil beträgt 50 Kronen und 5 Kronen Eintrittsgeld. Die Verantwortlichkeit für jeden Anteil beträgt ebenfalls 50 Kronen.

oder man gibt zinsenlose Anleihe auf die Hypothek des Genesungsheims. Die Disposition der Hypothek wäre auf geeignete Weise unserem Verbande sicher gestellt, so daß damit der Einfluß der „Unitas“ auf die Verwaltung des Hauses ein bedeutender wäre. Die zu dem Zweck geopfert Summen würden dem Darlehn von 10000 Kronen, von welchem in dem Bericht der Generalversammlung die Rede ist, hinzugefügt werden.

Die geehrten Mitglieder wollen diese oder jene Art und Weise wählen und die betreffende Deklaration direkt dem Hauptvorstande oder durch Vermittelung des Kreisvorstandes zuschicken.

7. Die Sache des Kontraktes mit den Orgelstimmern, die Sache der Kolportage usw. werden wir später mitteilen.
8. Unvollständigkeiten, welche in der Mitgliederliste vorkommen können, sowie Namen der Mitglieder, welche in der Liste versehentlich verwechselt wurden, bitten wir direkt an den Hauptvorstand zu senden, damit wir die Mitgliederliste vervollständigen können.

Mit Hochachtung

Der Hauptvorstand

des Verbandes der Geistlichen „Unitas“.

Prälat Wawrzyniak, Geistlicher Laubitz,
Vorsitzender. Stellvertreter.

Geistlicher Adamski, Schriftführer.

Geistlicher Goebel. Geistlicher Gryglewicz.

Geistlicher Dr. Hozakowski. Geistlicher Mojzykiewicz.

Geistlicher Piotrowicz. Geistlicher Dr. Skrzyblewski.

II. Rechenschaftsbericht.

des Priesterverbandes „Unitas“

für die Zeit

vom 1. September 1908 bis 30. August 1909.

1. Organisation und Mitgliederstand.

Distriktsorganisation, durchgeführt in allen Kreisen, mit Ausnahme der Kreise Frauastadt, Mejeritz und Deutsch-Krone. Die Nachweisung der Distriktsvorstände sowie das Mitgliederverzeichnis werden wir besonders bringen. Das Mitgliederverzeichnis hatte am Tage der Generalversammlung im Jahre 1908 516 Mitglieder aufzuweisen.

Seit dieser Zeit wurden in die „Unitas“ folgende Mitglieder aufgenommen (darunter befinden sich einige, die aus Versehen in dem vorjährigen Verzeichnis ausgeschlossen worden sind):

Pfarrer Alexander Labujewski, Samter.

„ Kasimir Klein, Birkenfelde.

„ Stanislaus Grzenda, Ostrowo.

Dekan Manicki, Nefla.

Prälat Dr. Ludwig von Jazdzewski, Schroda.

Pfarrer Stephan Janiewicz, Slupia.

„ Joseph Kapfa, Kosten.

Geistlicher Viktor Gorski, Kröben.

„ Stanislaus Dolatkowski, Baf.

„ Philipp Hoffmann, Friedheim.

„ Johann Jendraszkiewicz, Kirchl.-Palendzie.

„ Mieczislaus Skonieczny, Gnesen.

„ Stanislaus Wojciechowski, Hochberg.

„ Stanislaus Natajczak, Kursdorf.

„ Valentin Kryzan, Betsche.

„ Paul Kunze, Krotoschin.

„ Maximilian Wrugas, Bomst.

„ Johann Wlazlo, Gr.-Strzelce.

Geistlicher Kasimir Lapis, Kobierno.

„ Richard Plaz, Fislehne.

„ Sigismund Majewski, Jezew.

„ Thaddäus Slowinski, Smolitz.

„ Stanislaus Lipowicz, Kolaczkowice.

„ Wladislaus Balamoncz, Gostyn.

„ Thaddäus Wierbinski, Posen.

Dekan Kasimir Gidaszewski, Mrottschen.

Geistlicher Julian Flach, Zabartowo.

„ Joseph Smigielski, Runowo.

„ Ignaz Kowalski, Glesno.

„ Edmund Wiczynski, Gromaden.

„ Alphons Kaczmarek, Wirsz.

„ Wladislaus Zielinski, Parentschewo.

„ Peter Kosmider, Poln.-Wilke.

„ Valentin Klement, Wielichowo.

„ Kasimir Malinski, Posen.

„ Ignaz Wlodarczyk, Bentischen.

„ Stanislaus Dubski, Bentischen.

„ Franz Kryzan, Betsche.

„ Joseph Braun, Dombrowka.

„ Klemens Koschowski, Sobialkowo.

„ Joseph Schulz, Smieschkow.

„ Leo Taczak, Kiebel.

„ Joseph Niemi, Kobierno.

„ Albin Krzyzanski, Lutom.

„ Ludwig Kobowski, Sadke.

„ Mieczislaus Czuzak, Kobylin.

„ Michael Kopydlowski, Gostyn.

„ Czeslaus Meißner, Ottorowo.

Domherr und Prälat Dorjzewski, Gnesen.

Geistlicher Johann Piotrowski, Dłobok.

„ Kasimir Kruszyński, Lubin.

Kanonikus Joseph Tadj, Lissa.

Geistlicher Thaddäus Mroczkowski,

„ Woleslaus Jackowski, Chomionza.

„ Franz Harwaczynski, Solec.

„ Vincent Wisniewski, Kiebel.

„ Stanislaus Januszewski, Schepanowo.

„ Stanislaus Piontkowski, Margonin.

„ Johann Szczepanski, Morzewo.

„ Mieczislaus Matyszek, Altkloster.

„ Adalbert Roenspies, Altkloster.

„ Stephan Drozdowski, Wollstein.

„ Edmund Kasior, Koschmin.

Es sind also in dem Rechnungsjahre 64 Mitglieder neu hinzugetreten.

Gestorben sind im Rechnungsjahre folgende Mitglieder:

Dekan Zawidzki, Rogaschyce,

Prälat Cnn, Betsche.

Propst Radetzki, Mejeritz.

Geistl. Rat Dolny, Patoslaw.

Pfarrer Konopinski, Radenz.

Dekan Cypniewski, Janowitz.

Prälat Warminski, Posen.

Pfarrer Ratowicz, Dembno.

Domherr Schauf, Posen.

Ausgetreten ist ein Mitglied.

Der Mitgliederbestand am 1. September beträgt demnach 570 Mitglieder.

2. Kassenbestand.

Einnahme:

Überschuß des Jahres 1908	1985,84 M.
Beiträge bis 31. 7. 09	607,— "
Provision der „Besta“ bis 31. 7. 09 ..	561,50 "
	3217,34 M

Ausgaben:

Erstattung der Distriktsforderungen....	101,93 M.
Gehälter.....	165,— "
Druck- und Portokosten usw.	753,64 "
Police der „Westa“	84,30 "
	1104,87 M.
 Zusammenstellung: Einnahme...	3217,34 M.
Ausgabe....	1104,87 "
Rest	2112,47 M.

Die Rechnungen und Belege werden von einer in der Generalversammlung gewählten Kommission geprüft. Die Kasse wird von der St. Adalbert-Druckerei und Buchhandlung in Posen verwaltet.

3. Die Tätigkeit des Hauptvorstandes.

Der Hauptvorstand hielt drei Versammlungen ab: am 7. Oktober 1908, am 16. März 1909 und am 9. August 1909.

Die Beratungsgegenstände des Hauptvorstandes sind zum Teil den Vereinsmitgliedern aus dem den Distriktsvorständen im Oktober 1908 übersandten Berichte bekannt. Letzterer enthielt 11 Punkte, die in den Distriktsversammlungen durchberaten wurden.

Im Mai d. J. wurde der Monatschrift „Unitas“ eine Bekanntmachung beigelegt, welche von dem Abschluß eines Vertrages mit dem „Deutschen Anker“ Mitteilung machte, worauf wir später noch zurückkommen werden.

In allen Vorstandsversammlungen nahm man sich lebhaft der Sache der Monatschrift „Unitas“ an, es wurde mit dem Herrn Redakteur ein Vertrag abgeschlossen, die redaktionelle und finanzielle Seite des Blattes erörtert, worüber wir am anderen Orte berichten werden.

Einige Distrikte stellten den Antrag, die „Unitas“ solle dafür sorgen, daß ihr die Korporationsrechte verliehen würden. Der Hauptvorstand beschloß, den Antrag einzubringen und ihn in der Generalversammlung zu unterstützen. Wenn die Versammlung den Antrag annehmen sollte, dann würde eine Änderung der Satzungen erforderlich sein. Den Entwurf der neuen Satzungen hat der Hauptvorstand ausgearbeitet und legt ihn hiermit vor.

Der Hauptvorstand zog die Beteiligung der Aleriker an Versicherungen in Erwägung und beschloß nach eingehender Besprechung, die noch nicht die höheren Weihen besitzenden Aleriker vor Lebens- und anderen Versicherungen, welche auf Kredit geschlossen werden, zu warnen. Um es den Alerikern zu erleichtern, sich vor der Zudringlichkeit der Agenten zu schützen, wird ihnen eine Erklärung vorgelegt, kraft dessen sie sich verpflichten, nicht anders zu versichern, als durch Vermittelung der „Unitas“.

Den Alerikern, welche die Subdiaconatsweihe besitzen, wird der Abschluß eines Lebensversicherungsvertrages auch finanziell erleichtert.

Der Punkt betreffs Vertragsabschluß mit einem Orgelstimmer ist nicht erledigt worden. Weil vorläufig kein Orgelstimmer vorgeschlagen werden konnte, wurde beschlossen, vor allen Dingen mit Hilfe des erfahrenen und kompetenten Sachverständigen Propst Dr. Surzynski, einen Mustervertrag mit einem Orgelstimmer vorzubereiten. Im Interesse der Erhaltung der Orgeln und Schonung der Kirchenkassen vor Reparaturkosten infolge Vernachlässigung der Orgeln, hat der Hauptvorstand beschlossen, den Abschluß von Abonnementsverträgen mit Orgelstimmern warm zu empfehlen, welche gegen einen ständigen Jahresbeitrag den Orgelstimmer verpflichten, die Orgel in Ordnung zu halten und kleinere Reparaturen vorzunehmen.

Über die Stellungnahme des Hauptvorstandes in der Angelegenheit der Verteidigung der Ehre der öffentlich angegriffenen Mitglieder berichten wir weiter unten.

Die mit den Protokollabschriften eingegangenen Anträge sind besprochen worden. Zum Teil sind sie auf dem Wege des Schriftwechsels mit den Kreisvorständen erledigt worden, hinsichtlich einiger ist ein Beschluß noch nicht gefaßt worden, und ein Teil soll der Generalversammlung unterbreitet werden.

Dagegen hat sich der Hauptvorstand veranlaßt gesehen, auf eine ganze Reihe von Wünschen und Anträgen zu antworten, daß sie die Kompetenz unseres Verbandes überschreiten. Der Hauptvorstand betrachtet es als eine seiner wichtigsten Aufgaben, darüber zu wachen, daß sich die Tätigkeit der „Unitas“ streng an den durch die Satzungen vorgeschriebenen Weg hält. Aus diesem Grunde mußten Anträge und Angelegenheiten zurückgestellt werden, die außerhalb des Wirkungsbereiches der „Unitas“ liegen und aus irgendwelchen Gründen vor eine andere Instanz gehören.

Die Unklarheiten und Zweifel werden sich aufklären, sobald die weitere Arbeit unseres Verbandes dieser Arbeit engere Grenzen gezogen haben wird.

Zur Aufklärung auf diesem Gebiete würde der Besuch der einzelnen Kreisversammlungen seitens der Mitglieder des Hauptvorstandes in hohem Maße beitragen. Im Berichtsjahre haben nur zwei Kreise um den Besuch eines Mitgliedes des Hauptvorstandes gebeten. Diesem Wunsche ist entsprochen worden. Die Mitglieder des Hauptvorstandes haben sich zum Besuch der Kreisversammlungen gern bereit erklärt. Diesbezügliche Wünsche sind an den Hauptvorstand zu richten.

4. Bericht über die Monatschrift „Unitas“.

Die Generalversammlung des Jahres 1908 hat sich mit der Herausgabe einer theologischen Monatschrift einverstanden erklärt unter Übernahme der finanziellen Verantwortung auf unsere Verbandskasse. Die Redaktion der Monatschrift hat auf Grund des vom Hauptvorstande bestätigten Vertrages der Geistliche Professor Dr. Wladislaus Hozakowski übernommen. Das erste Heft ist am 1. Januar 1909 erschienen. Über die Konten der Monatschrift „Unitas“ wird besonders Buch geführt.

Zur Information unserer Mitglieder geben wir nachstehend den Kassenbericht über die Monatschrift „Unitas“ für das I. Halbjahr 1909 wieder:

Einnahme.

631 Abonnenten im Buchhandel für das I. Vierteljahr (nach Abzug von 10 %)	1703,70 M.
46 Postabonnenten	133,03 "
617 Abonnenten für das II. Vierteljahr à 3 M. nach Abzug von 10 %	1665,90 "
50 Postabonnenten für das II. Vierteljahr	144,60 "
15 Abonnenten zu ermäßigtem Preise (für die Aleriker) für das I. und II. Vierteljahr	60,00 "
64 Abonnenten durch Vermittelung von Buchhändlern für das I. und II. Vierteljahr	256,00 "
Für Annoncen, I. Halbjahr 1909...	735,98 "
Erstattung von Honorar	52,50 "
Summe	4751,71 M.

Ausgabe.

Annoncen, Reklamen, Versendung der Prospekte und Ansichtsexemplare	551,87 M
Drucksachen für die Redaktion	26,75 "
Zeitschriften für die Redaktion	253,55 "
Bücher für die Redaktion	147,20 "
Rechnung der Druckerei und Buchbinderei	1961,20 "
Porto der Honorarversendungen	5,20 "
Porto der Belegeremplare	2,70 "
Porto in Annoncenangelegenheiten	3,15 "
Verfasserhonorare	1176,50 "
Gehalt des Redakteurs	900,00 "
Ausgaben der Redaktion	100,00 "
Porto für Gratisexemplare	33,60 "
Rück erstattung des Abonnementgeldes eines verstorbenen Abonnenten	6,00 "

Zusammenstellung.

Ausgabe	5167,72 M
Einnahme	4751,71 "
Fehlbetrag	416,01 M

Kassenbericht

über die Monatschrift „Unitas“ für das II. Halbjahr 1909:

Einnahme.

746 Abonnenten à 6 M (nach Abzug des gewöhnlichen Buchhändlerabatts sowie 10 % der direkt und durch die Post verschickten Exemplare)	3888,00 M
Für Annoncen	735,00 "
Summe	4623,00 M

Ausgabe.

Für Zeitschriften	253,55 M
„ Bücher	147,20 "
„ Drucksachen	1600,00 "
Porto	45,00 "
Verfasserhonorare	1200,00 "
Gehalt des Redakteurs	900,00 "
Fehlbetrag für das I. Halbjahr	416,01 "
Summe	4561,76 M

Zusammenstellung.

Einnahme	4623,00 M
Ausgabe	4561,76 "
Überschuß	61,24 M

Die im Vertrage mit dem Herrn Redakteur vorgesehene Ausgabe für den Mitredakteur haben wir bisher nicht geleistet. Sobald diese Ausgabe infolge Vergrößerung der Redaktion zu leisten sein wird, wird sich statt des Überschusses ein Fehlbetrag ergeben.

5. Versicherungen.

I. „Besta“

- durch Vermittelung der „Unitas“ sind im Rechnungsjahre 11 Versicherungen auf den Gesamtbetrag von 57 500 M abgeschlossen worden;
- es sind 147 Anträge auf Ermäßigung der Prämien der früheren Versicherungen gestellt worden.

Auf Grund des mit der „Besta“ abgeschlossenen Vertrages hat die „Besta“ an die Kasse der „Unitas“ folgende Bonifikationen gezahlt:

für 1908	191,25 M
„ das I. Vierteljahr 1909	220,00 "
„ das II. Vierteljahr 1909	113,75 "
Zusammen	525,00 M

II. „Rheinland.“

Bis jetzt sind im ganzen 33 Versicherungen abgeschlossen worden, und zwar 13 gegen Feuer, 4 gegen Unfall, 10 gegen Haftpflicht, 5 gegen Einbruchdiebstahl und 1 gegen Fenstererschäden.

Wir haben bisher 22 Mitteilungen bekommen, daß nach Ablauf der bestehenden Versicherungen Versicherungen mit „Rheinland“ abgeschlossen werden, darunter sind 13 Feuerversicherungen. Wir werden die betreffenden Konfratres seinerzeit an die Kündigung erinnern und bitten andere Konfratres, uns mitzuteilen, wann die bisherigen Verträge ablaufen, damit wir uns seinerzeit melden können. Wir bemerken, daß es eine irrtümliche Ansicht ist, daß gegenwärtig eine Anordnung der geistlichen Behörden bestünde, wonach die Kirchen und das Kirchenvermögen ausschließlich bei der Provinzialfeuersozietät zu versichern sind.

An Bonifikationen sind von der Gesellschaft „Rheinland“ eingekommen für 1908 29,77 M.

Die Bonifikationen der „Rheinland-Gesellschaft“ werden am Schlusse des Jahres berechnet, deshalb sind die Bonifikationen für die im Jahre 1909 abgeschlossenen Versicherungen in der obigen Berechnung nicht enthalten.

Es muß allerdings konstatiert werden, daß sich die Versicherungen in der Gesellschaft „Rheinland“ bisher noch nicht genügend entwickelt haben.

Wir erinnern daran, daß die Gesellschaft „Rheinland“ folgende Versicherungszweige vertritt:

- Feuerversicherung für Kirchen, Propsteien, Parochialsäle, Spitäler, Krippen, Paramente, Kircheninventar, Fahnen usw.;
- Haftpflichtversicherung:
 - für Parochie- und für Kirchenterrain,
 - persönliche für die Herren Konfratres als Nutznießer von Häusern, als Wirte, Vereinsvorsitzende usw.
- Einbruchdiebstahlversicherung für Kirchen, Kirchenassen, Privatwohnungen;
- Unfallversicherung,
- Scheiben- und Fensterversicherung;
- Versicherung gegen Schäden durch Wasserrohrbrüche.

Die Stellung von Anträgen wird von uns erleichtert, wir bitten auch um die Stellung provisorischer, unverbindlicher Anträge, die nur zur Feststellung der Prämienhöhe dienen.

III. Deutscher Anker.

Nach Berücksichtigung der Anträge mehrerer Kreise haben wir die Tätigkeit betreffs der Versicherung auch auf die Krankenversicherung ausgedehnt.

Wir haben mit der Gesellschaft „Deutscher Anker“ einen Vertrag geschlossen, mit der einzigen Gesellschaft, welche Versicherungen gegen Krankheit abschließt, ohne ständige Arbeitsunfähigkeit zu versichern und das ganze Jahr Unterstützungen zahlt. Es hat uns daran gelegen, Hilfe bei langandauernden Krankheiten sicher zu stellen, welche andere Versicherungen nicht berücksichtigen und nur höchstens 90 Tage Unterstützungen zahlen.

Die Gesellschaft hat sich auf Grund des Vertrages vorbehalten, daß sie sich direkt an die Herren Konfratres durch ihre Agenten wenden wird, welche eine vom Vorsitzenden der „Unitas“ unterschriebene beglaubigte Abschrift des Vertrages erhalten haben.

Wir ersuchen, soweit es angängig ist, sich durch Vermittelung des Agenten, welcher sich durch die erwähnte beglaubigte Abschrift legitimiert, zu versichern.

Auf Grund des Vertrages werden alle unsere Mitglieder in der ersten und zwar in der billigsten Klasse die Prämie zahlen, wobei sich jedoch die Prämie dem Alter des Versicherten entsprechend erhöht.

Die hochwürdigen Herren Konfratres, welche im „Deutschen Anker“ versichert sind, wollen uns darüber per Postkarte Nachricht geben.

Bis jetzt haben wir keine Kenntnis über eine Krankenversicherung eines Mitgliedes erhalten.

IV. Der Verein St. Florian.

Auf Grund des Beschlusses des Vereinsvorstandes des St. Florian wählte dieser Vorstand an Stelle des verstorbenen Geistlichen Offizial Echaust den Vorsitzenden der Unitas, Prälaten Wawrzyniak aus Mogilno zum Direktor des Vereins des St. Florian. Es wurde gleichzeitig beschlossen, die Führung der Bücher usw. dem Bureau „Unitas“ zu übertragen, was auch schon am 13. August erfolgt ist.

Wir ersuchen daher, gütigst bei Geld- und Briefsendungen sowie anderen Korrespondenzen an den Verein des St. Florian zu adressieren:

St. Adalbert-Druckerei und Buchhandlung G. m. b. H. (St. Florian), Posen.

Unser Verband erhielt im Rechnungsjahre 54 neue Anträge mit einer Versicherungssumme von 345,588 M. Diese Anträge wurden dem Vorstände des St. Florian-Vereins zugesandt.

Es muß bemerkt werden, daß bis jetzt in dem Verein St. Florian nur 384 Konfratres versichert sind; in Anbetracht dessen eröffnet sich für unseren Verband ein weites Gebiet der Tätigkeit, um auch hier unsere eigene Institution, die sich sehr gut entwickelt, — wie ein besonderer Jahresbericht nachweisen wird — zu verbreiten, müssen wir uns ihr solidarisches anschließen.

6. Bureau „Unitas“.

Das unter der Leitung des Geistlichen Fr. Rucinski stehende Bureau „Unitas“ erledigt in Anbetracht der wachsenden und erweiternden Tätigkeit unseres Verbandes immer größere Arbeit. Die Tätigkeit des Bureaus ergibt sich aus den Ziffern der ausgesandten Korrespondenz. An Drucksachen sind 512 Stück versandt worden. In der Zeit vom 1. August 1908 bis zum 1. September 1909 hat das Bureau 620 Briefe und Sendungen verschickt, wobei die ausgesandten Sammeldrucksachen nicht mit eingerechnet sind.

In Anbetracht des Anschlusses des St. Florian-Vereins und des Wachstums der Versicherungen wird im zukünftigen Jahre die Bureauarbeit einen bedeutenden Zuwachs erfahren.

7. Schutz der Geistlichkeit.

Unser Verband kann sich nicht zum Grundsatz machen, den Mitgliedern in allen Fällen einen Schutz angedeihen zu lassen, sogar auch dann nicht, wenn der

Vorwurf begründet wäre. Er macht es sich zur Pflicht, zur Verteidigung der Ehre sowie des Zivilrechts seiner Mitglieder dann hervorzutreten, sobald sie ein unbegründeter Angriff trifft.

In den deutschen sowie polnischen Zeitungen werden öfters unwahre Nachrichten verbreitet, welche einzelne Konfratres beeinträchtigen. Zum Schutze der Würde unseres Standes erachten wir es für eine notwendige Sache, diesen Nachrichten eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und das um so mehr, als man ihnen oft Bemerkungen hinzufügt, welche den ganzen geistlichen Stand schädigen. Weil der Angeklagte oft die Vorwürfe nicht kannte und sie deshalb nicht berichtigen konnte, las auf Empfehlung des verstorbenen Erzbischofs von Stabrowski einer von den Geistlichen schon seit langem Zeitungen, welcher die Auschnitte mit Angriffen dem angegriffenen Geistlichen zusandte, und ihm damit die Möglichkeit der Verteidigung und Richtigstellung gab.

Unser Verband hat die Arbeit übernommen und führt sie weiterhin aus; er erledigt auf Verlangen des betreffenden Konfratres die Redigierung oder die Übersendung der Berichtigung auf Grund des zugestellten und sachlichen Materials.

Der Hauptvorstand hat die Sache mehrere Male beraten und um der Veröffentlichung der unwahren Nachrichten entgegenzuwirken, beschlossen, den glaubwürdigen Zeitungen Informationen in ähnlichen Fällen zu liefern und ersucht die Presse vor dem Drucken der Korrespondenz Informationen von ihm zu verlangen. In dieser Sache wurde beschlossen, sich mit dem Vorstände des Vereins der Journalisten und Literaten zu verständigen.

Über das Ergebnis der Verhandlung werden wir unsere Mitglieder besonders in Kenntnis setzen.

Sodann hatten wir in mehreren Fällen Gelegenheit, Rat und Fingerzeige in materiellen und kontraktlichen Sachen in der Vermittlung bei Streitigkeiten mit den Lieferanten usw. zu erteilen.

8. Die Tätigkeit der Bezirksvereine.

In zahlreichen Kreisen werden sehr selten Versammlungen abgehalten. Infolge Fehlens der Rechenschaftsberichte der Bezirke werden wir die Tätigkeit erst nach der Generalversammlung vervollständigen.

Nachweisung

der Vorstände und Mitglieder des Priesterverbands „Unitas“

am 1. September 1909.

Den Hauptvorstand

bilden folgende Mitglieder:

- 1) Prälat Wawrzyniak, Mogilno, Vorsitzender,
- 2) Prälat Lانبی, Hohensalza, stellv. Vorsitzender,
- 3) Stiftskanonikus St. Adamski, Posen, Schriftführer,
- 4) Kanonikus Goebel, Gnesen,

- 5) Dekan Mojzykiewicz, Priement,
- 6) Geistlicher Rat Piotrowicz, Skalmierschütz,
- 7) Prof. Dr. Hozakowski, Posen,
- 8) Propst Gryglewicz, Slesin,
- 9) Propst Dr. Skrzydlewski, Punitz.

Adresse des Hauptvorstandes: St. Adalbert-Druckerei und Buchhandlung G. m. b. H. („Unitas“) Posen O 1.

Die Kreisvorstände

setzen sich, soweit sie bisher organisiert sind, aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Nr.	Bezirk	Vorsitzender	Stellvertr. Vorsitzender	Schrißführer
1	Bomst	Mojzykiewicz, Priment	Zygarkowski, Wollstein	Czarnecki, Kopniß
2	Bromberg	Gryglewicz, Elesin	Motylewski, Kgl. Wierzychucin	Marciniak, Bromberg
3	Kolmar	Kentawitz, Ulsch	Lure, Margonin	Gajowiecki, Kolmar
4	Czarnikau= Fleheue	Szaal, Czarnikau	Rosenberg, Lubasch	—
5	Gnesen	Tyrakowski, Gnesen	—	Formanowicz, Modlin
6	Gostyn	Dr. Strzyblewski, Punitz	Koczwarra, Skoraszewice	Dr. Sobkowski, Alt-Gostyn
7	Grätz	Czechowski, Granowo	Wituski, Riepruszewo	Krujzta, Opalen'ga
8	Jarotschin	Wnuk, Brzostkow	Walich, Gora	Gernke, Kolniczki
9	Hohensalza	Laubitz, Hohensalza	Haupa, Argenau	Wende, Hohensalza
10	Kempen	Kujawski, Olzowa	Klementowski, Baranow	Sucharski, Slupia
11	Kosten	Dr. Surzynski, Kosten	Szafranek, Wysok	Kolajinski, Koschmin
12	Koschmin	Lukomski, Koschmin	Czerwinski, Wielowies	Sroka, Koschmin
13	Krotoschin	Klarowicz, Lutogniew	Kozik, Zduny	Bronisz, Albertshof
14	Lissa	Zwickert, Keisen	Cizimowski, Golembitz	Sramkiewicz, Pawlowitz
15	Birnbaum	Laudowicz, Kewitsch	Krzyzanski, Lutom	Panewicz, Chrzypsko
16	Mejeritz	—	—	—
17	Mogilno	Wawrzyniak, Mogilno	Kurawski, Pakosch	Greinert, Gembitz
18	Neutomischel	Zmudzinski, Michorzewo	Smietana, Brody	Koschowicz, Neustadt b. Pimme
19	Obornik	Mendlewski, Parkowo	Bratkowski, Objezierze	Jaraczewski, Ritschenwalde
20	Adelnau	Galecki, Sulmirschütz	Groszty, Adelnau	Sendlak, Sulmirschütz
21	Ostrowo	Piotrowicz, Stalmierschütz	Zborowski, Ostrowo	Lisicki, Ostrowo
22	Schildberg	Kuszczyński, Mixstadt	Jadomski, Kotlow	Ludwiczak, Schildberg
23	Pleschen	Dr. Wyczynski, Sobotka	Zwinski, Kuczow	Hemmerling, Droszew
24	Posen-Stadt	Offizial Dalbor, Posen	Dr. Hozakowski, Posen	Kucinski, Posen
25	Posen-Ost	Kotecki, Posen	Haase, Klein	Radonski, Posen
26	Posen-West	Michalski, Lodz	Gladysz, Komornik	Serdecki, Lussowo
27	Rawitsch	Dratwa, Jutroschin	Epychalski, Sarne	Niedbal, Dubin
28	Schwerin a. W.	Günther, Blesen	—	—
29	Schmiegel	Wisniewski, Czacz	Cichowski, Schmiegel	Siminski, Bialez
30	Schrimm	Wisniewski, Emchen	Kalkowski, Moschin	Siuda, Zabno
31	Schroda	Poturalski, Winnogora	Labendzki, Tulce	Swidzinski, Nietrzanow
32	Strelno	Bobowski, Ludzisk	Kesjowski, Kuschwitz	Jozewicz, Koscieszki
33	Samter	Nadziejewski, Wilczynna	Sypniewski, Scharfenort	Meißner, Ottorowo
34	Schubin	Matyszczyk, Bartschin	Soltysinski, Schubin	Budziak, Hedwigshorst
35	Wongrowitz	Kopernik, Wongrowitz	Szutala, Gollantsch	Zielinski, Wongrowitz
36	Witkowo	Nawrocki, Marzenin	Mierzejewski, Niechanow	Bonk, Schwarzenau
37	Wreschen	Labendzki, Wreschen	Bogdanski, Miloslaw	Mann, Wreschen
38	Fraustadt	—	—	—
39	Wirßitz	Tesmer, Kostowo (Friedrichshöhe)	Bobowski, Sadki	Flach, Zabartowo
40	Znin	Walczak, Gorzyce	Wawrzyniak, Srebrnagora	Klein, Brzyszkostew.

Verzeichnis der Geistlichen,

die dem Verband „Unitas“ bis zum 1. September 1909 angehörten:

Adamezewski Adam, Dekan, Mokronos.
 Adamski Ignaz, Rogalinek.
 Adamski Stanislaus, Posen.
 Alejski Anton, Grätz.
 Bajerowicz Kasimir, Posen.
 Bajerowicz Adalbert, Samotschin.
 Balamacek Wladislaus, Gostyn.
 Bonk Johann, Schwarzenau.
 Barlik Ignaz, Lubez.
 Bartsch Theodor, Wornitz.
 Bontkiewicz Josef, Hohensalza.
 Bauza Peter, Wenglewo (Wanglau ?)
 Bednarkiewicz Stanislaus, Kosten.
 Beisert Johann, Dekan, Zirkwitz.
 Beisert Stefan, Ufargewo.
 Bialas Paul, Rudocice.
 Bialkowski Franz, Bieganowo.
 Bielawski Miezislaus, Freytagsheim.
 Bielski Josef, Dekan, Monkowarsk.
 Blaziejewski Theodor, Adelnau.

Bobowski Karl, Dekan, Ludzisk.
 Bocian Adalbert, Pakoslaw.
 Bogdanski Stanislaus, Miloslaw.
 Bombicki Gustav, Priment.
 Borkowski Roman, Borek.
 Bratkowski Stefan, Objezierze.
 Braun Josef, Gr.-Dammer.
 Bresinski Anton, Odra.
 Brodowski Miezislaus, Mogilno.
 Bronisz Johann, Rozdrzewo (Albertshof).
 Budaszewski Stanislaus, Bnin.
 Budziak Michael, Chomentowo.
 Bukalski Kasimir, Gostyn.
 Burkert Johann, Groß-Lonsk.
 Byczynski Edmund, Gromaden.
 Bykowski Josef, Santomischel.
 Cegiel Thaddäus, Klecko.
 Cegielski Wladislaus, Strelno.
 Chmarzynski Alois, Lagiewnik.
 Chmielewski Paul, Pogrzebnow.

Chojnacki Ludwig, Posen.
 Chudziński Mieczysław, Schmiegel.
 Cichowski Julian, Rombin.
 Cichowski Ludwig, Schmiegel.
 Cichowski Władysław, Komornik.
 Cieplucha Sigismund, Brodnica.
 Ciepielski Michael, Brudnia.
 Cizmowski Franz, Golembitz.
 Cybichowski Anton, Zerefwice.
 Czarnecki Władysław, Kopniń.
 Czechowski Anton, Defan, Granowo.
 Czechowski Ignaz, Posen.
 Czerwinski Władysław, Wielowieś.
 Czujewicz Johann, Gnesen.
 Czyżak Johann, Wronke.
 Czyżak Mieczysław, Kobylin.
 Dombrowski Stefan, Seide.
 Dalbor Edmund, Offizial, Kanonikus, Dr., Posen.
 Dalbor Stanisław, Konary.
 Dembinski Julian, Posen.
 Dettloff Szczepan, Posen.
 Doerffer Stanisław, Puniń.
 Dolatowski Stanisław, But.
 Domachowski Józef, Podgorz.
 Donat Johann, Murzynowo kościelny.
 Dorżewski Kazimierz, Administrator der Erzdiözese
 Gnesen.
 Dratwa Franz, Zutroschin.
 Dratwa Johann, Dembowo.
 Drozdziński Stefan, Wollstein.
 Drwenski Stanisław, Siedlec.
 Dubski Stanisław, Bentzen.
 Duczmal Józef, Hoyen.
 Dulinski Anton, Pogorzela.
 Dudziński Stanisław, Borek.
 Duziński Szczepan, Włoskiejewki.
 Dykier Thaddäus, Kankel.
 Dykier Michael, Słowiec (Ritsche).
 Dziegiecki Bolesław, Defan, Czermin.
 Dzierżkiewicz Franz, Wodrze.
 Dziubek Johann, Siemowo.
 Echauf Bronisław, Defan, Ryszewko.
 Fabiż Kazimierz, Retsche.
 Faustmann Wenzel, Kirchen-Podlesche.
 Fibał Peter, Sosnica.
 Fiebig Władysław, Sarschomkowo.
 Fieret Felix, Kleinwieje.
 Fišbach Heinrich, Kościłcin.
 Flach Julian, Zarbatowo.
 Fligier Franz, Rosnowo.
 Formanowicz Leo, Modliżewko.
 Gajowiecki Leo, Kolmar.
 Galdyński Peter, Brodnica.
 Galecki Johann, Defan, Sulmirschütz.
 Gapeczyński Teofil, Rogasen.
 Gawłowicz Leo, Kretkow.
 George Johann, Polajewo.
 Gernike Paul, Kolniczki.
 Gibasiewicz Felix, Siedlemin.
 Gibasiewicz Stanisław, Mieszkow.
 Gidaszewski Kazimierz, Wroiszen.
 Gieburowski Wenzel, Posen.
 Gierłowski Józef, Lopienn.
 Gimziński Valentin, Wielichowo.
 Gladysz Johann, Defan, Wollstein.
 Gladysz Stanisław, Komorniki.
 Glazel Carl, Hohenfalsa.
 Glowinski Kazimierz, Dr., Rzegocin.
 Gluth Klemens, Münster.
 Goebel Roman, Kanonikus.
 Golski Ignaz, Radlin.
 Goncarzewicz Franz, Laszczyn.

Gorzki Ludwig, Goszczyn.
 Gorzki Ludwig, Rynarzewo.
 Gorzki Wiktor, Kröben.
 Gramlewicz Eduard, Chynowa.
 Gramse Paul, Blejen.
 Granatowicz Władysław, Odra.
 Grażynski Alfons, Schroda.
 Gregorowicz Adalbert, Venice.
 Greinert Bronisław, Gembitz.
 Grocholski Edmund, Neutomischel.
 Grosty Valentin, Defan, Adelnau.
 Grosty Adalbert, Dąbów mokre.
 Gryglewicz Edmund, Slesin.
 Grzesiek Franz, Michorzewo.
 Grzenda Stanisław, Ostrowo.
 Guder Johann, Rogasen.
 Günther Adalbert, Blejen.
 Gutsche Maximilian, Panigrozd.
 Guzikowski Franz, Pakosch.
 Guzikowski Kazimierz, Pempowo.
 Haas Józef, Wysoka.
 Haase Ludwig, Kicin.
 Harwaczynski Franz, Solec a. W.
 Haupa Władysław, Defan, Argenu.
 Heinrich Adolf, Obersitzko.
 Hejnowicz Thomas, Rothdorf.
 Hejnowski Leonhard, Dr., Domachowo.
 Hemmerling Bronisław, Drojew.
 Hertmanowski Bronisław, Chojnica.
 Hoffmann Philipp, Städtchen (Posen-St. Roch?).
 Hozakowski Władysław, Dr., Posen.
 Hubert Alexander, Ritorzyn.
 Hulewicz Alfons, Kożuty.
 Hundt Stanisław, Donaborow.
 Iwinski Adam, Brzecie.
 Jablonski Thomas, Groß-Wysoko.
 Jackowski Emil, Gostyn.
 Jadomski Stephan, Kotlow.
 Jagalski Józef, Bromberg.
 Jagodzinski Władysław, Gnesen.
 Jalożyński Michael, Sokolnik.
 Janas Johann, Defan, Staw.
 Janasik Stanisław, Dr., Wiezdrowo.
 Janiewicz Stefan, Słupia.
 Januszewski Stanisław, Szczepankowo.
 Jany Theofil, Defan, Sokolnik.
 Jaraczewski Michael, Ritschenwalde.
 Jarosz Ludwig, Schlehen.
 Jasinski Władysław, Żnin.
 Jaskolski Wincent, Sowina.
 Jaskowski Michael, Dzielanowice.
 Jaskowski, Bolesław, Parlin.
 Jastrzembski Bolesław, Liszkowo.
 Jaukz Leo, Nakel (Nege).
 Jaworski Dnusius, Kobierno.
 Jazdzewski Ludwig, Dr., Prälat, Defan, Schroda.
 Jendraszkiewicz Johann, Palendzie kościelny.
 Jedzint Paul, Dr., Kanonikus, Posen.
 Jenziek Eduard, Kommenderie.
 Jezierski Anton, Kunthal.
 Jezierski Józef, Orlowo.
 Jerzycki Sigismund, Walfow.
 Jonas Teofil, Myjomice.
 Jozewicz Adam, Koscielski.
 Jurek Hippolit, Bythin.
 Jurek Johann, Grabow.
 Kaczmarek Alfons, Wirsi.
 Kaczmarek Martin, Gnesen.
 Kalawski Johann, Santomischel.
 Kalkowski Erasmus, Moschin.
 Kammer Johann, Gnesen.
 Kaniewski Kazimierz, Witkowo.

Kanikowski Mikodem, Schrimm.
Kantak Kamillus.
Kapsa Józef, Kosten.
Kasior Edmund, Koschmin.
Kazmierzki Boleslaus, Posen.
Kempski Paul, Smogulec.
Kielczewski Karl, Czempin.
Kilinski Wladislaus, Schneidemühlchen.
Kinowski Anton, Defan, Dporowo.
Kittel Leo, Hochkirch.
Klarowicz Józef, Prusice.
Klarowicz Leo, Morzewo.
Klarowicz Stanislaus, Lutoguiem.
Kleber Joh. Nepom., Antonin.
Klein Kasimir, Birkenfeld.
Klementowski Wenzel, Baranow.
Klement Valentin, Wielichowo.
Klimecki Michael, Budzin.
Klos Józef, Prälat, Posen.
Klos Teofil, Labijschin.
Klos Miecislaus, Wilatowen.
Kloske Wilhelm, Offizial-Kanonikus, Gnesen.
Knaft Ignaz, Gryzyna.
Koczwarra Peter, Skoraszewice.
Kofocinski Hilarius, Görchen.
Kolasinski Valentin, Konojad.
Kolkiewicz Wenzel, Grabow.
Konarski Edmund, Szemborowo.
Kopernik Stanislaus, Defan, Wengrowitz.
Kopydlowski Michael, Gostyn.
Kordzinski Wladislaus, Groß-Morin.
Koscielski Boleslaus, Posen.
Kosiaf Silvester, Posen.
Kosmider Peter, Poln.-Wille.
Kostenczi Andreas, Posen.
Kostrzewski Kasimir, Biskupice szalone.
Koteci Lorenz, Dek., Komenderie.
Kowalczyk Martin, Ostrowo.
Kowalik Stanislaus, Koldromb.
Kowalski Marcellus, Tremessen.
Kowalski Ignaz, Glesno.
Kozelski Theodor, Ptajkowo.
Kozierowski Stanislaus, Siemianice.
Kozik Robert, Zduny.
Kozlowicz Józef, Grylewo.
Kozłowski Georg, Freiburg i. Baden.
Krafowski Stanislaus, Jakschitz.
Kraska Valerian, Blütenau.
Krenz Anton, Janowitz.
Kretschmer Leo, Kanonikus, Gnesen.
Krol Alexander, Radenz.
Krotki Józef, Gorka duchowna.
Krug Maximilian, Krotoschin.
Krüger Stanislaus, Kolmar.
Krupski Oskar Paulinus, Groß-Lenka.
Krujzka Stefan, Opaleniza.
Krujzynski Kasimir, Lubin.
Kryzan Franz, Bettsche.
Kryzan Valentin, Bettsche.
Krzejewicz Stanislaus, Prof., Gnesen.
Krzejewski Joh., Neuheim.
Kryzhanowski Bratisl., Kamieniec.
Kryzanski Albin, Lutom.
Kubinski Maxim., Groß-Slawst.
Kubschi Stanislaus, Schrimm.
Kuczynski Augustin, Freymark.
Kujawski Hieronymus, Olszowa.
Kula Wenzel, Hanswalde.
Kuligowski Theofil, Czejewo.
Kunze Paul, Krotoschin.
Kuroch Johann, Zastrowo.
Kugner Leo, Grätz.

Kurjawski Józef, Pakosch.
Lange Ludwig, Doruchow.
Lapis Kasimir, Kirchen-Popowo.
Lasowski Joh., Konarzewo.
Lasowski Kasimir, Rajchów.
Laubitz Anton, Prälat, Hohenfalsa.
Laudowicz Felix, Kwiltzsch.
Lesnik Wlad., Lekno.
Liebetanz Alfons, Pogorzela.
Linke Alfred, Granowo.
Lipowicz Stanisl., Kolaczewice.
Lisiecki Arkadiusz, Ostrowo.
Lorenz Roman, Rowalew.
Ludwiczak Anton, Schildberg.
Ludwiczak Joh., Bonikowo.
Ludwik Józef, Bromberg.
Lure Franz, Margonin.
Labendzki Miecislaus, Breschen.
Labendzki Peter, Tulce.
Labendzinski Julian, Tütz, Wpr.
Labujewski Alexander, Samter.
Lagoda Peter, Neustadt b. P.
Lopaczewski Stanislaus, Potulitz.
Lowinski Stefan, Zerkow.
Lukowski Stanislaw, Prälat, Koschmin.
Lukowski Michael, Kaehme.
Maciaszek Stanislaus, Bukowiec Kr. Neutomischel.
Maciejewski Stanislaus, Morka.
Majewski Siegismond, Jęchewo.
Malczewski Thaddäus, Witkowo.
Malinski Kasimir, Posen.
Malecki Józef, Schrimm.
Maly Karl, Bromberg.
Manicki Martin, Defan, Refla.
Mann Wladimir, Breschen.
Marchlewski Józef, Monkowarsk.
Marchwicki Wenzel, Obersigtko.
Marchwinski Witold, Tremessen.
Marciniak Józef, Bromberg.
Marjzewski Ludwig, Dr. med., Snieczka.
Maryanski Alexander, Gnesen.
Matuzewskii Marcellus, Błozischewo.
Matyschek Miecislaus, Alt-Kloster.
Matyszczak Bronislaus, Bartschin.
Mayer Wenzel, Posen.
Mazurkiewicz Martin, Görchen.
Mendlewski Viktor, Defan, Parkowo.
Meißner Czeslaus, Ottorowo.
Meißner Karl, Bronke.
Meißner Miecislaus, Posen.
Miaszkowski Kasimir, Dr., Ostrowo bei Pakosch.
Michalski Kasimir, Lodz.
Michalski Stanislaus, Lubin.
Michalski Stanislaus, Posen.
Mielcarski Thaddäus, Buk.
Mielcarski Theofil, Strzelce.
Mierzejewski Vincent, Defan, Niechanowo.
Miskiewicz Julian, Sakern.
Miskiewicz Vincent, Pinne.
Mizgalski Kasimir, Szkaradowo.
Mojzykiewicz Viktor, Defan, Priment.
Morawski Wladislaus, Brody.
Morkowski Edmund, Gnesen.
Motylewski Anton, Königlich-Wierzhucin.
Mroczkowski Thaddäus, Gnesen.
Mrugas Maximilian, Bomst.
Müller Stanislaus, Neustadt a. W.
Nalenz Stanislaus, Dalewo.
Napierala Franz, Modrze.
Nawrocki Telesfor, Kriewen.
Nawrocki Valerian, Marzenin.
Negowski Joh., Jaroschin.

Rejczyński Thomas, Schwesenz.
 Reumann Kasimir, Grätz.
 Riedbal Anton, Zydowo.
 Riedbal Ludwig, Dubin.
 Riedbalski Veit, Gonsawa.
 Riedzielski Joh., Rogowo.
 Riedziewicz Józef, Posen.
 Riedziewiczowski Ignaz, Wronke.
 Riemir Józef, Kobierno.
 Rieradzinski Leo, Grabowo.
 Riejiolowski Kasimir, Pleschen.
 Rikiewicz Gieslaus, Punitz.
 Riziniski Stanislaus, Baf.
 Roga Stanislaus, Defan, Parkanie.
 Roak Theodor, Bronischewitz.
 Rowaczewicz Józef, Wilkowaja.
 Rowacki Ignaz, Kempen.
 Rowak Anton, Panielka.
 Rowak Franz, Kurnik.
 Rowak Konstantin, Mielschin.
 Rowak Stanislaus, Lechlin.
 Rowakowski, Lucian, Zmielno.
 Rowakowski Witold, Schulitz.
 Rowicki Alex., Schepanowo.
 Rowicki Valentin, Wieszczęczyn.
 Obst Andreas, Defan, Potarzyca.
 Olierzynski Józef, Gluchowo.
 Olierzynski Stefan, Potulitz.
 Olejniczak Franz, Gostyn.
 Olzewski Witold, Dolzig.
 Oranski Titus, Murowana-Goslin.
 Paech Józef, Dr., Rawitsch.
 Palacz Stanislaus, Siedlec.
 Palczewski Edm., Potulitz.
 Paluchowski Boleslaus, Szadlowice.
 Panewicz Roman, Chrzypsko.
 Panienski Karl, Tremessen.
 Pasztalski Kasper, Otrowo.
 Pause Kasimir, Kruschwitz.
 Piontkowski Stanislaus, Margonin.
 Perlinski Mich., Schildberg.
 Pienionzkiewicz, Józef, Piarstie.
 Pieprzycki Konstantin, Posen.
 Piotrowicz Joh., Stalmierschütz.
 Piotrowski Bronislaus, Klecko.
 Piotrowski Józef, Ołobok.
 Piotrowski Leo, Wilhelmshorst.
 Piżczyglowa Stanislaus, Siedlemin.
 Płaz Richard, Fiehe.
 Plojzynski Stanislaus, Mogilno.
 Pocza Martin, Brückenau.
 Podkomorski Stanislaus, Splawie.
 Polczynski Franz, Wyganow.
 Podlewski Franz, Defan, Wilkowaja.
 Polewicz Marian, Schneidemühl.
 Pomianowski Wład., Tuczo.
 Pomorski Konrad, Gluchin.
 Poninski Alfred, Prälat u. Def., Koscielce.
 Poprawski Theofil, Lobsens.
 Posadzy Stanislaus, Schubin.
 Potocki Mieczislaus, Janowicz.
 Poturalski Józef, Defan, Winnagora.
 Powel Siegmund, Pinne.
 Prondzynski Józef, Strelno.
 Prumbs Anton, Dr., Posen.
 Przynieczynski Joh., Scheringen.
 Praszynski Franz, Ceradz kirchl.
 Pułk Narcis, Samter.
 Raabe Joh., Königshof.
 Raab Franz, Gnesen.
 Raczkowski Leo, Gorka.
 Radda Felix, Brunt.

Radonski Józef, Sławno.
 Radonski Karl, Posen.
 Radziejewski Stanislaus, Lic., Wilczyzna.
 Rakowski Wiktor, Roskow.
 Rankowski Leo, Posen.
 Ratajezak Stanislaus, Kursdorf.
 Rauer Józef, Zerkow.
 Reiter Adalbert, Starbojzewo.
 Rejewski Julian, Hanswitz.
 Renkowitz Franz, Defan, Wsch.
 Rejzelski Ludwig, Posen.
 Rejzowski Maximilian, Kruschwitz.
 Robowski Ludwig, Sadke.
 Rochalski Ludwig, Montschütz.
 Roenspieß Adalbert, Alt-Kloster.
 Roepke Franz, Radomitz.
 Rolski Michael, Gora.
 Rosenberk Ludwig, Lubajch.
 Rosochowicz Bonifazius, Neustadt.
 Rosochowicz, Ignaz, Lewkow.
 Rosochowicz Klemens, Sobialkowo.
 Rosochowicz Stan., Neu-Kramsko.
 Rozantkiewicz Bronislaus, Zydowo.
 Rozyczki Mieczislaus, Gnin.
 Rucinski Franz, Posen.
 Rupinski Józef, Gostyeczyna.
 Ruszczynski Franz, Mirstadt.
 Ruszkiewicz Thomas, Giecz.
 Rybicki Bronislaus, Kurnik.
 Rybicki Filician, Dłuzyna.
 Rydlewski Vincent, Lengowo—Tarnowo.
 Rydlewski Edmund.
 Rymarkiewicz Stanislaus, Kotlin.
 Schmidt Adam, Kazmierz.
 Schmidt Wladislaus, Heideberg, Kr. Schwiebus.
 Schubert Franz, Dembnica.
 Schulz Józef, Niepart.
 Schulz Ludwig, Gzempin.
 Schulz Józef, Lache.
 Schwab Wladyslaus, Bomst.
 Schwaba Norbert, Lang-Goslin.
 Schwarz Karl, Strzyzewo kirchl.
 Sendlak Witold, Sulmirschütz.
 Serdecki Ignaz, Lussowo.
 Siforski Józef, Defan, Mietschisko.
 Siforski Józef, Szezury.
 Siminski Theodor, Bialez.
 Siuda Gratian, Jabno, Kr. Schrimm.
 Siuda Józef, Boruchin.
 Sindzinski Anton, Niestronno.
 Skompski Valentin, Wilczyzna.
 Skonieczny Mieczislaus, Gnesen.
 Skoracki Stanislaus, Orchem.
 Strzyblewski Lucian, Dr., Punitz.
 Sturwinski Theodor, Waszkow.
 Strzypinski Felix.
 Stedzinski Julius, Kaczanowo.
 Slowinski Thaddäus, Smolitz.
 Slubicki Karl, Grabojzewo.
 Smigielski Józef, Runowo.
 Smietana Józef, Brody.
 Smolski Odoricus, Żwno.
 Smorawski Kasimir, Wronke.
 Sobocki Wladislaus, Zuncerwo.
 Sobeski Julian, Defan, Stup.
 Sobkowski Theofil, Dr., Alt-Gostyn.
 Soltyński Ludwig, Schubin.
 Soltyński Romuald, Siedlimowo.
 Spychalowicz Anton, Kruschwitz.
 Spychalowicz Adalbert, Regwalde.
 Spychalski Alex, Rosko.
 Spychalski Eduard, Sarnowa.

Gramkiewicz Kasimir, Pawlowitz.
 Grofa Czeslaus, Roschmin.
 Stanijewski Boleslaus, Zirke.
 Staniewicz Edmund, Posen.
 Stankowski Kasimir, Hohenfalsa.
 Stark Czeslaus, Lissa.
 Steffen Josef, Wilhelmstreu.
 Steinmey Paul, Storchnest.
 Stepczynski Kasimir, Polajewo.
 Stychel Anton, Prälat, Posen.
 Sucharski Eduard, Slupia.
 Suchowiat Stefan, Stenscherwo.
 Sulkiewicz Martin, Koscielce.
 Surzynski Josef, Dr., Kosten.
 Suszczynski Karl, Lijewo.
 Swidzinski Adam, Mietzanow.
 Swiderski Stanislaus, Swierczynna.
 Swinarski Nikolaus, Posen.
 Switala Andreas, Duschnik.
 Sypniewski Paul, Rusko.
 Sypniewski Wladimir, Dr., Scharfenort.
 Szaal Maximilian, Defan, Czarnikau.
 Szadzinski Adalbert, Gzodowo.
 Szafranek Joh., Defan, Wyskoc.
 Szalkowski Rafael, Hohenfalsa.
 Szejepanski Joh., Morzewo.
 Szeybrowski Kasimir, Posen.
 Szubczynski Wladislaus, Kamierz.
 Szudarek Martin, Niepart.
 Szudzinski Silvester, Defan, Powidz.
 Szutala Maximilian, Gollantsch.
 Szware Michael, Kucharki.
 Szworz Heinrich, Srenze.
 Szymanski Eduard, Defan, Lindenbrück.
 Szymonia Maximilian, Blugowo.
 Taczak Theodor, Dr., Professor, Gnesen.
 Taczak Leo, Kiebel.
 Tajch Josef, Defan, Kanonikus, Lissa.
 Tesmer Joh., Defan, Kojtowo.
 Thiel Stefan, Koryta.
 Tobola Stefan, Golina.
 Tomaszewski Michael, Bukownica.
 Trampeczynski Stanislaus, Dr., Posen.
 Trzcinski Thaddäus, Dr., Walfow.
 Turkowski Peter, Krerewo.
 Tylewicz Stanislaus, Schroda.
 Tyrafowski Anton, Gnesen.
 Urbanowicz Stanislaus, Plonkowo.
 Ujorowski Andreas, Blütenau.
 Wachowiat Marian, Koebniz.
 Wachowski Teofil, Wierzebaum.
 Wagner Edmund, Santomischel.
 Walczak Felix, Gorzyce.
 Walich Boleslaus, Gora.

Wartenberg Felix, Dr., Def., Kamieniec.
 Wawrzyniat Joh., Srebrnagora.
 Wawrzyniat Peter, Prälat, Mogilno.
 Wawrzynowicz Joh., Nisze.
 Wende Theodor, Hohenfalsa.
 Wesolowski Edmund, Kotlin.
 Wesolowski Roman, Groß-Strzelce.
 Wesolowski Stanislaus, Gostyn.
 Weydmann Augustin, Pawlowo.
 Wierbinski Thaddäus, Posen.
 Wierzbicki Sigismund, Jerniki.
 Wierzbaczewski Maximilian, Pleschen.
 Wilinski Stanislaus, Dwinst.
 Wilonski Przemyslaw, Dr., Grätz.
 Wituski Michael, Niepruszewo.
 Wisniewski Anton, Emchen.
 Wisniewski Joh., Czacz.
 Wisniewski Joh., Libau.
 Wisniewski Vinzent, Kiebel.
 Wlazlo Joh., Groß-Strzelce.
 Wlobarczyk Ignaz, Bentschen.
 Wnentkowski Anton, Bucz.
 Wnuk Albin, Brzostkow.
 Wolinski Wladislaus, Prälat, Defan, Strelno.
 Wolniewicz Julian, Poln.-Wille.
 Wolski Franz, Stalmierschütz.
 Wojciechowski Joh., Kozielsko.
 Wojciechowski Stan., Duizno.
 Wroblewski Adalbert, Kojschütz.
 Wroblewski Wladislaus, Posen.
 Wyczynski Michael, Dr., Sobotta.
 Wyrzykowski Eduard, Pogorzela.
 Wysocki Stanislaus, Ludom.
 Zajaczkowski Maximilian, Lubajch.
 Zatrzewski Thaddäus, Posen.
 Zatrzewski Jdzislaus, Golejewo.
 Zalewski Eduard, Kobylin.
 Zalewski Josef, Posen.
 Zarembo Anton, Znin.
 Zarzycki Anton, Defan, Opatow.
 Zborowski Heinrich, Ostrowo.
 Zeidler Julius, Lenartowice.
 Zielinski Klemens, Wogrowitz.
 Zielinski Wladislaus, Parzenczewo.
 Zientkiewicz Hippolit, Prochy.
 Zientkiewicz Wladislaus, Boruschin.
 Zimmermann Kasimir, Dr., Posen.
 Zmidzinski Alexander, Michorzewo.
 Zmura Apolinarius, Schwalkow.
 Zoch Timotheus, Schoffen.
 Zwickert Joh., Neisen.
 Zwolski Stefan, Dr., Professor, Posen.
 Zygartowski Leopold, Wollstein.

Die Generalversammlung des Priesterverbandes „Unitas“

hat am 13. September d. J. im Katholikenhause in Posen mit nachstehender Tagesordnung stattgefunden:

1. Verbandsbericht;
2. Kassenbericht und Entlastung des Vorstandes;
3. Die Angelegenheiten der Monatschrift „Unitas“;
4. Wahl des Vorstandes, eventuell dreier durch das Los ausscheidender Mitglieder;
5. Antrag Mogilno, daß jedes Mitglied des Verbandes die Monatschrift „Unitas“ auf Grund des auf 15 M. erhöhten Jahresbeitrages erhalte;
6. Die Angelegenheit der Orgelstimmer;
7. Anträge.

Die Versammlung eröffnete Prälat Wawrzyniak, der Verbandsvorsitzende, indem er eingangs die Tatsache der schnellen und hervorragenden Entwicklung des Verbandes hervorhob. Diese Entwicklung ist auf keine ersten Schwierigkeiten gestoßen. Hierzu gab es auch gar keine Ursachen. Die Gründer des Verbandes wußten, daß letzterer auf dem Boden der gesetzlichen Vorschriften stehen wird, sie konnten also mit der Regierung nicht in Kollision kommen. Es war zu befürchten, daß die Konfratres deutscher Nationalität unsere Absichten nicht ganz verstehen und uns mit Unrecht irgendwelcher separatistischer Absichten beschuldigen würden, die uns fern liegen. Nicht alle deutschen Geistlichen gehören heute zwar dem Unitasverbande an, aber auch nicht alle polnischen. Es ist aber ein bedeutender Teil der deutschen Konfratres beigetreten. Manche Konfratres schließlich fürchteten, wir würden mit der geistlichen Behörde in Kollision kommen. Es wäre unsere Schuld, wenn wir der geistlichen Behörde Grund böten, gegen uns aufzutreten. Es gibt in den Satzungen über das wirtschaftliche Gebiet hinaus Punkte, bezüglich deren es strittig sein könnte, ob sie uns oder der Kompetenz der Behörde zukommen. Sobald jedoch die Behörde erklären wird, die und die Angelegenheiten gehören zu unserer Kompetenz, dann wird der Unitasverband sich mit ihnen nicht befassen.

1. Zu der angenommenen Tagesordnung übergehend referiert der Vorsitzende über die Entwicklung des Verbandes auf den gedruckten, den Teilnehmern an der Generalversammlung vorher zugeschiedten Bericht hinweisend.

Es sind Fälle vorgekommen, daß die geistliche Behörde und Geistliche zu unrecht, ohne Spezialisierung des Falles angegriffen wurden. In den Zeitungen schreibt man, die Geistlichen seien so demoralisiert, sie stimmten entgegen allen billigen Rücksichten für Andersgläubige, — Geistliche, die in der Diözese arbeiteten, zeigten der Diözesanbehörde gegenüber Mangel an Achtung, — der Konvikte diene geradezu der Germanisierung. Eine spezielle Tatsache führt die Zeitung nicht an, sie kämpft nur mittelst Gemeinplätzen. Dem Hauptvorstande sind angesichts dessen statistische Mitteilungen nötig. Er hat sich seinerzeit an die Kreisvorstände wegen solcher gewendet, um die Wahrheit zu erfahren und für die ungerecht beschuldigte Seite einzutreten. Diese Tatsache hat uns den ungerechtfertigten Vorwurf zugezogen, als drängen wir in das Gebiet der Kompetenz der Behörde. Indes waren wir weit davon entfernt. Unsere Absicht war, statistisches Material zu sammeln zwecks Verteidigung des geistlichen Standes, dessen Ehre und Achtung uns allen am Herzen liegen muß.

Weiter über den Rechtsschutz für die Geistlichkeit berichtend, teilt der Vorsitzende mit, er habe an den Vorstand des Vereins der Journalisten und Literaten das nachstehende Schreiben gerichtet:

An

den geehrten Vorstand des Vereins der polnischen Journalisten und Literaten für Deutschland

in

Posen.

Der unterschriebene Hauptvorstand des Verbandes der Geistlichen „Unitas“ zählt zu seinen Aufgaben auch den Rechtsschutz seiner Mitglieder. Unsere nach dieser Richtung hin geleistete Arbeit gab uns in der letzten Zeit mehrmals die Gelegenheit, festzustellen, daß in den polnischen Zeitungen Korrespondenzen abgedruckt werden, welche unseren Mitgliedern naheketen und auf falschen Informationen der gelegentlichen Korrespondenten beruhen. Namentlich in den letzten Monaten führten wir mehrmals die Berichtigung der unbegründeten Vorwürfe herbei. Bedenkt man jedoch, daß die Berichtigung niemals den durch den grundlosen Angriff verursachten Schaden ausgleichen kann, daß ferner durch die Einsetzung von nicht auf ihre Wahrheit hin geprüften Nachrichten und der folgenden Berichtigungen die polnischen Zeitungen an Ansehen und Achtung bei der Gesamtheit verlieren, so erklären wir, daß wir gern die Feststellung der unseren Mitgliedern gemachten Vorwürfe übernehmen, indem wir eine umgehende und sachliche Information den geehrten Redaktionen einsenden, welche sich an uns mit der Bitte um Informationen vor der Drucklegung der betreffenden Korrespondenz wenden.

Mit der Lieferung der die Tatsachen betreffenden Informationen denken wir keinesfalls die Erhebung von begründeten Vorwürfen oder die Meinungsäußerung auf Grund des festgestellten Tatsachenbestandes einzuschränken.

Den geehrten Verein der Journalisten und Literaten bitten wir, als den Repräsentanten der Presse, ganz ergebenst, unsere Erklärung den Redaktionen der polnischen Zeitungen mitzuteilen.

Hochachtungsvoll

Der Hauptvorstand

des Verbandes des Geistlichen „Unitas“.

Die äußere Entwicklung des Verbandes stellt sich ansehnlich dar. Der Mitgliederbestand beträgt am 1. September 570. Bis jetzt gehört noch eine ganze Anzahl von Geistlichen ohne Grund — wegen Nichtverstehens der Sache — dem Verbande nicht an. Andererseits konnte man nicht annehmen, daß so viele schon in so kurzer Zeit beitreten würden.

In Abwesenheit des Geistlichen Professor Szotkowski, der im Auftrage des Hauptvorstandes die Kassenrevision vorgenommen hatte, einer dringenden Reise halber aber nicht in der Versammlung erschienen war, verlas der Vorsitzende das spezielle Ergebnis der Revision.

Die Anwesenden erteilten Entlastung, indem sie auf die Wahl einer besonderen Rechnungsprüfungs-Kommission verzichteten.

Über die Entwicklung der Versicherungsabteilung berichtet der Geistliche Adamski. In dieser Hinsicht ist die Solidarität der Geistlichkeit nicht hinlänglich. Viele geben zu, daß die Versicherungen gut sind, aber einen Antrag stellen sie nicht. Andere wiederum trauen allzuleicht jedem Agenten, der ihnen einredet, daß die Gesellschaften, mit denen der Unitasverband die Abkommen getroffen hat, nicht genügend sicher seien.

Über die Tätigkeit der Bezirke referiert gleichfalls Geistlicher Adamski.

Drei Versammlungen im Laufe des Jahres hielten die nachstehenden Kreise ab: Bomst, Mogilno, Ostrowo, Obornik, Posen Stadt, Schrimm, Wirsitz.

Zwei Versammlungen: Czarnikau-Filehne, Gnesen, Hohensalza, Kempen, Koschmin, Schmiegel, Schroda, Wongrowitz.

Eine Versammlung: Bromberg, Kolmar, Gostyn, Grätz, Jarotschin, Kosten, Koschmin, Krotoschin, Lissa, Neutomischel, Schildberg, Posen-Ost, Rawitsch, Strelno, Samter, Schubin, Znin.

Keine Versammlung: Birnbaum, Meseritz, Posen-West, Breschen, Adelnau.

Obige Zusammenstellung stützt sich auf die uns bisher zugegangenen Protokolle der Bezirksvereine.

Die Satzungen unseres Verbandes fordern, daß jährlich in jedem Bezirk wenigstens zwei Versammlungen stattfinden. Der größere Teil der Bezirke, in denen keine Versammlung stattfand, berichtet, daß entweder die Mitglieder der Einladung nicht Folge geleistet hätten oder daß es infolge von Mißverständnissen unter den Mitgliedern nicht gelungen sei, eine Versammlung einzuberufen. Der Referent rät, unter solchen Verhältnissen trotzdem eine Versammlung auf neutralem Boden einzuberufen, die Sitzung in formeller Weise durchzuführen und auf diese Weise wird man die gemeinsamen Angelegenheiten außerhalb des Bereichs der gesellschaftlichen Verhältnisse besprechen können.

Aus manchen Kreisen sind Anfragen der Mitglieder beim Hauptvorstand eingegangen, weshalb der Vorstand sich mit dem seit langem von dem Kreise beschlossenen Antrage nicht befaßt habe. Indes hatte der Vorstand von einem Antrag gar nichts gewußt, da man die Abschrift des Protokolls, welches den Antrag enthielt, erst kurz vor der Generalversammlung mit den anderen Protokollen einschickte, sodaß man sie in der Versammlung des Hauptvorstandes nicht hatte besprechen können.

In der Diskussion über die Versicherungsfrage berichtete Prälat Laubitz darüber, wie Kleriker von Versicherungsagenten irregeführt würden, besonders unbemittelte, kreditbedürftige. Sodann erklärte er, wie man aus der Provinzialversicherungsanstalt zu der Versicherung „Rheinland“ übertreten könne und schließlich besprach er die Ersprießlichkeit der Erneuerung der Tage für die Feuerversicherung.

3. Die Angelegenheit der Zeitschrift *Unitas* sowie auch der Redaktion überwies die Versammlung dem Hauptvorstande zur Erledigung, sich befriedigend äußernd hinsichtlich Inhalt und Form der Zeitschrift.

4. Einige Bezirke haben den Antrag gestellt, der *Unitas*-Verband solle Korporationsrechte zu erlangen suchen. Der Hauptvorstand beschloß den Antrag der Generalversammlung vorzulegen. Es würde das für den Verband genehm sein. Die Erlangung dieser Rechte kann nur mit Einverständnis der Regierung erfolgen. Aber nach Feststellung der Schwierigkeiten, die vor der Eintragung vorkommen und welche der Paz durchgemacht hat, wurde fürs erste davon Abstand genommen. Die Versammlung war damit einverstanden, die Sache aufzuschieben.

5. Die Geistlichen Goebel, Laubitz und Wawrzyniak, die satzungsgemäß durch das Los ausscheiden, wurden durch Zuzufrieden wiedergewählt. Der Hauptvorstand konstituierte sich sofort und wählte zum Vorsitzenden den Pfarrer Wawrzyniak, zum stellvertretenden Vorsitzenden den Pfarrer Laubitz und zum Schriftführer den Geistlichen St. Adamski.

6. Den Antrag des Kreises Mogilno, jedes Mitglied des *Unitas*-vereins solle die Monatszeitschrift *Unitas* auf Grund des auf 15 M. erhöhten Jahresbeitrages erhalten, begründet der Mogilnoer Delegierte Propst Kurzawski.

Propst Skrzydlewski schlägt 12 oder 16 M. an Stelle von 15 M. vor; Prälat Laubitz gibt der Befürchtung Ausdruck, daß ein Zwangsabonnement nicht die Sympathie des ganzen Klerus besitze. Angesichts solcher

Sachlage stimmt die Majorität der Versammelten für die Belassung der Angelegenheit in dem bisherigen Zustande.

7. Die Angelegenheit der Orgelstimmer behandelte Propst Dr. Surzynski aus Kosten.

Keine anderen Instrumente seien so verschiedenen Beschädigungen ausgesetzt wie gerade die Orgeln, und keine verstimmen sich so leicht als diese wegen Mangel an Futteral, Temperaturwechsel, Feuchtigkeit, Staub, Ungeziefer, Fledermäuse und so weiter.

Es sei Pflicht der Geistlichen, für das Stimmen der Orgeln zu sorgen, das Stimmen selbst müsse jedoch durch kompetente Leute erfolgen. Es komme vor, daß die Stimmer die Orgeln verderben, um nachher größere Rechnungen ausstellen zu können. In der Diözese selbst hätten wir keinen Stimmer, welcher hinsichtlich der Renovierung und des Stimmens der Orgeln auf der Höhe der Aufgabe stände. Propst Dr. S. kritisiert dann im einzelnen die vorgelegten Kontrakte und zeigt die Notwendigkeit der Bervollständigung.

Im Anschluß an dieses Referat weist der Vorsitzende auf die Notwendigkeit hin, im Interesse der Kirchenmusik, welche der Ehre Gottes und der Erziehung des Volkes diene, Leute auszusuchen und sie auf den Akademien zu tüchtigen Orgelbauern ausbilden zu lassen.

Mit der weiteren Führung dieser Angelegenheit wurde der Hauptvorstand beauftragt.

8. Mit der Angelegenheit des Beitritts zum Heim für die Geistlichen in Zakopane beschäftigte sich die Versammlung auf Grund der Referate des Prälaten Wawrzyniak und des Geistlichen Professor Kalicinski aus Tarnowo, des Leiters dieses Hauses, welcher eigens nach Posen gekommen ist, um die Mitglieder der „Unitas“ mit seinem Werke bekanntzumachen. Prälat Wawrzyniak war vor kurzer Zeit in Zakopane gewesen, um sich persönlich von dem Stande der Sache zu überzeugen.

Die in Galizien gegründete Genossenschaft gehe daran, in Zakopane ein Haus für die Geistlichen in einem viel größeren Maßstabe einzurichten, welches das ganze Jahr hindurch geöffnet sein und zu den niedrigsten Preisen den Geistlichen aller Anteile einen bequemen Aufenthalt bieten würde.

Ähnliche Häuser seien schon in anderen Ländern gegründet worden. — Diese Sache habe viele ansprechende Seiten. In unserem eigenen Interesse würde es liegen, wenn die Teilnahme aus unserer Erzdiözese nicht fehlen würde.

Die diesbezüglichen Druckfachen und die Blanketts zu Deklarationen würden in die nächsten Kreisversammlungen verschickt werden.

Geistlicher Professor Kalicinski sprach zuerst über die Bedeutung eines derartigen Hauses in Badeorten und gab dann einen Überblick über die Entwicklung der Angelegenheit des Hauses für die Geistlichen in Zakopane.

Vor mehreren Jahren bauten die Geistlichen ein Haus im Werte von 20 000 Kronen. Dasselbe sei in diesem Jahre von 70 Geistlichen bewohnt gewesen. Gegenwärtig habe sich eine Genossenschaft gebildet, welche ein Hotel für gesunde Geistliche, die nur Erholung suchen, baut. Es habe sich auch die Gelegenheit zum Kauf eines Hauses mit 40 Zimmern und 5 Sälen gefunden, die zu einer Kapelle, einem Speisesaal, einem Billardsaal, einem Baderaum usw. umgewandelt werden können.

Der Aufenthalt werde angenehm, bequem und billig sein. Bis jetzt seien 5 Kronen täglich für die Unterhaltung gezahlt worden, und hinsichtlich der kulinarischen Genüsse sei man bestrebt gewesen, jeglichen gerechten Anforderungen zu genügen.

Prälat Wawrzyniak bestätigt die Ausführungen des Professors Kalicinski und hebt die Notwendigkeit solcher Institutionen hervor, die schon in verschiedenen Ländern existieren und sich vorteilhaft entwickeln und gibt zu, daß infolge des Zusammentreffens der Geistlichkeit aus allen Landesteilen in Zakopane jeder Konfrater viel Nutzen in Gestalt der Wissensbereicherung und kollegialischen Zerstreuung davontragen kann. Der Redner erklärt, daß, so sehr es ihn freue, wenn man unsere Diözese lobe, so sehr würde es ihn kränken, wenn wir bei einer guten Sache fehlen würden. Um also die Verwirklichung der Idee des Hauses für die Geistlichen zu ermöglichen, schenke er zu diesem Zwecke 10 000 Kronen zur Disposition der „Unitas“. Diese Summe solle auf dieses Haus hypothekarisch eingetragen werden. Man werde das Kapital nicht kündigen und keine Prozente verlangen, solange das Haus gut verwaltet, d. h. keine bestimmte Koterie oder Diözese, sondern die ganze Gesamtheit davon Nutzen ziehen würde und diejenigen eine gewisse Erleichterung erfahren, welche von der „Unitas“ empfohlen werden. An der Generalversammlung in Galizien werde kaum jemand von uns teilnehmen; die „Unitas“ werde als die Vertreterin des Fonds auf diese Weise unsere Geistlichkeit vertreten können.

Die Sache selbst könne eine günstige Entwicklung erfahren, wenn die Mitglieder keine Dividenden nehmen, sondern im Gegenteil immer größere eigene Fonds ansammeln würden, um das heute angefangene Werk auszubauen.

Prälat Laubitz dankt — an die Worte „Non in sermone stat regnum Dei, sed in virtute et opere“ anknüpfend — im Namen der ganzen Geistlichkeit dem Prälaten Wawrzyniak für die reiche Gabe, welche der ganzen Geistlichkeit Nutzen bringen soll.

Am Schluß bittet er um die Unterzeichnung der Deklaration. Geistlicher Rat Mojzykiwicz schlägt vor, unter die Anwesenden die Deklationen zur sofortigen Unterschrift zu verteilen.

Darüber hinaus beschloß man, die Statuten der Genossenschaft und die Deklationen zwecks Ansammlung von Kapitalien nach allen Kreisen zu versenden. Prälat Laubitz macht darauf aufmerksam, daß bei Kirchenbauten die Geistlichen oft durch die Unkenntnis der richtigen Quellen, welche die Gegenstände aus dem Gebiete der Malerei und Bildhauerei liefern, sündigen. Wir hätten von unseren Vorfahren monumentale Werke geerbt und führten selbst oft Tand ein. Wir hätten nicht den Mut, unsere Künstler zu fragen, für welchen Preis sie uns Glasbilder, Bilder und Bildhauerwerke liefern könnten, sondern wir nehmen sie kritiklos von Fremden, ohne uns um den individuellen Charakter unserer Kirchen zu kümmern. Der Redner beantragt, die Vermittelung der Adalbertdruckerei bei Bestellungen der Kunstwerken unserer Künstler in Anspruch zu nehmen.

Geistlicher Dr. Zimmermann stellt fest, daß die Adalbertdruckerei Kopien von klassischen Werken und Skulpturen bezogen habe, die Reproduktionen der Werke der ersten Künstler der Gothik und Renaissance hätten aber nicht Verständnis noch Abnehmer gefunden. Diese Erscheinung erkläre sich mit dem Mangel an entsprechender Bildung auf Seiten der Geistlichkeit, welche keine Gelegenheit hätte, die Kunstgeschichte wie ihre Entwicklung zu studieren und daher die banalen Kopien der mittelmäßigen Werke der deutschen Schule aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, welche sich durch Flachheit und das Fehlen des religiösen Geistes und der religiösen Stimmung charakterisiert, den Reproduktionen der größten klassischen Werke der Meister des 15. und 16. Jahrhunderts und den Originalwerken unserer Maler und Bildhauer, die bei Fremden die größte Bewunderung erweckten, vorzöge.

Kanonikus Adamski bittet, die durch die letzten Redner berührten Fragen — ausführlicher behandelt — in Rücksicht auf ihre Wichtigkeit im Druck erscheinen zu lassen.

Nach Erschöpfung der Diskussion schloß der Leiter die Versammlung und machte noch einmal darauf aufmerksam, daß das Schwergewicht der Arbeit unsers Verbandes nicht in den Verhandlungen der Generalversammlung, sondern in der energischen Tätigkeit der Bezirksvereine ruhe.

Aus Nr. 238 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 17. Oktober 1909:

Aus den Verhältnissen zwischen Polen und Zentrum.

In der vorigen Nummer haben wir eine Übersetzung des Berichts des offiziellen Organs des Verbandes zur Unterstützung der Zentrumspreffe, des Berichts des sogenannten Augustinusvereins über die Versammlung wiedergegeben, welche der genannte Verein während des Katholikentages in Breslau abgehalten hat.

Auf den Verlauf und den ganzen Charakter dieser Versammlung sollte unsere Volksgemeinschaft sorgsam achten. Bezeichnend ist die Tatsache an sich, daß in einer Versammlung des Vereins zur Unterstützung der Zentrumspreffe, also auf dem Boden einer deutschen Zentrumsvereinigung als Mitglied ein polnischer Abgeordneter mit politischen Auslassungen hervortrat, welche unsere Volksgemeinschaft politisch engagieren. Denn es kann doch kaum zwei Meinungen darüber geben, daß das Auftreten des Abgeordneten Napieralski in einer Versammlung des Vereins zur Unterstützung der Zentrumspreffe, das Auftreten eines Abgeordneten, der in Sachen der Finanzreform die Rolle eines Vertrauensmannes der Fraktion und eines Mittlers zwischen der Fraktion und dem Zentrum spielte, eines Abgeordneten, welcher der Vorsitzende des Verständigungsausschusses zwischen Polen und Zentrum ist, daß das Auftreten gerade dieses Abgeordneten mit allgemein politischen Auslassungen in einer Zentrumsversammlung mehr als persönlichen Charakter gehabt hat. Aus dem Munde des Abgeordneten Napieralski erfuhren die Journalisten und Parlamentarier vom Zentrum, daß „in der polnischen Partei guter Wille und der feste Entschluß vorhanden sei, mit dem Zentrum zusammenzuarbeiten, und daß den abweichenden Ansichten allzu großes Gewicht nicht beizumessen sei“. Wir übergehen die Einzelheit, daß die polnische Volksgemeinschaft keineswegs eine Partei, sondern eine Volksgemeinschaft ist, (was manche unserer Abgeordneten auch auf der parlamentarischen Arena zeitweise vergessen), aber wir fragen, ob das politische Mißtrauen gegen den Abgeordneten Napieralski nicht begründet ist, wenn er ohne Wissen der Volksgemeinschaft, geradezu hinter deren Rücken, den Zentrumsleuten gegenüber politische Erklärungen abgibt, welche nicht allein unter „Einzelnen“, sondern im Gegenteil unter den breiten Kreisen der politisch Denkenden lebhaften Zweifel wecken müssen? Persönlich sind wir keineswegs Anhänger des steten und ständigen Schimpfens auf die Zentrumsleute, wir können aber mit reinem Gewissen feststellen, daß den „festen Entschluß“, mit dem Zentrum zu arbeiten“, eben ausschließlich „Einzelne“ mit dem Abgeordneten Napieralski an der Spitze haben. Viele sind geneigt, mit den Zentrumsleuten, besonders in Schlesien, Wahlbündnisse zu schließen, aber ausschließlich von Fall zu

Fall und unter für uns günstigen Bedingungen; aber von da bis zum Arbeiten mit dem Zentrum ist es sehr weit.

Wenn der Abgeordnete Napieralski die Sache umgekehrt hingestellt hat, dann hat er die ausdrückliche Ansicht der polnischen Journalisten ignoriert, aus deren Mitte die Delegierten für jenen Verständigungsausschuß zwischen Polen und Zentrum stammen, und er hat den Journalisten vom Zentrum den Stand der Dinge ganz falsch dargestellt. Die polnische Volksgemeinschaft erfährt davon zwei Monate nach der Tatsache, sie erfährt davon dank dem Referat des Augustinusblattes, und zwar erfährt sie von politischen Schritten des Abgeordneten Napieralski auf dem Zentrumsboden, von Schritten bezüglich deren wir nicht wissen, wer den Abgeordneten Napieralski dazu ermächtigt hat.

Wie auf seiten des Zentrums das „Zusammenarbeiten der Polen mit dem Zentrum“ aufgefaßt wird, das hat besonders deutlich der Rat Dr. Stephan gekennzeichnet. Er hat erklärt, die Zentrumsleute lehnten jede Gemeinschaft mit den radikalen, revolutionären Elementen ab, und sie suchten „Verbindung mit den gemäßigten Polen“. Weiter hat Dr. Stephan entschieden erklärt, „bei den künftigen Wahlen müsse der beiderseitige Besitzstand respektiert werden“. Und noch einen bezeichnenden Gedanken hat Dr. Stephan aufgeworfen: „Weshalb sollen die polnischen und die deutschen Arbeiter in verschiedenen Organisationen sein?“

Auf alles das hat der Abgeordnete Napieralski keinen Bescheid gegeben.

Was die Scheidung in „radikale“ und „gemäßigte“ Polen betrifft, so möchten wir Dr. Stephan darauf aufmerksam machen, daß über Wahlkompromisse bei uns die Wahlbehörden entscheiden. Sie sind die maßgebende Instanz, mit der die Zentrumsleute rechnen müssen, nicht die „mehr oder minder maßvollen Politiker“. Diese Wahlbehörden werden auch darüber entscheiden, ob die Polen bei den künftigen Wahlen mit dem gegenwärtigen „Besitzstand“ zufrieden sein werden. Daß die Zentrumsleute ihn zu erhalten wünschen, das glauben wir, denn sie sind das Lager, welches zurückgeht, während die polnische radikale Bewegung das Lager ist, welches die Kraft dazu hat, vorwärts zu schreiten. Über den Wunsch, die polnischen und die deutschen Arbeiter in eine Organisation zu vereinigen, brauchen wir uns kaum mehr im Einzelnen auszulassen. Auch bezüglich dieses Punktes hat der Abgeordnete Napieralski keinen Bescheid gegeben. Ungeachtet dessen werden mit Entzückung die Vorwürfe bestritten, daß wir Politiker haben, welche an der Verwischung der Grenze zwischen Polen und Zentrum arbeiten.

Wir werden auf andere Einzelheiten, namentlich soweit sie die Reichstagsfraktion betreffen, nicht eingehen. In dieser Fraktion hat nach Ansicht der Zentrumsabgeordneten die „konservative, gemäßigte“ Richtung gesiegt, und sie soll durch ihr Verhalten in Sachen der Finanzreform eine „große staatliche Aufgabe“ erfüllt haben. Auch diese Einzelheiten haben jedoch die Leser zweifellos interessiert.

Der Verlauf der Diskussion in der Versammlung des Augustinusvereins ist einer jener farbigen Steine, aus denen sich unsere gegenwärtige, so charakteristische politische Mosaik zusammensetzt.

Aus Nr. 240 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 20. Oktober 1909:

Gingefandt.

Seit einer Reihe von Jahren untergräbt der Lech beständig und systematisch das Vertrauen des polnischen Volkes zu der Geistlichkeit. Mit Vorliebe veröffentlicht

er Artikel, welche achtbare und dem Volke treuergebene Geistliche abfällig kritisieren; von Zeit zu Zeit tritt er selbst hervor in der Rolle eines Lehrmeisters nicht nur der Geistlichkeit, sondern sogar ihrer höchsten Behörde gegenüber.

Ein Beweis hierfür ist der in der Nr. 225 an leitender Stelle eingerückte Artikel, in welchem der Redakteur des Lech der ehrwürdigen Person des Infulaten Doroszewski gebrechliche und greisenhafte Unbeholfenheit sowie völligen Mangel an Verständnis für den Zeitgeist vorwirft. Tief empörte dieser Artikel alle, denen der rechtschaffene Charakter und die Erfahrung des gegenwärtigen Verwesers der Gnesener Diözese bekannt sind.

Um zum Ausdruck zu bringen, daß sie ihrem Vorgesetzten nach wie vor das größte Vertrauen schenke, versammelte sich am 15. d. M. im Palaste des greisen Würdenträgers die Gnesener Geistlichkeit und überreichte ihm durch den Geistlichen Rat Stefanski folgende Adresse:

Hochwürdigster Administrator und Infulat!

Zu allen Zeiten ehrte man bei allen Völkern das Greisenalter, und das graue Haar wirkte so gewaltig und bezaubernd, daß sich ihm gegenüber sogar die größte Verbissenheit Schweigen aufzuerlegen mußte. Wenn aber Gott einem Priester ein ehrwürdiges Alter schenkt, der niemals mit dem Gewissen Handel trieb und in dessen Biographie so herrliche und lichte Blätter beschrieben sind, daß jeder, der darin zu lesen versteht, ihn um ein solches Leben beneidet, wenn ferner dieser Priester eine hohe, ja die höchste Stellung in der Diözese einnimmt, dann ist das Herz eines jeden ehrlichen Katholiken Gott für ein solches Kleinod dankbar und umgibt es mit der kindlichsten Verehrung.

Obige Worte wenden wir heute auf Dich, Hochwürdigster Infulat, an. In Deinem langen Leben hattest Du ein offenes Auge für alles, was ein weiser und gottgefälliger Priester wahrnehmen soll. Du warst für alle ein leuchtendes Muster eines Priesters der Arbeit, eines Priesters nach dem Herzen Gottes. Und darum stiegst Du auch auf den Sprossen der kirchlichen Hierarchie empor, es wuchs die Hochachtung und Verehrung vor Dir bei denen, die auf Dein Leben schauten.

Leider sollte Dich heute, an der Wiege Deines Lebens, eine Kränkung treffen, wie sie Dir bisher niemand zugefügt hat. In einem polnischen Blatt, das katholisch sein will, wagte man zu verunglimpfen, was Dein und unser Stolz ist; man scheute sich nicht, auf Dein Greisenalter loszuschlagen und gerade seinemwegen Dir die Fähigkeit abzuspochen, die Diözese weise zu verwalten.

Wenn jemand den Vater kränkt, dann nähern sich ihm mit um so größerer Ehrfurcht und Liebe seine Kinder und lindern seinen Kummer und Schmerz.

Ebenso nähern auch wir uns heute Dir, Hochwürdigster Prälat, nicht nur als dem höchsten Vorgesetzten der Diözese, sondern auch als dem besten Vater, um Dir die Gefühle unserer tiefsten kindlichen Ehrfurcht und Liebe auszudrücken und um Dir zu versichern, daß wir gerade in Deinem grauen Haar eine Bürgschaft für die Weisheit Deines Regiments erblicken, welches Verständnis für die Verantwortlichkeit und Schwierigkeit der Lage verbunden mit der Klugheit des erfahrenen Mannes kennzeichnete und kennzeichnet.

Die Geistlichkeit der Stadt Gnesen.

Es folgen die Unterschriften der Geistlichen:

Stefanski.	Raaz.	Kreszkiewicz.
Taczak.	Kammer.	Thraowski.
Marjanski.	Deutsch.	Prokop.
Jagodzinski.	Czujewicz.	Mrela.
Morkowski.	Slonieczny.	Kaczmarek.

Aus Nr. 237 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 16. Oktober 1909:

Eine deutliche Warnung aus Rom.

Wie bekannt, rüstet sich der neue Reichskanzler Herr von Bethmann Hollweg nach Rom. Wird er im Quirinal sein, so wird er auch dem Vatikan einen Besuch abstatten.

In Erwartung dieses Besuches warnte die päpstliche Diplomatie — dank dem vorzüglich organisierten Presseapparat — von vornherein den Nachfolger des Fürsten Bülow, im Punkte der antipolnischen Politik in die Fußstapfen des Vorgängers zu treten. Er wird im Vatikan ein gern gesehener Gast sein. — In jeder von ihm berührten Angelegenheit wird der Vatikan bemüht sein, einen tauglichen Kompromiß herbeizuführen. Nur im Punkte der Germanisierung der Polen mit Hilfe der katholischen Geistlichkeit kennt Pius X. keine Kompromisse. Er weist auch entschieden den Gedanken von sich, daß der erzbischöfliche Stuhl mit einem Deutschen besetzt wird.

Es ist unbekannt, wie sich der neue Kanzler diesem Fingerzeig gegenüber verhalten wird. Für das polnische Volk, ohne Rücksicht auf die politischen Grenzen, bedeutet diese männliche Haltung des Vatikans einen Trost und eine Hoffnung für die Zukunft.

Die polnische öffentliche Meinung verspricht sich von dem neuen Kanzler nicht viel. Sie weiß es, daß der Mensch, der Name geändert wurde, das System jedoch dasselbe geblieben ist. Deswegen war es eine sehr wichtige Sache zu erfahren, ob über diese unveränderte Situation, trotz des Kanzlerwechsels, der Vatikan informiert war, und ob Herr Bethmann Hollweg sich nicht als Anhänger des katholischen Zentrums vorstellen und tauschweise neue Nachgiebigkeit in der polnischen Frage verlangen wird, was wiederum seinem Programm zuwiderlaufen würde, in welchem er in Gegenwart des Kaisers erklärte, daß er sich nicht mit dem Zentrum binden will. Dieses vorzeitige und ganz und gar unpolitische Bekenntnis wird man auch im Vatikan gehörig einzuschätzen wissen.

Die aus Rom kommenden Informationen besagen, daß man auch dort die Sachlage klar überschaut. Der Herr Reichskanzler weiß also, was er nicht zu wünschen hat, wenn er sich keinen Korb holen will.

Aus Nr. 239 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 19. Oktober 1909:

Die Volksschullehrer.

Seit einer Reihe von Jahren fangen die Volksschullehrer in unseren Landesteilen an, eine immer größere politische Tätigkeit zu entfalten, natürlich zum Schaden ihrer pädagogischen Wirksamkeit.

Der Volksschullehrer nahm fast ganz schon den Charakter eines administrativen Beamten an, und angesichts der Befehle von oben beschäftigt er sich weniger mit der lehramtlichen Seite seines Berufs, sondern er schiebt auf den ersten Platz die in ihn gelegte politische Aufgabe der Germanisation.

Angesichts der ganzen antipolnischen Politik, und in diesem Falle speziell angesichts der Schulpolitik der preussischen Regierung in den polnischen Landesteilen, erscheint dieses völlig natürlich. Der Lehrer tritt hier in erster Linie als Germanisator auf; das Unterrichten sieht er nur als eine Nebenbeschäftigung an.

Und es kann auch nicht anders sein!

Alle an die Elementarlehrer gerichteten Instruktionen und Verfügungen haben vor allen Dingen politische Zwecke im Auge, sogar solche, welche einzig das Lehren

betreffen sollten. Jeder Lehrer befindet sich fortwährend unter einer so scharfen politischen Kontrolle, daß jedes Wort, fast jeder Gedanke desselben einer Zensur seines Vorgesetzten unterliegt.

Wenn wir noch dazu erwähnen, daß eine bedeutende Zahl der Lehrer die polnische Sprache gar nicht kennt, daß sie sich anfangs mit den Kindern gar nicht und später nur mit der größten Schwierigkeit verständigen können, so wird es zur Evidenz klar, daß ein solches System nicht positiv auf die junge Generation einwirken, daß von irgend einer Entwicklung des Verstandes des Kindes nicht die Rede sein kann, und daß der ganze Unterricht nichts anderes als ein gedächtnismäßiges Einprägen einer bestimmten Anzahl deutscher Wörter ist, welche das Kind nach dem Verlassen der Schule zum Teil wieder vergißt.

Mit der Beseitigung des Erteilens des Religionsunterrichts in der polnischen Sprache ist die moralische Grundlage der Schule völlig beseitigt worden, und die Lehre der christlichen Moral und der Pflichten eines Katholiken stieg auf ein so niedriges Niveau herab, daß sie einen Einfluß auf das spätere Leben der Kinder nicht mehr ausüben kann. Die aus der Schule völlig beseitigte Geistlichkeit kann auf dieselbe nicht mehr im moralischen Geiste einwirken, und der unter dem Grauen der Aufsicht zum größten Teil eines protestantischen Schulinspektors stehende Lehrer rechnet in kirchlichen Angelegenheiten sehr oft mit dessen Anschauungen.

Daher sehen wir in den Reihen der „Krotošiner“ Katholiken zum größten Teil Lehrer, und ihr Verhalten der geistlichen Behörde und dem Rest der Katholiken gegenüber wird energisch von katholischen Zeitungen kritisiert, die man wohl nicht der „allpolnischen“ Agitation beschuldigen kann.

Die Regierung arbeitet systematisch daran, in den Lehrern den antipolnischen, agitatorischen Geist zu wecken und sie zum Wirken nach dieser Richtung hin zu zwingen.

Nicht nur die „Ostmarkenzulagen“ haben diesen klaren Zweck, sondern auch darüber hinaus sind die Bemühungen der Regierungsorgane darauf gerichtet, zwischen der polnischen Bevölkerung und den Lehrern ihrer Kinder einen möglichst tiefen Abgrund zu graben. Dafür haben wir einen neuen Beweis.

In Posen wurden vom 11.—16. d. Mts. Ergänzungskurse für Volksschullehrer abgehalten, eine an sich selbst gute Sache, wenn sie nicht mit antipolnischer Tendenz gewürzt wäre. Im Vortragsprogramm treffen wir zwei Gegenstände an: „Das Genossenschaftswesen der Polen“ und „Die Kolonisation der Polen“, welche zeigen, daß es ohne Angriff auf uns sogar bei solchen Ergänzungskursen nicht mehr geht.

Wer die ganze Reihe der deutschen Broschüren kennt, welche diese beiden Angelegenheiten behandeln, der kann sich vielleicht vorstellen, in welcher Weise sie in den Vorträgen dargestellt wurden. Noch mehr — wer die Strenge kennt, mit welcher die Lehrer sogar hinsichtlich ihrer Anschauungen behandelt werden, der wird es auch wissen, daß die Hörer dieser Vorträge diese nicht nur bloß zu ihrer Kenntnis zu nehmen brauchen, sondern daß das, was ihnen gesagt wurde, für sie ein Evangelium sein muß, welches keine Kritik verträgt, und daß man ihnen Weisungen gab, wie sie ihrer ruhigen wirtschaftlichen Arbeit entgegenwirken sollen.

Unsere soziale Arbeit ruht auf zu starken Pfeilern, als daß eine solche Agitation für uns gefährlich werden könnte; aber diese Tätigkeit bedeutet einen zu großen Abbruch für die Schule, in welcher unsere Kinder lernen müssen, daß der Lehrer sich mehr mit der politischen Tätigkeit abgeben muß als mit der pädagogischen, wissend, daß er nur auf diese Weise das Lob des Vorgesetzten erreichen kann.

Bei einem solchen System sinkt unsere Volksschule immer tiefer; sie lehrt immer weniger und in moralischer Hinsicht kann sie absolut nichts mehr erwirken. Wenn nicht die angestrenzte Arbeit der Eltern und der ganzen Gesamtheit an der jungen Generation wäre, müßte die Zivilisation bei uns direkt rückwärts schreiten, obwohl jeder aus dieser zahlreichen Reihe der Pädagogen sich selbst als den einzigen Kulturapostel bei uns betrachtet.

Bei ihren Begriffen kann die Kultur nur identisch sein mit der Germanisation. Da sie die letztere trotz aller Anstrengungen nicht erwirken können, halten sie uns für Barbaren.

Solange die Muttersprache nicht in die Schule zurückkehrt, solange der Lehrer als die einzige Richtschnur nicht die pädagogischen Rücksichten haben wird und ausschließlich ein politischer Agitator bleibt, kann die Schule nicht zivilisatorisch wirken und weder den Verstand des Kindes noch sein Herz entwickeln. Die Schule wird das Kind nicht zu einem Menschen erziehen können, der seine Pflichten kennt und dieselben erfüllt.

Aber das uns gegenüber angewandte System fragt nach nichts mehr.

Nachdem sie einmal diesen falschesten Weg beschritten, treibt die Regierung, obwohl sie die fatalen Folgen sieht, auf ihre Kraft vertrauend, mit Übermacht diese einmal begonnene Politik und achtet gar nicht darauf, daß sie auf jedem Gebiete ein vollständiges Fiasko erleidet.

Und doch wird die Zeit kommen, in welcher der heute zur Rolle eines politischen Agenten degradierte Lehrer seine Rechte fordern wird. Schon heute wird ein großer Mangel an Lehrern fühlbar, nicht jeder nämlich will eine solche Rolle spielen, trotz der Zulagen, und wir nehmen nicht an, daß noch einmal die Zeiten wiederkehren könnten, in welchen man die zur Frontarbeit unfähigen Unteroffiziere zu Volksschullehrern kommandierte, wie es dazumal der Fall war.

Wir nehmen das nicht an, obwohl wir es annehmen könnten, denn welche Experimente werden nicht schon mit uns gemacht?

Das wäre auf jeden Fall der Gipfel des Erfolges der antipolnischen Politik auf dem Gebiete des Schulwesens.

Aus Nr. 231 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 13. Oktober 1909:

über den

Berein Straß

schreibt der Dziennik Bydgoski unter anderem folgendes:

Die Straß besitzt nicht ganz 14 000 Mk. Dieses Resultat ist kein großes, namentlich angesichts der großen Hoffnungen, die man bei der Umgestaltung der Organisation hatte. Es ist deshalb auch kein Wunder, daß die Leiter der Straß von Zweifeln umgarnt werden und dieser Institution, die mit einer so ungeheueren Begeisterung geschaffen worden ist, den nahe bevorstehenden Untergang prophezeien.

Auch wir bedauern es, daß diejenigen von Zweifeln erfaßt werden, die es nicht verstanden haben, das Schicksal dieser so schönen Institution anders zu leiten. Wir möchten aber hervorheben, daß sich diejenigen irren, die da meinen, daß mit dem Schicksale der Straß das Schicksal der Gesamtheit verknüpft sei. Diese Auffassung ist durchaus nicht zutreffend. Die Straß sollte kein Fundament, sondern ein großer Ziegelstein in dem Fundamente unserer Gesamtheit sein. Wenn sie ihre Aufgabe nicht erfüllen konnte, so muß sie sich damit abfinden, daß sie beseitigt wird. Und es ist schade,

denn schade um jeden Ziegelstein, der den Grundstock unserer Existenz schwächt.

Wir wollen heute nicht darüber nachdenken, wer schuld daran ist, daß die Straß zu Falle kommt. Ihre Leiter fordern wir auf, rechtschaffen zu arbeiten an der Rettung dessen, was bestehen sollte. Mögen sie daran denken, daß ihnen die Gesamtheit so viele verlorene Begeisterung und so viel verlorenes Geld nicht schenken wird.

Aus Nr. 237 des Lech (Gnesen)
vom 17. Oktober 1909:

Über die Selbständigkeit der Arbeitervereine.

Bekanntlich sind die parochialen Arbeitervereine weltliche Vereine, sie stehen jedoch vollständig unter dem Einfluß der Kirchenbehörde, die für jeden dieser Vereine von vornherein den Patron bestimmt. Außerdem gibt es einen Vereinsvorsitzenden und andere Vorstandsmitglieder, doch angesichts des an der Spitze des Vereins stehenden Geistlichen ist deren Einfluß auf die Vereinsangelegenheiten gleich Null. Es wäre darin nichts zu finden, daß Geistliche an der Spitze der Arbeitervereine stehen, denn wir haben so viele Institutionen in unserer Gesamtheit und so viele Organisationen, die dabei sehr gut wegkommen, daß der Geistliche in ihnen eine entscheidende Stellung einnimmt.

Doch es liegt hier der grundsätzliche Unterschied vor, daß dieser Geistliche durch die Mitglieder gewählt worden ist, daß man ihn gegebenenfalls auch wieder entfernen kann, während die Patrone der Arbeitervereine aufgedrängt worden sind und sie durch die Mitglieder ihrer Ämter nicht enthoben werden können.

Diese Umstände bilden oder können gegebenenfalls für diese Arbeiterorganisationen eine gewisse Gefahr bilden. Wir wissen, daß sich in unsere Diözesen Geistliche hineindrängen, die uns nach Abstammung und Empfindung fremd sind. Es kann daher leicht vorkommen, daß ein solcher Geistlicher, der von amtswegen Patron des Arbeitervereins ist, diesen Verein in einem Geiste leitet, der vom nationalen Gesichtspunkte aus betrachtet, für uns unerwünscht ist.

Es kommen auch Fälle vor, insbesondere in den gemischtsprachigen Gegenden, daß die Geistlichen Arbeitervereine gründen, in denen die Beratungen in deutscher Sprache geführt werden und in die sie zahlreiche polnische Arbeiter hineinziehen, die sich, weil sie den geistlichen Patron der germanisatorischen Bestrebungen nicht verdächtigen wollen, um so leichter verdeutschten lassen. Solche Verhältnisse beginnen heute schon allgemein zu werden. Und was wird erst geschehen, wenn an die Spitze unserer Erzdiözesen ein deutscher Oberhirte mit vollständig verdeutschten Geistlichen treten wird?

Alles deutet darauf hin, daß sich unsere Befürchtungen in dieser Beziehung früher oder später erfüllen werden. Dann wird die deutsche Geistlichkeit immer mehr Einfluß gewinnen, dann wird sie immer zahlreicher werden und sich immer sicherer fühlen, und die Arbeitervereine, die unter dem Patronate deutscher Geistlicher stehen werden, können leicht zu Pflanzstätten des Deutschtums großen Stils werden.

Ähnliches geschieht heute schon in Schlesien und Preußen.

Und so müssen wir denn auch dem „Dz. Bydg.“ recht geben, der den Vorschlag macht, anstelle der bisherigen Arbeitervereine selbständige Arbeitervereine zu gründen.

Dadurch, daß man den Arbeitern Patrone aufdrängt, die häufig nicht qualifiziert oder nicht beliebt sind, nimmt man den Mitgliedern des Vereins die Möglichkeit, einen entsprechenden Leiter zu wählen. Ferner aber ist das System des Aufdrängens eines Leiters in den heutigen Zeiten des Fortschritts doch so veraltet, daß man es schließlich für immer beseitigen und an seine Stelle das System der freien Wahl einführen sollte.

Wenn es möglich war, solches in anderen Vereinen und Instituten durchzuführen, so sollte man doch nicht das den Arbeitern geben, was andere verachtet haben, einzig und allein deshalb, weil die Arbeiter solches ruhig über sich ergehen lassen. Es dürfte später niemanden wundernehmen, wenn die Arbeiter, von ihrer Macht Gebrauch machend, die ihnen aufgedrängte Behörde selbst beseitigen und sich eine solche wählen werden, die sie als die beste anerkennen.

Ich kann es nicht verstehen, wie man für das Volk nach Grundsätzen und Ideen arbeiten kann, die nicht völlisch und demokratisch sind. Durch das offenkundige Diktum unseres Standpunktes wollen wir die patriotischen Geistlichen keineswegs von der Mitarbeit in unseren Arbeiter-Vereinen zurückhalten.

Wir kennen die Enzyklika des Papstes Leo XIII. „Rerum novarum“, in der wir lesen: „Ihr wißt, ehrwürdige Brüder, für wen und auf welche Weise man sich mit der ungewöhnlich schwierigen Sache befassen muß. Es ist notwendig, daß sich jeder an seine Aufgabe mache und zwar so bald wie möglich.“

Aus diesen Worten geht deutlich hervor, daß der Papst selbst den Geistlichen gebietet, sich mit der Arbeiterfrage zu befassen. Auch wir erachten es für notwendig, daß sich jeder mit uns befassen möchte, wir bitten, daß die ehrwürdigen Geistlichen als polnische Bürger den polnischen Arbeitervereinen als Mitglieder beitreten, mit uns arbeiten und auf Grund ihrer Bildung uns belehren und aufklären. Wenn sie es verstehen werden, sich durch ihre Arbeit in den Vereinen Ansehen und Achtung unter uns zu erwerben, dann werden wir einen solchen Geistlichen ebenso wie jeden anderen Bürger gern zu unserem Vorsitzenden wählen. Möge z. B. die Gründung eines Arbeitervereins der Initiative eines Geistlichen entspringen, möge er an der Arbeit des Vereins lebhaften Anteil nehmen, möge er aber dem Vereine nicht als Patron aufgedrängt werden, ob er befähigt ist oder nicht, ob er Deutscher oder Pole ist.

Ferner macht der Dz. Bydg. darauf aufmerksam, daß wir, wenn die Geistlichen auf Grund irgend eines „Gesetzes“ von der sozialen Arbeit beseitigt werden würden, verwaist dastehen würden, ohne die, die für uns gearbeitet haben. Die Diözesanvereine kämpfen hauptsächlich gegen den Sozialismus an, der bei uns doch so gut wie gar keine Anhänger hat, und sie bemühen sich nicht, oder doch nur sehr wenig, um die Erhaltung der Nationalität, um die Pflege des Patriotismus, um die Verbreitung der nationalen Aufklärung.

Nach unserer Meinung lassen sich die Befürchtungen auf zweifache Weise zerstreuen: entweder verzichtet die geistliche Behörde darauf, den Arbeitervereinen das Patronat aufzudrängen, oder wir werden damit anfangen, selbständige Arbeitervereine zu gründen, die zur geistlichen Behörde in keinem Abhängigkeitsverhältnisse stehen. In erster Reihe muß man die Gegenden im Auge haben, die in nationaler Beziehung gemischt sind. In Parochien mit polnischen Seelsorgern wird sich deren Verhältnis zu den Arbeitervereinen nicht ändern, denn die Mitglieder werden mit größter Bereitschaft ihren Propst bzw. einen von den polnischen Vikaren zum Patron wählen; wenn aber an der Spitze der

Parochie ein deutscher oder polnischer Pfarrer stehen wird, der Rücksicht auf die Behörde nimmt, so wird er auf das Vereinspatronat, das in solchem Falle einer weltlichen Person übertragen werden wird, verzichten müssen.

In den letzten Tagen ist in der Presse viel über die Gründung einer politischen Arbeiterorganisation geschrieben worden. Es fragt sich, ob nicht gerade die Gründung solcher politischen Arbeitervereine gegenwärtig geboten wäre.

Aus Nr. 237 des Dziennik Poznański (Posen)
von 16. Oktober 1909:

Die Wahl des Rechtsanwalts Herrn v. Chrzanowski zu einem der Direktionsmitglieder der Bank der Gewerbetreibenden wird in den Rubriken einer gewissen hiesigen Zeitung nichts weniger als wohlwollend beurteilt. Wir dagegen, wenn wir uns auch nicht zu den politischen Freunden des Herrn v. Chrzanowski zählen, begrüßen mit Anerkennung diese Wahl, die übrigens nur provisorisch ist, denn die Bestätigung hängt von der allgemeinen Versammlung der Bankteilhaber ab. Vor allem können wir in dieser Wahl keine politische Handlung erblicken. Ferner können wir uns nicht der Behauptung anschließen, daß an der Spitze eines Instituts wie die Bank der Gewerbetreibenden ausnahmslos Fachleute stehen müßten. Im Gegenteil, es kann doch nur vorteilhaft für die Bank sein, wenn in dem Vorstände neben zwei Fachmännern sich ein Rechtskundiger befindet, der noch dazu als langjähriger Vorsitzender im Aufsichtsrat mit den Bankangelegenheiten genau vertraut ist. Endlich fallen hier noch die besonderen moralischen Qualifikationen des Kandidaten ins Gewicht, nämlich sein makelloser Charakter und die Verdienste, die er sich fast auf allen Gebieten der nationalen Arbeit erworben. Wir sind überzeugt, daß die allgemeine Versammlung der Bankteilhaber die obenangeführten Punkte berücksichtigen und die Wahl des Aufsichtsrats bestätigen wird.

Aus Nr. 236 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 15. Oktober 1909:

Der Graf Mathias Mielzynski

beabsichtigt mit Rücksicht auf seinen ungünstigen Gesundheitszustand das Reichstagsmandat für den Bezirk Samter-Obornik-Schwerin a. W. = Meseritz im Laufe des Winters niederzulegen. Wie bekannt, erfordert dieser Bezirk eine energische Agitation. Wenn daher der Graf Mielzynski auf Anraten der Ärzte seine Absicht verwirklichen sollte, müßte man beizeiten an eine gründliche Bearbeitung dieses Bezirks schreiten.

Aus Nr. 238 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 17. Oktober 1909:

Die durch die hiesigen Zeitungen verbreiteten Gerüchte, daß der Reichstagsabgeordnete Graf Mathias Mielzynski sein Mandat niederlegen wolle, haben sich bewahrheitet. In einem Briefe an das Provinzialwahlkomitee begründet Graf Mielzynski diesen Entschluß mit seinem ungünstigen Gesundheitszustand. Wir können und wollen auch nicht diesen Grund bezweifeln. Wir nehmen jedoch an, daß zu der Mandatsniederlegung des Grafen Mielzynski größtenteils die Kritik beigetragen hat, die über sein Verhalten bei der Finanzreform seitens bestimmter Organe der hiesigen Presse

geübt wurde und geübt wird. Wir begreifen auch die Abneigung, welche Leute erfährt, die sich bei uns der öffentlichen Sache widmen, angesichts der Art und Weise der Kritik, die manche unserer Blätter üben, einer Kritik, die oft in die unwürdigsten Insinuationen und persönlichen Angriffe ausartet. Unseres Erachtens dürfte jedoch diese Abneigung nicht bis zu einem für unsere Volksinteressen so gefährlichen Schritte führen; denn als ein solcher muß das Niederlegen eines in einem ungewissen Bezirk repräsentierten Mandats bezeichnet werden, welches, man darf sagen, der Graf Mielzynski seiner Person nur allein verdankt. Außerdem wird für unsere parlamentarische Vertretung der Abgang einer so hervorragenden Kraft, eines so tätigen und beredten Abgeordneten, wie es der Graf Mielzynski war, sich empfindlich fühlbar machen.

Aus Nr. 240 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 20. Oktober 1909:

Infolge der Mandatsniederlegung durch den Grafen Mathias Mielczynski wird für den Wahlbezirk Samter-Dornitz-Meseritz-Schwerin a. W. ein neuer Reichstagsabgeordneter gewählt. Dieser Bezirk gehört nicht zu den sichersten, und es wird daher notwendig sein, eine sehr energische Agitation zu entfalten, damit auch diesmal unser Kandidat siegreich hervorgehe. Von nicht geringer Bedeutung ist auch die Auswahl eines Kandidaten, für den ebenfalls die in diesem Bezirk sehr zahlreich vorkommenden Deutschkatholiken stimmen würden. Ein solcher Kandidat, der die besten Aussichten hat, in diesem ungewissen Bezirk den Sieg davonzutragen, ist unseres Erachtens der Graf Stefan Loncki aus Neustadt b. Pinne, ein Bürger, der sich allgemeiner Hochachtung und Vertrauens erfreut. Bemerken müssen wir jedoch, daß wir diese Kandidatur auf eigne Verantwortung vorschlagen. Wir wissen nämlich nicht, ob der Graf St. Loncki die Absicht hat, sich um ein Abgeordnetenmandat zu bemühen bzw. ob er gegebenenfalls bereit wäre, die ihm angetragene Würde anzunehmen.

Aus Nr. 241 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 21. Oktober 1909:

Für den Wahlbezirk Samter-Dornitz-Birnbaum-Schwerin

fordert der Marodowiec in Herne die Aufstellung einer Arbeiterkandidatur. Der Dziennik Poznański schlägt die Kandidatur des Grafen Stefan Loncki aus Neustadt bei Pinne vor. Für den „nicht konservativen“, nur „gemäßigten“ Dziennik ist die Kandidatur des Grafen Stefan Loncki ziemlich „nicht gemäßigt“, es ist nämlich bekannt, daß Graf Stefan Loncki, obgleich er vor den Russen unseres politischen Lebens bisher keine ausgeprägte Rolle gespielt hat, gleichwohl den extremen konservativen Flügel aktiv repräsentiert. Wenn der Dziennik Poznański behauptet, Graf Stefan Loncki erfreue sich allgemeiner Achtung und allgemeinen Vertrauens, so sind wir gezwungen, dem Dziennik zu antworten, daß uns von einem allgemeinen politischen Vertrauen nichts bekannt ist. Im Gegenteil, die Kandidatur des Grafen Stefan Loncki genösse in breiten Kreisen der Volksgemeinschaft den Ruf einer extremen konservativen Kandidatur. Und gerade eine solche extreme Kandidatur halten wir in dem bedrohten Wahlkreis Samter-Dornitz-Birnbaum-Schwerin für absolut verfehlt. Es ist wahr, man muß in diesem Wahlkreis bis zu einem gewissen Grade mit den

Zentrumsstimmen rechnen; aber vor allem gilt es, die Meinung der breiten Kreise der eigenen Volksgemeinschaft nicht herauszufordern. Die Wähler dieses Wahlkreises sollten unseres Erachtens mit einer wirklich in der Volksgemeinschaft populären Kandidatur hervortreten, besonders in diesem Wahlkreis.

Aus Nr. 235 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 14. Oktober 1909:

Die Arbeit hinter den Russen.

Aus der Stadt erhielten wir folgendes Schreiben:

Die sogenannten „Kurjerdemokraten“ versprechen sich etwas von der Gewerbebank (Bank Przemysłowcow). Diese angeesehene Institution soll wiederum die Arena der Parteikämpfe werden, dank der Kurjerpartei alias der Anbeuungs- und Geschäftspartei. — Es wurde umlängst darauf hingewiesen, daß die neu gebakenen „Kurjerdemokraten“, welche in den Augen einer großen Anzahl von Bürgern als Allpolen, Konservative, Liberale, sogar als Autokraten — nur nicht als diejenigen gelten können, unter deren Namen sie sich eingeschlichen haben, nicht deswegen sich zu einer sogenannten politischen Partei zusammengefunden haben, um einzig und allein nach der politischen Richtung hin zu arbeiten, sondern um für sich die gut bezahlten Posten und sozialen Sinecuren einzuheimen.

Dort, wo eine opferfreudige Arbeit für das Wohl der Gesamtheit notwendig ist, sind sie gewohnt, das große Wort, voll von akademischen Phrasen, zu führen — wie es in der Straß geschahen ist, in welcher sie von der Agitation von Mund zu Mund deklamiert hatten, daß es zitterte, und als es zur Tat kam, sie nicht zu finden waren, denn damit kann man doch keine Geschäfte machen — dieses ist gut für die volksparteilichen Lückenbüßer, welchen man die Köpfe gehörig verdreht gemacht hat. Und prosperiert die Straß schwach, so wird zum „Kurjer Warszawski“ geschrieben: Entweder gebt Geld her, oder wir begraben den Straßverein! Würde die Gesamtheit Geld geben, so wäre man bereit, wiederum eine solche Dummheit zu begehen wie mit dem Adreßbuch der Gewerbetreibenden, in welchem Juden und Deutsche empfohlen wurden, denn die Schreier sind nicht zur Arbeit da!

Eine andere Sache ist es, wenn es um eine fette Stelle in der Gewerbebank geht! Dorthinein muß um jeden Preis ein Kliquenmitglied gepackt werden, damit auch er wiederum die Seinigen in die bezahlten Stellen der Beamten, Aufsichtsratsmitglieder usw. bringen kann.

Wie bekannt, ist infolge der Ernennung des Dr. Honcia zum Direktor der Bauernbank (Bank Włościanski) die Stelle eines Vorstandsmitgliedes vakant geworden. Schon seit einiger Zeit behauptete sich zur allgemeinen Verwunderung hartnäckig das Gerücht, die Kurjerpartei wolle die Kandidatur des Abgeordneten Bernhard Chrzanowski, Vorsitzenden ihres „Demokratischen Vereins“ mit Gewalt durchsetzen. Man wußte von vornherein, daß Herr Rechtsanwalt Chrzanowski sich melden würde, denn obwohl er selbst zauderte und Bedenken in betreff seiner kaufmännischen und wechselgeschäftlichen Fähigkeiten hatte, sind seine „demokratischen“ Freunde bestrebt, ihn mit Gewalt durchzusetzen, weil er ihnen hinsichtlich ihrer eigenen Interessen in jener Stellung notwendig ist.

Ob der Abgeordnete Herr Chrzanowski die Absicht hatte, sich zu melden oder nicht, ist unbekannt. Tatsache ist, daß man von einer Seite zuerst anging, ihn ganz in der Stille hinter dem Rücken des Aufsichtsrats in den Vordergrund zu rücken, und von der andern Seite

wirkte man ganz „zart“ auf den Direktor Herrn Brylinski, wegen seines Alters sich pensionieren zu lassen und so dem Kandidaten der „Kurjerpartei“ Platz zu machen. Schließlich erwirkten sie von ihrem „Vorsitzenden“, daß er sich als Kandidat aufstellen ließ.

Was den Direktor Herrn Brylinski anbetrifft, so ist das Manöver nicht gelungen, denn der Herr Direktor ist gesund und stark. Er denkt gar nicht daran, abzudanken, zum Schmerz der Kurjerüberpolitiker, welche vielleicht noch so kalkuliert haben, daß im Falle zweier Vakaturen man neben den eigenen Kandidaten einen Bankmenschen zulassen könnte, welcher in seinem Berufe alt geworden ist und umsonst auf Beförderung gewartet hat, was die Arbeit bedeutend erleichtern würde.

Dafür versprach der Abgeordnete Herr Chrzanowski, das Abgeordnetenmandat niederzulegen und das Rechtsanwaltsbureau zu schließen, wenn er zum Vorstandsmitglied der Gewerbebank (Bank Przemyslowcow) gewählt werden sollte.

Im Aufsichtsrat soll alles schon abgekartet sein und die Mehrheit ist gesichert — und warum denn nicht! — die Einflüsse in spe sind auch etwas wert!

Warum soll man hier nach den kaufmännischen und wechselgeschäftlichen Qualifikationen fragen, warum Rücksichten nehmen auf Bankfachleute, welche Jahre in untergeordneten Stellungen arbeiten und darin schon grau geworden sind? Das würde zu demokratisch sein, die in erster Reihe zu berücksichtigen angesichts der Tatsache, daß der begünstigte Kandidat ein vorzüglicher Rechtsanwalt und Abgeordneter ist. Es geht hier also nicht um den Wohlstand, nicht um Ehren, sondern um eine gut bezahlte und im gegebenen Falle einflußreiche Stellung, und welche, wenn man die poetisch-sentimentale Veranlagung des Abgeordneten Chrzanowski in Betracht zieht, dessen Freunde bereit sind, für sich auszunutzen mit Abbruch der Interessen der größten Mehrheit der Bankmitglieder!

Die Berufsqualifikationen? Auch eine Frage! Die Partei der gegenseitigen Anbetung sollte auf solche Bagatellen Rücksicht nehmen! Die gegenseitigen Anbeter müssen fähig sein, sie zeigten schon schließlich, was sie können — im Straßchverein, im Journalistenverein usw.!

Es gibt genug polnisches Volk, es zahlt der Bank viel Zinsen, für die Repräsentation sind Fonds vorhanden — und zur Arbeit nimmt man Leute an! So stellt sich in der Praxis die „demokratische“ Arbeit der Kurjerpartei dar und ihre Verteidigung des Volkes! Diese Verteidigung gab ja auch der Abgeordnete Mathias Wielzynski, der große „Volkspartei“, der große „Demokrat“, die Stütze des „demokratischen Kurjervereins“, Genossenschaftler und Mitinhaber des „Kurjer“, bei dem Handel um die Steuern im Reichstage kund, indem er der Regierung ein unnützes Geschenk in Form der Erhöhung der Steuern für die billigeren Zigaretten machte und dadurch vielen polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen in der Tabakindustrie das Brot nahm. Der Vorsitzende des „demokratischen Kurjervereins“ Herr Bernhard Chrzanowski dagegen konnte nicht dem in der Fraktion gemachten Fehler steuern, denn er war nur selten in Berlin zu sehen!

Wir werden ja sehen, was der Aufsichtsrat tun wird. Wir werden ja sehen, ob und wie weit er imstande sein wird, dem Hineintragen der Parteizwistigkeiten in die Gewerbebank, die nur schädliche Folgen zeitigen können, zu steuern.

Der Goniec Wielkopolski fragte erst unlängst an, ob die Sachen in unserer Gesamtheit so weiter gehen sollen — worauf ihm der „Kurjer“ lakonisch geantwortet

hat, daß der Appell des Goniec an die Volksparteiler und die Konservativen ohne Widerhall bleiben werde.

Run ja, die Worte können ein Echo hervorrufen oder auch nicht, aber der Kurjerterrorismus ist imstande, nicht nur ein Echo, sondern sogar weittragende Taten hervorzurufen.

Und was sagt zu alledem der Abgeordnete Rechtsanwalt Chrzanowski? Will er sich als Werkzeug einer Partei gebrauchen lassen, deren Vorsitzender er allerdings ist, ohne zu merken, daß unter den Phrasen des Wohls der Bank, des Ansehens der Institution, der notwendigen Repräsentation (!) usw. sich weiterreichende Absichten und Bestrebungen, aber nicht idealer, sondern vor allen Dingen materieller Natur verbergen?

Wie auch die Sache sich formen wird, das letzte Wort hat noch die **Generalversammlung**. — Die Kurjer-Partei wird allerdings alle Hebel in Bewegung setzen, um die eigenen Interessen in der Bank mit Gewalt durchzudrücken, nur für sich die Majorität zu gewinnen — es ist nur eine Frage, ob sie diese angesichts des Bankrotts ihrer Politik, welche sich in den Folgen offenbarte, finden wird.

Eins aber ist sicher — dieses Spiel in der Gewerbebank ist ein Hazardspiel und kann für die Person des Herrn Rechtsanwalt Chrzanowski, übrigens eines auf den anderen Gebieten der sozialen Arbeit verdienten Mannes, fatale Folgen nach sich ziehen.

Unwillkürlich drängt sich einem die Frage auf: sind die „Kurjerdemokraten“ wirklich in der Tat und in der Arbeit in den öffentlichen Instituten so tüchtige Leute, daß, obwohl sie sehr wenig oder gar nichts gelernt haben, sie sich nur „demokratisch“ zu nennen brauchen, um alles zu können?

Was mich anbetrifft, so habe ich mich an der Hand von Beweisen überzeugt, daß sie sogar nicht einmal das kennen, was sie lange Jahre gelernt haben und was sie eine Stange Gold kostete. So weit der Korrespondent aus der Stadt.

Das obige Schreiben stammt aus der Kurjerpartei nahestehenden Kreisen, aus diesen Volkskreisen, auf welche sich die Politiker der „Kurjerdemokratie“ stützten und auf die sie fest rechneten.

Die ehrlich denkenden Demokraten und Volksparteiler kommen immer mehr zu der Überzeugung, als was für ein Werkzeug sie den wenig erfahrenen, aber dafür selbstbewußten Individuen dienen sollen, die ungeteilt die Herrschaft in der Gesamtheit ergreifen und alle besseren Stellungen mit Beschlag belegen wollen.

Wir sind der Meinung, daß es wert ist, sich zu überlegen, ob es ohne Abbruch geht, eine Parteikandidatur in der Gewerbebank (Bank Przemyslowcow) aufzustellen! Wir wissen die Verdienste des Herrn Rechtsanwalts Chrzanowski wohl zu schätzen, sind aber der Meinung, daß gerade seine Kandidatur eine parteiische ist. Er hat sich zu sehr politisch und einseitig engagiert, als daß seine Kandidatur allgemeines Vertrauen erwecken könnte. Im Vorstände der Gewerbebank (Bank Przemysl.) müßten — unseres Erachtens — vor allen Dingen unparteiische Männer ihren Sitz haben, und für einen solchen kann heute der Abgeordnete Chrzanowski nicht mehr gelten. Deswegen wird dessen Kandidatur, auch wenn sie in der Generalversammlung kraft einer starken Agitation durchgedrückt wird, niemals für die Bank vorteilhaft werden.

Auch die treffende Bemerkung des Korrespondenten, in die vakante Stellung einen Fachmann zu bringen, ist nicht gering zu schätzen, denn dadurch würde man für einen andern ein neues Tätigkeitsfeld eröffnen, während der Abgeordnete Chrzanowski als Berufsjurist schon sein Auskommen hat. Übrigens könnte die durch die Schließung des Rechtsanwaltsbureaus ent-

standene Lücke leicht ein Fremder ausfüllen. Es würde wirklich nicht demokratisch gehandelt sein, anderen, fähigen Fachleuten die entsprechenden Stellungen und das für einen Polen so schwierig zu erwerbende Stück Brot zu nehmen.

Aus Nr. 237 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 16. Oktober 1909:

Es kommen Gerüchte zu unseren Ohren, als ob wir die Korrespondenz gebracht hätten, um irgend einen Beamten der „Bank Przemyslowcow“ zum Vorstandsmitglied zu protegieren.

Obwohl dieses nichts Ungewöhnliches wäre, erklären wir jedoch, daß diese Version vollständig irrig ist. Nicht nur keiner der Bankbeamten, sondern auch keiner der sich meldenden Kandidaten auf diese Stelle hat diese Korrespondenz geschrieben oder sie inspiriert. — Hätten wir nur einen Schatten des Beweises eines solchen Verdachtes, so würde die Korrespondenz in den Papiertorb gewandert sein. Indes stammte die Stimme aus der Stadt von einer an dieser Sache nicht interessierten Person, welche nur das Wohl der Bank im Auge hatte, von einem Gegner der Sinekuren und einer ostentativen „Repräsentation“, welcher gewisse Mitglieder des Rats eine so große Bedeutung beimessen, daß dieses direkt dem Zweck und der Aufgabe der Bank zuwiderläuft. Überdies halten viele Mitglieder der Bank die Kandidatur des Herrn Rechtsanwalts Chrzanowski für parteiisch und daher für schädlich.

Was die Generalversammlung anbetrifft, so kann man da nicht voreilig urteilen. Wir sind sogar der Meinung, daß die Kandidatur des Rechtsanwalts Chrzanowski durchgehen wird — aber die Bedenken, welche durch sie geweckt werden, werden dadurch auf keinen Fall beseitigt.

Aus Nr. 232 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 10. Oktober 1909:

In der Atmosphäre politischer Betörungen.

Wir begehen keine Übertreibung, wenn wir behaupten, daß wir schon seit Jahren keine solchen politischen Betörungen zu verzeichnen hatten, wie die, deren Zeugen wir in den letzten Monaten gewesen sind.

Die Angelegenheit der Reichsfinanzreform hat in unserer Volksgemeinschaft eine in hohem Grade ungesunde politische Atmosphäre geschaffen.

Ungesunde Keime gab es schon viele in den Motiven des Sichverhaltens einiger unserer Abgeordneten in der parlamentarischen Arena in Sachen der Finanzreform. Wir wiederholen: einiger Abgeordneten! Wir möchten nämlich nicht falsch verstanden sein. Es gab solche, für welche eine möglichst weit getriebene „positive“ Beteiligung der Fraktion in der Finanzreform ein Punkt des ganzen politischen Systems war, dessen Verwirklichung sie ganz systematisch und mit voller Raffiniertheit anstreben. Es gab andere, welche die Richtung unserer bisherigen äußeren Politik absolut nicht grundsätzlich zu ändern beabsichtigten, welche aber, da sie zu sehr in die parlamentarische Situation vergaßt waren und die Folgen, die ihre Politik daheim haben mußte, nicht genügend würdigten, übermäßig dem Einfluß der ersten Kategorie der Abgeordneten unterlagen. Es fehlte aber leider in der Fraktion auch nicht an solchen Persönlichkeiten, bei denen der Beweggrund des Handelns — man muß

das beim Namen nennen — Eitelkeit, Ehrgeiz und die Begierde gewesen ist, eine große politische Rolle zu spielen, sei es auch auf Kosten der Selbstständigkeit der Fraktion. Gerade daraus haben wir dem Rest der Fraktion gegenüber den sehr schweren Vorwurf erhoben, daß man diese Eitelkeit und diesen Ehrgeiz nicht zu zähmen verstanden hat.

Dort war auch die Quelle der weiteren politischen Betörungen zu suchen, die auf dem Gebiete der Presse auftauchten. Wir waren Zeugen der wunderlichsten politischen „Überraschungen“, an die wir im einzelnen nicht zu erinnern brauchen und nicht erinnern wollen.

Gestern machten wir von der neuesten politischen Betörung, von dem Projekt einer politischen Klassenorganisation der Arbeiter Mitteilung. Wir gehen wohl nicht zu weit, wenn wir behaupten, daß der Wiarus Polski mit diesem demagogischen Projekt nicht so leicht hervorgetreten wäre, wenn nicht die unter den Arbeitern durch die Finanzreformangelegenheit hervorgerufene Stimmung wäre.

Mögen alles das diejenigen unserer Abgeordneten erwägen, denen es an politischem Kontakt mit den breiten Schichten unserer Volksgemeinschaft fehlt und die infolgedessen — manchmal trotz der redlichsten Absichten — im Grunde genommen außerhalb des politischen Lebens dieser breiten Schichten stehen.

Auf unsere breiten Massen wirken verschiedene Faktoren, günstige und ungünstige, ein. Ein praktischer Politiker sollte beide aus persönlicher Beobachtung kennen. Er sollte sie heut mehr kennen als je, heut, wo man von verschiedener Seite her so sehr im Trüben zu fischen sucht. Gegenwärtig gilt es, besonders energisch sich an die Organisation der demokratisch-volksparteilichen Elemente zu machen. Soviel wir wissen, erfüllt der Vorstand des Hauptrats des politischen demokratischen Vereins seine Pflicht, und er verhandelt mit den einschlägigen Faktoren in den einzelnen Kreisen, um durch Vermittelung dieser Vertrauensmänner die demokratisch-volksparteilichen Elemente zu veranlassen, sich streng zu organisieren.

Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß es an erprobten, angesehenen und mutigen Kräften nicht fehlen wird, welche die bürgerlichen Pflichten von Vertrauensmännern auf sich nehmen werden. Das heißt die demokratische Sache, welche der nationalen Sache dient. Je zeitiger und elastischer sich die rechtschaffenen demokratisch-volksparteilichen Kräfte organisieren werden, und zwar auf gesunden demokratischen Grundsätzen und auf breiter volksparteilicher Basis, desto mehr wird das Unkraut jeder schädlichen Demagogie im Keim zertreten werden.

Und die rechtschaffenen demokratisch-volksparteilichen Reihen sollte führen — nicht die billige radikale politische Phrase, sondern aufrichtiges und tiefes politisches Denken.

Aus Nr. 223 des Oredownik (Posen)
vom 12. Oktober 1909:

Der Soldatenstand.

In einigen Tagen werden ganze Reihen polnischer junger Leute gezwungen sein, unter die Waffen zu treten, um zwei oder sogar drei Jahre in der preussischen Uniform zu verbringen.

Verschiedenartige Empfindungen beschleichen das Herz des jungen Mannes, der für längere Zeit seine Heimat verlassen muß. Jedem, dem das Land seiner Väter aus Herz gewachsen ist, muß die Trennung von den Seinen nahe gehen. Unter Menschen mit fremder Sprache und anderen Sitten kann sich der Jüngling,

welcher das, was ihm am teuersten sein sollte, liebge-
wann, nicht wohl fühlen. Dazu kommt, daß er beim
Militär seinen freien Willen einbüßen wird, daß er
rücksichtslos sich den Befehlen seiner Vorgesetzten unter-
ziehen muß, kurzum, daß er fast zu einer Maschine wird
und alles das, was man ihm befiehlt, genau und gedanken-
los ausführen muß.

Wenn erst der Rekrut unter der Waffe stehen und
wenn er begreifen wird, was der bekannte preußische
Drill bedeutet, dann wird er sich überzeugen, daß es
beim Militär noch schlimmer ist, als wie er es sich vor-
gestellt hatte. Der bekannte preußische Unteroffizier
wird seiner heiligsten Gefühle nicht achten — erst un-
längst ist durch eine Gerichtsverhandlung bekannt ge-
worden, daß sich ein Unteroffizier der kulturellen Aus-
drücke „polnisches Schwein“, „polnische Edelsau“ und
dergleichen mehr bedient hat — und oft wird das
Blut des Rekruten in Wallung geraten. Aber zu alle-
dem wird er schweigen müssen, und er darf sich nicht ein-
mal vor jemandem beklagen. Im Gegenteil, er wird
nicht durch das geringste Zucken seine Aufregung ver-
raten dürfen, wenn er sich nicht strenger Bestrafung
aussetzen will. In seinen heiligsten Gefühlen verletzt
wird er mit blutendem Herzen zu Ehren seiner Vorge-
setzten freudig Hurra rufen müssen.

Das ist die eine Seite des Bildes, ganz allgemein
flüßigt.

Die andere Seite betrifft die Verlockungen, denen
der Soldatenstand ausgesetzt ist. Nicht selten erzählt
manch unvernünftiger Vater seinem Sohne von solchen
Verlockungen und prahlt sogar, welche Erfolge er bei
den verschiedenen Greten, Augusten und anderen
deutschen Mädchen hatte, und der Sohn sehnt mit Be-
gehren die Stunde herbei, wo er, der Hut der Volks-
gemeinschaft ledig, in die Fußtapfen seines Vaters
wird treten können. In der Anknüpfung von Lieb-
schaften werden ihm die gefälligen Kameraden behilflich
sein, und ehe er sich versieht, fällt er in die Reize der hell-
blonden Deutschen. So mancher Rekrut ging auf diese
Weise der Volksgemeinschaft verloren und ruinierte
sich an Körper und Geist.

In dieser Beziehung müssen wir am meisten be-
müht sein, die zum Militär abgehenden jungen Leute
zu warnen, daß sie sich vor den verschiedenen Ver-
lockungen in acht nehmen, die in den Soldatentanz-
lokalen, auf den Vogelwiesen usw. in Gestalt lachender,
schöner, bis auf die Knochen aber verdorbener und die
Freuden des ausschweifenden Lebens suchender Mädchen
auf sie lauern. Wir müssen ihnen begreiflich machen,
daß sie sich durch die kurzen Freuden solcher Leiden-
schaften der Gefahr aussetzen, ihre Gesundheit einzu-
büßen, und daß sie sodann zu der beschwerlichen Arbeit
in der häuslichen Werkstatt nicht fähig sein werden.
Sie müssen darauf aufmerksam gemacht werden, daß
wir, die auf jedem Schritt Unterdrückten, verpflichtet
sind, alle unsere Kräfte anzustrengen; denn um die
Existenz unserer Nation zu erhalten, brauchen wir kräftigere
Arme als die Angehörigen anderer Nationen. Für
denjenigen, der sich seiner nationalen Verpflichtung
bewußt ist, werden solche Darlegungen ausreichen;
denjenigen aber, welchen das entsprechende Verständ-
nis für die Pflichten eines polnischen Bürgers mangelt,
sollte die Rücksicht auf das eigene spätere Glück und auf
die eigene Existenz von einer ausschweifenden, die Kräfte
und die Gesundheit vernichtenden Lebensweise ab-
halten.

Diese Warnungen für die, welche unverzüglich
die Heimat verlassen, um in das Heer einzutreten.

Andererseits sind kaum 2 Wochen vergangen,
daß Hunderte von jungen Leuten die preußische Uniform
ausgezogen und in ihre Heimat zurückgekehrt sind.
Unlängst sahen wir noch, wie sie, die Zigarre im Munde,

mit der farbigen preußischen Mütze bedeckt und einen
mit der Kompagnietrommel versehenen Spazierstock in
der Hand, einherstolzten. Als sich diese Reservisten
vor ihrer Entlassung zum letzten Male auf dem Kasernen-
hofe versammelt hatten, hielt an sie ein Offizier eine
patriotische Ansprache und ermahnte sie, die Soldaten-
abzeichen zu ehren, in die Kriegervereine einzutreten,
dort den preußischen Geist zu zeigen und bestrebt zu
sein, an preußischem Geist immer zuzunehmen.

Nein! Hundertmal Nein! Nicht für uns sind diese
preußischen Abzeichen und nicht am Platze ist es für uns,
in diesen für das Polentum feindlich gesinnten Krieger-
vereinen zu verkehren.

Rufen wir den Reservisten zu: Zu den polnischen
Vereinen! Frisch voran, in die Reihen des „Sokol“,
der „Strasz“, der „Industrie“ und der Gesangsvereine!
In diese und in die Vereine der tätigen bürgerlichen
Gesellschaft sollten die Reservisten eintreten und, nachdem
sie sich von den Strapazen des Militärdienstes erholt
haben, die bürgerliche Arbeit wieder aufnehmen.

Hier, in den polnischen Vereinen, wird der Reservist
die beim Militär unwillkürlich angenommenen fremden
Gewohnheiten wieder ablegen und die Disziplin, die
er in den preußischen Reihen erlernen mußte, wird er
auch in den Reihen unserer Vereine weiter wahren.

Aus Nr. 238 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 17. Oktober 1909:

Eine neue polnische Bank.

In allernächster Zeit soll in Wilda, dem ehemaligen
Vorort von Posen, eine polnische Spar- und Darlehns-
bank entstehen. Die Notwendigkeit eines solchen Instituts
hat sich dort seit langem fühlbar gemacht, insbesondere
mit Rücksicht auf die zahlreichen Fabrikarbeiter und die
beständige Zunahme von Fabriken. Es unterliegt
deshalb keinem Zweifel, daß die Bank sofort eine an-
sehnliche Zahl von Mitgliedern erwerben wird. In den
ehemaligen Vorstädten Jerzisz und Lazarus bestehen
bereits seit einigen Jahren solche Banken, sie gedeihen
vortrefflich. Zu der zahlreichen Schar von Personen,
die die Bank gründeten, gehört auch der Geistliche
Kostencki, Propst in der Fronleichnamspfarodie, zu der
Wilda gehört. — Die Wildaer Bank wird ihre Tätigkeit
wahrscheinlich noch im Laufe d. M. beginnen.

Aus Nr. 235 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 14. Oktober 1909:

Zu dem von der Gazeta Toruńska gemachten
Vorschlag der Schaffung eines National-
rats (sfr. den einschlägigen Artikel unter Westpreußen
in der vorliegenden Nummer des Ges.-Überblicks)
meint der Kurjer:

... Wenn die Gazeta Toruńska ihre Ausführungen
mit der Behauptung schließt, sie habe den „Weg gewiesen“,
auf welchem wir zur Schaffung einer allerhöchsten
nationalen Behörde gelangen könnten, die sich des
Gehorsams und des Vertrauens der Allgemeinheit
erfreuen werde, so hat die Gazeta Toruńska vergessen,
daß den gleichen Weg bedeutend früher bereits der
Abgeordnete Napieralski in den Spalten der Praca
und der Prälat Wawrzyniak in der letzten Wahl-
delegiertenversammlung des Großherzogtums Posen
gewiesen haben. Nur sind diese Antragsteller im Denken
genauer gewesen, als die Gazeta Toruńska. Was soll die
Aufgabe des Nationalrats sein? „Mit seiner Kompetenz
die Gesamtheit unserer Angelegenheiten zu umfassen.“

Das lautet in der Tat verlockend, möge es uns aber die Gazeta Torunska nicht übel nehmen, wenn wir von dieser verlockenden Definition sagen, daß wir in ihr nichts erblicken außer uferloser Phrase.

Schon die rechtlich-politischen Verhältnisse machen es uns unmöglich, die Fäden aller Institutionen und politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Arbeiten in einer Zentralorganisation zu vereinen. Die Gazeta Torunska denkt offenbar an Professor Bernhard und an dessen Buch „Das polnische Gemeinwesen“, da sie die Vertreter der politischen Komitees, Vereine und Zeitungen mit den Repräsentanten der sozialwirtschaftlichen und aufklärend-kulturellen Institute in eine Organisation zusammenspannen und sie offiziell über die „Gesamtheit unserer Angelegenheiten und Interessen“ wachen lassen will. Nur ist Professor Bernhard mit der betreffenden Insinuation hervorgetreten, um die Regierung mit dem Finger auf unsere sozialwirtschaftlichen und aufklärend-kulturellen — neben den politischen — Institutionen als auf die Grundlagen der nationalen Regierung hinzuweisen, die zu vernichten wären, während die Gazeta Torunska mit ihrem Projekt in gutem, aber sehr naivem Glauben hervortritt.

Angesichts dessen fragen wir, ob unsere sozialwirtschaftlichen und aufklärend-kulturellen Vereine tatsächlich äußerer Anregung bedürfen, — ob sie sich nicht regelmäßig entwickeln? Was würde ihnen jenes „Umfassen der Gesamtheit unserer Angelegenheiten und Interessen“ durch eine Körperschaft nützen, die sich aus hundert und einigen Zehnern von einander gar nicht koordinierten Leuten zusammensetzt? Unschwer kann man sich doch vorstellen, wie diese uferlose „Arbeit“ in der Praxis aussehen würde: sehr viele Worte und sehr wenig Inhalt.

Schon aus Anlaß von Äußerungen des Abgeordneten Napieralski und des Prälaten Wawrzyniak haben wir hervorgehoben, daß wir die Notwendigkeit des Bestehens einer „höchsten nationalen Instanz“ im Prinzip anerkennen, aber mit ausdrücklicher Einschränkung ihrer Kompetenz auf politisch-nationale Angelegenheiten und mit dem Vorbehalt, daß diese Instanz aus unserer Wahlorganisation nicht herauszutreten hätte. In die Wahlkomitees beruft man bei uns die Leute keineswegs immer unter dem Gesichtswinkel ihrer politischen Fähigkeiten. Dazu kommt das neue Wahlregulativ für das Großherzogtum, welches in dieser Hinsicht die Befürchtungen nur noch verstärkt.

Was uns betrifft, so standen und stehen wir auf dem Standpunkt, daß eine „höchste nationale Instanz“ für die politisch-nationalen Angelegenheiten ausschließlich die organisierten Parteien, eventuell unter Cooptation einer entsprechenden Anzahl parteiloser Politiker, ins Leben rufen könnten.

Das kann weder heut noch morgen eintreten, nach dem uferlosen Plane der Gazeta Torunska aber wird der Nationalrat bestimmt überhaupt nicht entstehen. Das ist unschwer vorzusehen. Wir geben auch offen zu, daß das Projekt der Gazeta Torunska auf uns den Eindruck gemacht hat, als wäre sein Zweck, den Eindruck zu verwischen, welchen in den denkenden Kreisen der Volksgemeinschaft das Projekt des Bochumer Kollegen der Gazeta Torunska, das Projekt des politischen Organisierens der Arbeiterklasse, gemacht hat. Statt alle Wege ein neues Projekt einer neuen Organisation aufzuwerfen, wollen wir lieber angestrengt an denen arbeiten, welche schon seit Jahren bestehen, davon wird die nationale Sache bestimmt einen größeren Nutzen haben.

Aus Nr. 238 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 17. Oktober 1909:

Eine neue Ausflucht der Ansiedlungskommission.

Vor etlichen Tagen teilte unsere gesamte Presse mit, daß die Ansiedlungskommission in Strelno im Wege der Zwangsversteigerung das 300 Morgen große Vorwerk Rudonek bei Strelno, dem Polen Herrn Stylo gehörig, erworben habe.

Das Interessante aber — für uns Schmerzliche — dabei ist das, daß als Vermittler und Vertreter der Ansiedlungskommission der Pole Drozdzyński oder Drozowski figurierte. Wir konnten den Namen nicht erfahren. Bei der Lizitation war auch dieser Herr zugegen. Auch Vertreter der Kommission waren dabei. Diese aber beteiligten sich überhaupt nicht an der Lizitation. Jegliche Gebote überbot jener „Pole“. Als das Vorwerk ihm zufallen sollte, trat er seine Rechte an die Ansiedlungskommission ab. Von den Polen war niemand erschienen.

Die ganze Sache mußte von vornherein abgefartert gewesen sein, denn nach dem Verlassen des Gerichts war die Ansiedlungskommission bereits Besitzerin des Vorwerks.

Demnach will die Ansiedlungskommission auf einem neuen Wege durch geworbene polnische Judasse in den Besitz polnischen Bodens gelangen. Bis jetzt spielten diese Rolle bei den Zwangsversteigerungen die Deutschen und Juden. Weil die Kommission die polnische Vorsicht kennt, wählte sie sich solche Polen, denen das Geld nicht stinkt und denen die „Ehre“ ein eitles Wort ist.

Wir warnen daher die Gesamtheit vor ähnlichen Manövern der Kommission und ihrer dienstbereiten polnischen Schuhpußer.

Den genauen Namen jenes „Vermittlers“ werden wir veröffentlichen, sobald wir nähere Informationen erhalten haben werden. Er soll aus Posen stammen.

Aus Nr. 240 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 20. Oktober 1909:

Eine neue Ausflucht der Ansiedlungs- Kommission.

Auf den gestrigen Artikel unter dem obigen Titel Bezug nehmend, wird uns berichtet, daß jener „Pole“ Stanislaus Dziengielski heißt und etatsmäßiger Sekretär in der Ansiedlungskommission ist. Dziengielski tritt bei fast allen Subhastationen als „Privatier“ auf und lizitiert immer im Auftrage der Ansiedlungskommission, wovon unser Informator schon zweimal Zeuge war.

Wir warnen daher vor Herrn Stanislaus Dziengielski.

Aus Nr. 232 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 10. Oktober 1909:

Das Buch des polnischen Handels und Gewerbes,

welches der Straßverein mit großem Kostenaufwand herausgegeben hat, begegnet einer überaus abfälligen Kritik in der Presse wegen solcher Fehler, welche seinen Zweck völlig zunichte gemacht haben.

Wie der Kurjer Poznański feststellt, sind z. B. in Moschin genannt der Arzt Dr. Stern, in Bnin die deutsche Biegelei von Wiesner, in Kurnik deutsche und jüdische

Firmen wie: Barein (nicht Barcin), Bloch, Brückner, Franke, Jüttner, Peiser, Radziejewski, Simon, Skurnik, Dr. Unger. Ausgelassen sind manche Gewerbetreibende, die ihr Gewerbe sehr gut betreiben, wie Laube, der Schmied Antkowiak, die Pawlowskische Molkerei, nicht genannt ist auch das Volkskaffeehaus usw.

Die Herausgeber des Buches sagen im Vorwort, die polnischen Kaufleute hätten nur dann ein Recht darauf, Unterstützung durch die polnische Volksgemeinschaft zu verlangen, wenn sie selbst alles daransetzten, den Forderungen des Publikums betreffend gute und rechtschaffene Bedienung Genüge zu tun, aber derselbe Grundsatz gilt auch bezüglich der Herausgabe dieses Buches, und davon muß leider gesagt werden, daß man bei mehr Mühe viele auffällige Fehler hätte vermeiden können.

Der Dziennik Bydgoski hebt hervor, daß überall da, wo Juden und Deutsche polnische Namen haben, sie in jenem Buche aufgeführt seien. Bromberg z. B. sei in geradezu skandalöser Weise behandelt worden. Hier seien einige Duzend fremde Firmen aufgeführt, die gute Hälfte der polnischen dagegen sei fortgelassen. In anderen Kleinstädten des Regierungsbezirks Bromberg sehe die Sache nicht besser aus.

Die Herren „Redakteure“ aus der wirtschaftlichen Sektion des Straßvereins entschuldigen sich damit, daß die Vertrauensmänner in den einzelnen Städten, an die man sich zwecks Information gewendet habe, zum größten Teile die Briefe nicht beantwortet hätten, und daher habe man aus unsicheren Quellen schöpfen müssen. Das ist trotz alledem eine schwache Entschuldigung, und es kann hier schwer der Vorwurf des Leichtsinns erspart werden, durch den Tausende öffentlichen Geldes vergeudet worden sind. Es ist nämlich besser, die ganze Auflage zu vernichten, als das polnische Gewerbe zu schädigen. Das Mißgeschick mit dem Buche soll die wirtschaftliche Sektion des Straßvereins so niedergedrückt haben, daß sie jetzt . . . gar nichts mehr tut. Die Desperation muß groß sein, wenn der bekannte Posener Korrespondent des Kurjer Warszawski, welcher bezahlter Beamter des Straßvereins ist und dessen Seele sein sollte, in diesem Blatte vor kurzem gewissermaßen Begräbnistränen vergießen konnte, indem er wörtlich schrieb: . . . Der Straßverein wird in kurzem am Sarge seines schwindsüchtigen Daseins stehen, denn die Volksgesamtheit unterstützt ihn nicht materiell . . .“

Fürwahr, eine unangenehme Sache! Aber man kann die Wahrheit schwerlich unter den Scheffel stellen. Die Volksgesamtheit unterstützt den Straßverein nicht hinreichend, das ist wahr, wie soll sie aber dem Verein nicht abwendig werden, wenn mit den Mitteln so leichtsinnig gewirtschaftet wird, wie bei dem erwähnten Buche. Es wird überhaupt mit dem Straßverein nicht eher besser werden, als bis eine ganz andere Wirtschaft eintreten wird. Leere Worte, wie man sie von seiten der „neuen“ Leute im Straßverein gehört hat, sind geradezu Spreu. Arbeit und rechtschaffene Tätigkeit sind nötig statt Deklamation, dann wird es anders werden, und die Volksgesamtheit wird, die Notwendigkeit des Vereins anerkennend, nicht verfehlen, ihn aufrichtig zu unterstützen. Bei uns ist nämlich der Geist noch nicht in dem Grade erstorben, um die Hände sinken zu lassen. Es besteht jedoch in der Volksgesamtheit eine kritische Veranlagung, welche Vertrauen oder Mißtrauen zu den verschiedenen Unternehmungen und Leuten herbeiführt.

Aus Nr. 227 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 5. Oktober 1909:

Konkurrentscheidung.

Am 26. v. M. ist in Lemberg der Wettbewerb für das Projekt eines Gedenkmedaillons des Jahrestages von Grunwald entschieden worden, welcher von St. Tomaszewski, dem Herausgeber der bekannten Karte von Polen, ausgeschrieben war. Es wurden 5 Zeichnungen unter dem Zeichen: 1. Lomnica, 2. Jagiello, 3. Theodora, 4. Lublin I und 5. Lublin II eingesandt.

Die Preisrichter Dr. Alexander Gzowski, Direktor des Nationalmuseums, St. Janowski, Kunstmaler und Professor, Thaddäus Rybkowski, Kunstmaler, haben die Projekte durchgesehen und es für angebracht erachtet, den Preis unter die Autoren der Projekte „Theodora“ und „Lublin“ zu verteilen, von denen das erste nach der Meinung der Richter den Preis hinsichtlich des Gedankens, das andere hinsichtlich der künstlerischen Ausführung verdient habe.

Das zur Ausführung empfohlene Projekt unter dem Zeichen „Theodora“ ist in einigen seiner Teile von den Richtern vervollständigt worden und zwar: Auf dem Medaillon sollen auf der Oberseite die Brustbilder des Königs Jagiello und des litauischen Großfürsten Witold, auf der Reversseite ein polnischer Ritter mit Fahne und Schwert und ein litauischer Bauer mit einem Beil — an einem gefallenem Kreuzritter stehend — Aufnahme finden. Auf dem Medaillon sollen entsprechende Gedenkschriften angebracht werden.

Nach Öffnung der Briefe zeigte es sich, daß der Autor des Projekts unter dem Zeichen „Theodora“ Frau L. Paradowska aus Podgorze, dagegen des Projektes „Lublin I und II“ Frau Maria Dolska aus Lemberg ist. Diesen Schöpferinnen sind also die Preise zuerkannt worden.

Das Medaillon wird in der Größe eines Zweimarkstücks geprägt werden und zwar in Bronze, Silber und Gold. Der Preis einer bronzenen Medaille beträgt 1 M., einer silbernen 5 M. und einer goldenen 25 M. Um die Anzahl der zu prägenden Medaillen feststellen zu können, hat der Verleger eine Subskriptionsliste mit Vorausbezahlung eröffnet.

Bei Vorausbezahlung kostet eine silberne Medaille 3,50 M. und eine goldene 20 M.

Adresse des Verlegers: „Verlag der Karte Polens und der Gedenkkarten St. Tomaszewski, Krakau.“

Aus Nr. 42 des Przyjaciół dziatwy (Graudenz)
vom 21. Oktober 1909:

(Beilage zu der Gazeta Grudziądzka und zum Przyjaciół Ludu.)

Bitte um ein Gebet.

In dieser Woche sprechet, Ihr lieben Kindlein, täglich ein Vaterunser, einen englischen Gruß und dreimal „Lob sei dem Vater“ her auf die Intention des Herausgebers der Gazeta und des Przyjaciół, des Abgeordneten Wiktor Kulski (der am 17. d. M. seinen Namenstag beging), auf daß ihm der Herrgott Kräfte und Gesundheit verleihe, damit er weiter arbeiten könne an der Verbreitung von Aufklärung unter unserem Volke zum Wohle der gesamten polnischen Nation.

Aus Nr. 233 des Dziennik Kujawski (Hohenjalza)
vom 12. Oktober 1909:

Erklärung.

Es verbreitete sich über uns das sehr benachteiligende Gerücht, als habe die unterzeichnete Genossenschaft beim Verkauf der Besizung einer gewissen Majchrzak über 7000 M verdient. Wir erklären, daß unsere Bank weder mit der Sache noch mit der Parzellierung im allgemeinen etwas zu tun hat.

Da wir öfter hören, daß gewisse Agenten zwecks leichterem Gewinnung der Klienten und Erreichung höherer Vorteile unter der Flagge unserer Firma segeln, erklären wir, daß wir die Angelegenheiten der Volksbank nur in dem Bankgeschäft und ohne Vermittler erledigen.

Mogilno, den 9. Oktober 1909.

Volksbank.

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

M. Brodowski. J. Luczkowski. W. Walfowski.

Zu der obigen Erklärung müssen wir noch eins hinzufügen; in letzter Zeit erhielten wir ungenaue Mitteilungen über die Volksbank in Mogilno. Wir haben sie vorher geprüft. Es hat sich herausgestellt, daß sie der Ausfluß der Phantasie sind; weil sie in einem unserer Blätter veröffentlicht sind, werden sie zu einer Untersuchung unserer Bank führen, die der Genossenschaft durchaus nicht schaden wird, weil die Nachricht falsch ist.

Obgleich die Zusendung von Nachrichten von seiten der Leser gut ist, so müssen sämtliche auf Unwahrheit beruhenden Mitteilungen verurteilt werden. Sie schädigen schon den Einzelnen, was soll man erst sagen, wenn es sich hier um eine gemeinsame Institution handelt.

Daher hat die Presse die äußerste Pflicht, bevor sie irgend welche Information veröffentlicht, die nicht ganz glaubwürdig erscheint, sie erst an der Quelle zu prüfen, damit nicht nur der Einzelne, sondern auch unsere Gesamtheit keinen Schaden erleidet.

Aus Nr. 240 des Kurjer Poznański (Posen)
vom 20. Oktober 1909:

Die preußische Spizelorganisation in den polnischen Landen.

Posen, den 19. Oktober 1909.

In dem neuesten (17.) Heft der Lemberger Halbmonatsschrift „Niezpospolita“ (Lemberg, Murarska 11) finden wir den ersten Teil der Bekenntnisse des früheren preußischen Spizels Boleslaus Rafowski über die Tätigkeit der preußischen Geheimpolizei in den polnischen Landen im Laufe des letzten Jahrzehnts. Boleslaus Rafowski diente der preußischen Polizei von 1899 bis 1902 als gewöhnlicher Zuträger ohne Gehalt; im Jahre 1902 wurde er in Krakau verhaftet und nach seiner Entlassung aus dem Krakauer Gefängnis wurde er Agent mit festem Gehalt bis zum Jahre 1908. Die Bekenntnisse wurden aus Rafowski, der sich gegenwärtig in Paris aufhält, im Laufe einiger Tage des September d. J. herausgeholt. Sie bilden ein umfangreiches Manuskript, das rund 100 Schriftseiten umfaßt, deren Druck die „Niezpospolita“ auf einige Nummern verteilen wird.

über den Verfasser und den Charakter seiner Bekenntnisse schreibt die „Niezpospolita:

Der Verfasser der Bekenntnisse hat in der Polizeihierarchie keine hohe Stellung eingenommen. Deshalb sind auch seine Mitteilungen nicht allzureichend und nicht allzubedeutende. Häufig gewinnt man sogar den Eindruck, daß er nicht nur aus polizeilichen und geheimen Quellen schöpft, sondern auch aus dem, was in dem betreffenden Augenblick unter der gewöhnlichen Publizistik als Gerücht umging; man darf indessen nicht vergessen, daß sich gerade mit den gleichen Anlässen wie die Publizistik auch die Polizei von ihrem Standpunkte aus beschäftigte. Bei der überwiegenden Anzahl der Fälle handelt es sich um Mitteilungen, die einen polizeilichen Charakter haben, besonders bei solchen aus dem preußischen Anteil, wo wir auf wirklich wichtige Tatsachen stoßen, schließlich bilden die hier angeführten Bekenntnisse nicht alles, was ihr Verfasser weiß, und man muß noch andere Enthüllungen aus der gleichen Quelle erwarten.

Viele von diesen Bekenntnissen müssen im Druck fortgelassen und auf anderem Wege verwendet werden; vor allem lassen wir ein Verzeichnis von hundert und einigen zehn Namen und Adressen von Personen fort, die im preußischen Dienste stehen, ferner bringen wir nicht verschiedene Absätze und Dokumente, die allzusehr in die Einzelheiten des Privatlebens und in die Sphäre des Skandals eingreifen.

So weit die Niezpospolita.

Die Leser werden verstehen, daß wir beim Abdruck des von der Niezpospolita veröffentlichten Materials mit Rücksicht auf das Strafgesetzbuch große Vorsicht walten lassen müssen. Wir streichen vor allem alle Absätze und Ansichten, die von provokatorischen Handlungen sprechen. Von den Bekenntnissen des Rafowski, die die Fälschung von Dokumenten betreffen, bringen wir nur jene, in welchen sich Rafowski selbst als Fälscher darstellt; andere streichen wir ebenfalls, indem wir jene, die sich für die Angelegenheit lebhafter interessieren, besonders unsere Abgeordneten, auf die Niezpospolita, verweisen.

In den Spalten unserer Zeitung werden die Leser hauptsächlich Material finden, das die sogenannte „gewöhnliche Spizelei“ behandelt. Aber auch dieses sagt uns genügend.

Nach der Streichung der betreffenden Absätze und Anschauungen lauten, wie folgt,

die Bekenntnisse eines Spizels:

* Im Reiche der Ordnung und der Gottesfurcht herrschen häufig sehr Verhältnisse; und namentlich innerhalb des Tätigkeitsgebietes der preußischen polnischen Polizei geschehen häufig geradezu Dinge. Als früherer mehrjähriger Agent der preußischen Polizei beabsichtige ich erschöpfend, aber objektiv alle Einzelheiten zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, die die polnische Volksgesamtheit betreffen. Ich bemerke, daß die in dem nachstehenden Memorial enthaltenen Einzelheiten auf Dokumente gestützt sind, und daß ich die Wahrheit derselben eventuell durch einen Eid bekräftigen kann.

Das Zentralbureau der Polizei für polnische Angelegenheiten.

Dieses befindet sich in Posen unter der Leitung des Polizeidirektors Zacher, der aus dem Städtchen Hohenjalza im Posenschen stammt und die polnische Sprache vorzüglich beherrscht. Auf Grund des Dekrets des Ministers des Innern von Hammerstein vom 10. Mai 1904 ist das Polizeibureau Zachers kein gewöhnliches Polizeibureau unter der Aufsicht der Regierung, sondern ein Zentralbureau für polnische An-

gelegenheiten, und das Ministerium gestattet dem Zacher, ständige Polizeiagenten nicht nur in Deutschland zu unterhalten, sondern auch in allen polnischen Landen, also in Galizien, im Königreiche, in der Emigration, nämlich in der Schweiz, in Paris, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika usw. In polnischen Angelegenheiten müssen alle Polizeibehörden in Preußen alles Material, das polnische Angelegenheiten betrifft, Herrn Zacher übermitteln. In Posen fällt der endgültige Entschluß, ob einem polnischen Verein die Erlaubnis zur Abhaltung eines Vergnügens, einer Vorlesung oder einer Versammlung erteilt oder versagt werden soll. Das Posener Zentralbureau versendet zu diesem Zwecke auch Rundschreiben, in welchen anempfohlen wird, polnischen Vereinen grundsätzlich die Genehmigung zur Abhaltung von Vergnügen, Liebhabervorstellungen und Aufzügen nicht zu erteilen, und in welchen den einzelnen Behörden empfohlen wird, sich auf Paragraphen des Landrechts zu berufen (Störung der öffentlichen Ordnung), oder schließlich, wenn alle andern Mittel sich als untauglich erweisen, die betreffenden Versammlungen zu verhindern, sich darauf zu berufen, daß die Räumlichkeiten nicht den polizeilichen Vorschriften, betreffend die Sicherheit im Falle des Ausbruchs von Feuer usw., entsprechen. Derartige Rundschreiben, die den preußischen Gesetzen widersprechen, versendet die Posener Polizei in sehr großer Zahl, namentlich aber zur Zeit der Wahlen oder außergewöhnlicher Versammlungen, nationaler Feiern usw.

Durch Rundschreiben vom 12. Juni 1902 wird die Polizei auf die polnische Agitation für den Nationalischaz aufmerksam gemacht; man beauftragt die Polizeibehörden, die Personen, die sich mit dieser Agitation befassen, zu beobachten und unbedingt jene Personen zu verhaften, die Fonds für den Nationalischaz sammeln, und zum Sammeln von solchen ermuntern, da auf Grund einer Entscheidung des Reichsgerichts in Leipzig eine solche Tätigkeit Staatsverrat ist.

Am 6. März 1907 gab die Posener Polizei ein Album von polnischen Agitatoren und Politikern heraus, die entweder aus Posen ausgewiesen sind, oder auch wegen Veröffentlichung von gegen Preußen gerichteten literarischen und journalistischen Arbeiten in der schwarzen Liste aufgeführt sind. Photographien solcher Personen sammelt besonders eifrig die Posener Polizei, sie schneidet sie hauptsächlich aus illustrierten Zeitschriften aus; beschuldigte Personen werden in Preußen während des Verhörs vor ihrer Ausweisung unversehens mit Hilfe eines photographischen Miniaturapparates photographiert. Das 25 Seiten zählende photographische Album gibt die Polizei in der staatlichen lithographischen Anstalt in Berlin heraus und versendet die einzelnen Exemplare an die wichtigsten Polizeibehörden. Im Album figurieren auf den ersten Seiten Personen, die des Staatsverrats verdächtig sind, die nach dem Eintreffen in Preußen sofort verhaftet werden können. Ich erwähne nur einige wichtigere Namen. Josef Milkowski (soll sicher Sigismund heißen), Dr. Lewakowski, Korytko, Gasztowt, Rechtsanwalt Stanislaus Belza aus Warchau, Sozialist Stolutinski, als Verdächtige sind aufgeführt: Roman Dmowski, Heinrich Sienkiewicz, die Strokowa aus Krakau, Wladislaus Rabzki, Rawita Gawronski, Sigismund Wasilewski, Daszynski, Dr. Karchowski, wie auch alle aus Preußen ausgewiesenen Personen. Dies Album enthält im Jahre 1907 264 Photographien; jede Photographie ist mit einer Erklärung versehen, die den sozialen Charakter und die Verhältnisse der betreffenden Personen betrifft.

Außerdem gibt die Posener Polizei ein amtliches Wochenblatt für die polnischen Angelegenheiten heraus, und zwar unter der Bezeichnung „Gesamtüberblick der

polnischen Tagesliteratur“, das in der Druckerei des Juden Merzbach gedruckt wird und Übersetzungen aus polnischen, im Lande und im Auslande erscheinenden Zeitungen, polizeiliche Protokolle über polnische Versammlungen und allerlei statistische Angaben enthält, die polnische Angelegenheiten betreffen. Dieses Wochenblatt erscheint in 600 Exemplaren und wird an die Landräte, Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften, die Ministerialbureaus in Berlin und schließlich an die Redaktionen der polenfreierischen Zeitungen verandt, die aus dieser Quelle außerordentlich reichlich schöpfen.

Die Organisation.

Bevor ich ausführlicher über die Tätigkeit der preußischen Spizel in Galizien und im Königreiche schreibe, will ich zunächst im allgemeinen das preußische Polizeisystem schildern.

1. Das Zentralbureau:

Chef desselben ist Zacher in Posen.

2. Das Posener Bureau für polnische Angelegenheiten und für Spionageangelegenheiten in Rußland:

Kriminal-Kommissar Paul Frost, der sich offiziell „Rentier“ nennt und in Posen, Auguste-Viktoria-Str. 33, wohnt. Frost ist den andern Polizeibeamten nicht bekannt, um so freier seinen Dienst erfüllen zu können. Sein Bureau befindet sich in einer Privatwohnung in der Auguste-Viktoria-Str. 33, wo speziell für die schriftlichen Sachen ein ganzer Stab von Beamten amtlich tätig ist.

Leiter der schriftlichen Arbeiten und Rapporte ist dort, der Augustastrasse Nr. 24, in der Vorstadt St. Lazarus, wohnt und sich „Hausverwalter“ tituliert; er stammt aus Hohensalza und fertigt hauptsächlich alle Übersetzungen aus den im Auslande erscheinenden polnischen nationalen Zeitungen an, da Frost, wie bereits vorher erwähnt worden ist, die polnische Sprache nicht genügend beherrscht.

Völlig geheime Polizeiagenten in Posen sind: (6 Namen).

Polnische Spizel im Solde der Polizei in Posen sind:

1., Kellner im Bazar, erhält monatlich 200 Mk., benachrichtigt die Polizei über alle wichtigeren polnischen Versammlungen, liefert eine Unzahl von Privatbriefen, die er den Gästen im Hotel stiehlt. Während des Begräbnisses des Erzbischofs Stablewski hat er einen an den Fürsten Jzdislaw Czartoryski aus Rom datierten wichtigen Brief des Erzbischofs Theodorowicz gestohlen. Auf Grund dieses Briefes hat die preußische Regierung durch ihren Gesandten beim Vatikan den Kardinal Merry del Val schriftlich darauf aufmerksam gemacht, daß der Lemberger Erzbischof Theodorowicz in Preußen großpolnische Agitation treibe und ohne Wissen der Regierung gemeinsam mit den Polen die Frage der Besehung der Posener Erzdiözese behandle.

2., Druckereibesitzer und früherer Kommissar des Vereins Straz, hat mir und dem Frost alle vertraulichen Zirkulare des Vereins Straz geliefert und hat namentlich auch für die Polizei viele gefälschte Aufrufe und Beschlüsse des Vereins Straz in Sachen der Enteignung gedruckt. Über diese Angelegenheiten aber, die den Hauptteil der sich hinter den Kulissen abspielenden Tätigkeit der Polizei bilden, werde ich mich an anderer Stelle ausführlicher auslassen.

3., liefert dem Frost viele Nachrichten, trifft sich mit Frost in einer besonders für diesen Zweck gemieteten Wohnung Grüne Straße Nr. 3. war früher Vorsitzender eines polnischen Arbeitervereins in Posen.

4. Czeslaus Dekiert, gegenwärtig im Gefängnis in Krakau.

5., gegenwärtig in Charlottenburg.

6.

7.

8., Druckereibesitzer, (bereits verstorben.)

9., Expedientin.

10., Buchhalter.

11., der Name steht nicht fest, Sohn eines Gymnasialprofessors, von Beruf Apotheker, hervorragendes Mitglied des Sokol, verrät alle Sokolangelegenheiten.

12. Einer der sozialistischen Redakteure.

Herumreisende Spigel, die auch in Posen tätig sind:

.....

Außer dem Frostischen Bureau in Posen befindet sich noch ein besonderes Bureau für oberschlesische Angelegenheiten und für die provokatorische Agitation in Beuthen (in Oberschlesien); Chef dieses Bureaus ist Polizeirat Mädlar; dieses Bureau ist auch der Oberleitung Zachers in Posen unterstellt. Einzelheiten, die dieses Bureau betreffen, sind mir nur wenig bekannt.

In Berlin sind polnische Spigel:

1. Frau Kavera, bei ihr finden die Zusammenkünfte der Spigel statt.

2. Ein Kellner, der bei Keller in der Koppenstraße in Berlin arbeitet (dort finden die polnischen Versammlungen statt).

In Paris:

1. Dr., Korrespondent, der die deutsche Restauration von Jurgens in dem Faub. Poissonnière besucht; er wohnt in der Vorstadt La Varenne.

2. Der Handelsmakler in der Batignolles-Straße.

Das preußische Spionagesystem in Galizien.

Im polnischen „Piemont“ steht in den Diensten der preußischen Polizei ein ganzer Stab von Spigeln, die sich hauptsächlich aus den ruthenischen Studenten rekrutieren. Der Zweck der polnischen Spigelei betrifft nicht nur polnische politische Angelegenheiten, sondern auch militärische österreichische Angelegenheiten. Die preußische Polizei in Posen hat gegenwärtig, soviel mir bekannt ist, nachstehende ständig besoldete Personen in ihren Diensten:

....., erhält monatlich 200 Mark festes Gehalt, berichtet hauptsächlich über Spionageangelegenheiten, kontrolliert aber auch die oberschlesischen Verhältnisse, über die er erschöpfende Berichte einfindet. Er bringt die Namen von Personen, die patriotische Reden gehalten haben. Auf Grund eines Berichtes dieses Herrn hat die preußische Staatsanwaltschaft gegen einen polnischen Verein ein Strafverfahren wegen Geheimbündelei eingeleitet.

Als hervorragendsten preußischen Spion führe ich in Posen an, der als falscher katholischer Geistlicher Galizien bereist und dem Frost umfangreiches Material geliefert hat, besonders über die Agitation der

Geistlichen in der deutschen Frage, in Sachen des Volksschulvereins und so weiter. war als Delegierter der preußischen Polizei bei allen oberschlesischen Zusammenkünften in Krakau, auch bei den Nationalfeiern der Schlacht von Grunwald, bei der Enthüllung des Bartosz Glowacki-Denkmal usw. anwesend. Er bereiste Galizien unter dem falschen Namen., eines allgemein bekannten Jesuiten, war überhaupt nicht zum Geistlichen geweiht, las aber trotzdem Messen usw.

Die andern Spigel rekrutieren sich hauptsächlich aus den Juden. Einer dieser sozialistischen Juden in Krakau,, lieferte dem Frost regelmäßig die ausländischen revolutionären polnischen Zeitungen aus dem Königreiche, wie den „Robotnik“, „Czerwony Sztandar“, „Kilinski“ usw. Für jede Nummer erhielt. 3 M. und er konnte jedesmal einige Exemplare liefern.

Hervorragenden Anteil an den Spigelangelegenheiten in Galizien nahm der endesunterzeichnete Autor. Schon im Jahre 1900, als ich in den Redaktionen des „Goniec“ und der „Iskra“ beschäftigt war, lieferte ich der Polizei wichtiges und reichliches Material über die Nationalliga, das ich dem in Lemberg wohnenden Redakteur des „Przeglad Wrochpolski“, Poplawski, gestohlen hatte. Dieses Material, für welches ich 800 M. erhielt, betraf die Organisation des Volks-Vereinswesens im Königreiche.

Da die Polizei in Erfahrung gebracht hatte, daß sich in Krakau hauptsächlich Wojnar und die Strokowa mit der Organisation der Volksbewegung im Königreiche befaßten, drängte ich mich in diese Kreise und wohnte im Hause der Strokowa in Lohow; ich erhielt dann Beschäftigung in der Buchhandlung von Wojnar, wo ich eine Masse von Broschüren und in Preußen verbotener Druckschriften stahl, an denen der preußischen Polizei unermesslich viel lag. Ich erhielt hierfür 300 Mk. Die preußische Polizei arbeitete bei dieser Mission gemeinsam mit der russischen Regierung. Die russischen Ebirren verhafteten den Wojnar gelegentlich eines seiner Ausflüge nach dem Königreiche, setzten ihn in der Zitadelle fest, ließen ihn dann aber frei.

Im Jahre 1902 sandte mich die preußische Polizei nach Krakau, um die Oberschlesier zu beobachten, gleichzeitig aber auch, um die Befestigungen der Zitadelle auf dem Kosciuszko-Hügel und den unterirdischen Zugang zum Bawel zu erkunden. Frost fuhr mit mir bis nach Myslowitz, wo wir uns trennten und auf verschiedenen Wegen nach Krakau reisten. In Krakau begann ich die Oberschlesier zu beobachten, konnte aber bezüglich der Befestigungen keinerlei Erfolge erzielen, weil man mich im Central-Hotel verhaftete und photographierte; da man mir nichts vorwerfen konnte, ließ man mich frei. In dieser Angelegenheit war mit mir die aus Kattowitz tätig, die in Krakau als begeisterte sozialistische Agitatorin galt. Wie ich später in Posen erfahren habe, war Frost auch in Krakau gewesen, auf die Nachricht von meiner Verhaftung aber sofort geflohen.

Da infolge dieses Ereignisses unsere weiteren Fahrten nach Galizien unmöglich geworden waren, fälschte ich fast alle Berichte, die politische Angelegenheiten, Nationalfeiern in Galizien betrafen, an Ort und Stelle in Posen. Frost hatte in der Bufer Straße, Ecke Kaiser-Friedrich-Straße, ein leer stehendes Restaurationslokal gemietet (in diesen Räumen befindet sich gegenwärtig die Drostesche Zigarrettenfabrik). Dort schrieb ich zusammen mit fast alle Berichte, die die polnische nationale Bewegung betrafen.

Ich erwähne die Berichte über den Sokoltag in Lemberg (auf das Jahr besinne ich mich nicht), an welchem sich die Posener Sokols in Scharen beteilig

haben. Über diesen Sokoltag habe ich falsche Berichte geschrieben, ich habe die Reden des Vorsitzenden Chrzanowski falsch aufgeführt, falsche Illustrationen beigelegt. Der Bericht war aus Lemberg datiert, gleichsam als wenn er von einem besonders dorthin entsandten Delegierten niedergeschrieben worden wäre. Dieser Bericht erschien im Gesamtüberblick der polnischen Tagesliteratur

Den Bericht über den allpolnischen Kongreß in Lemberg unter dem Vorsitz Roman Dmowskis schrieb

Die Angelegenheit der falschen Berichte aus Galizien weiter fortführend, erwähne ich noch nachstehende, auf völlig falschen Grundlagen beruhende:

1. Über den Erzbischof Theodorowicz,
2. über Dr. Ernest Adam und seine Emigrations-tätigkeit,
3. über die Delegierten der „Polnischen Nationalliga“ in Galizien,
4. über die Bartosz Glowacki-Feier

Ruthenische Angelegenheiten.

Besonders der preußischen Polizei liegt sehr viel daran, in Galizien zwischen den Ruthenen und den Polen Gärung hervorzurufen. Im Jahre 1906 begab sich der Kommissar aus Berlin nach Galizien, um Beziehungen mit den Ruthenen anzuknüpfen stammt aus Kiew und beherrscht vorzüglich die ruthenische Sprache. In Lemberg kam eine Konferenz mit den Vertretern der ruthenischen Partei zustande. In den letzten Jahren reisten einige Delegierte nach Galizien, um neue Beziehungen zu den Ruthenen anzuknüpfen. Im vorigen Jahre reiste der Redakteur als Commis voyageur für Petroleum dorthin; in Galizien besuchte er die wichtigeren ruthenischen Plätze und versprach, die ruthenische Frage in der deutschen Presse zu unterstützen. Im Posener Tageblatt und in der Ostmark veröffentlichte dann eine Reihe von Artikeln über die ruthenische Frage.

Am 21. November v. J. reiste von Lemberg nach Berlin, ein quasi Student, der

mit dem Leiter der polnischen Angelegenheiten eine lange Konferenz hatte. Das Ergebnis der Konferenz war, daß die deutschen Zeitungen in Berlin aus dem Hamannschen Pressbureau ein umfangreiches Memorial über die ruthenische Frage erhielten. Einen Teil dieses Memorials veröffentlichten das Berliner Tageblatt, die Tägliche Rundschau und die Deutsche Zeitung. In diesem Memorial ist die abscheuliche Tätigkeit der Polen in Galizien geschildert, angebliche blutige Szenen, die durch Schuld der Polen während der Wahlen usw. stattgefunden haben sollen. In Berlin kam auch die Bildung eines besonderen Komitees für ruthenische Angelegenheiten zustande, dessen Vorsitzender einer der hauptsächlichsten Faktoren des Ostmarkenvereins, Herr, ist. Er gehörte zu jenem ruthenischen Komitee, das den in Sachen der Ruthenen an den Kongreß gerichteten Aufruf unterzeichnet hatte.

Auf diese Art arbeitet man in Galizien und ist bemüht, zwischen den Polen und Ruthenen Gärungen hervorzurufen. Die Person, die diese Sachen in ihren Händen konzentrierte, war der frühere deutsche Konsul Speßhardt, der in seinem Solde einen ganzen Stab von Spitzeln deutscher und ruthenischer Nationalität hielt.

Über die galizischen Wahlen, namentlich über die angeblichen Mißbräuche der Starosten (u. a. Graf Starzenski aus Zolkiew), die blutigen Zusammenstöße usw. lieferte Informationen das Korrespondenzbureau von Herzog in Wien. Das Herzogische Bureau ist eine Filiale des Pressbureaus des Alldeutschen Verbandes (Berlin, Friedrichstraße).....

Über die Tätigkeit der polnischen Abgeordneten in den drei Anteilen.

Man wollte beweisen, daß die polnischen Abgeordneten in den drei Anteilen ein nationales Komitee mit dem Sitz in Lemberg gebildet hatten. Dieses Komitee sollte sich mit der Erledigung aller polnischen Angelegenheiten unter Außerachtlassung der politischen Grenzen befassen. Die Polizei wollte einigen polnischen Abgeordneten den Prozeß machen, das Ministerium aber antwortete, daß das Material nicht ausreichend sei, und daß man nach dieser Richtung hin weitere Ermittlungen anstellen müßte. Ernst Defiert, der sich gegenwärtig im Krafauer Gefängnis befindet, hat dem Frost umfangreiches Material geliefert, das aber meiner Ansicht nach ad usum delphini geschrieben ist.

Französisches Geld.

..... in Paris und der Journalist haben Berichte geschrieben, daß die polnischen Geheimfonds gewachsen seien, weil die Gelder der französischen Klosterstiftungen bei Polen untergebracht worden seien. schrieb, daß er einen ausgezeichneten Informator habe, der aber viel koste.

Der Nationalklub.

Die Nationalliga.

(Die letzten zwei Absätze, die sehr interessant sind, können wir mit Rücksicht auf das Strafgesetzbuch überhaupt nicht bringen. Wir empfehlen sie um so mehr der Aufmerksamkeit unserer Abgeordneten.

Die weitere Fortsetzung der Bekenntnisse des Nakowski wird die „Niezpodpolita“ in den nächsten Nummern bringen. Die Redaktion.)

Aus Nr. 242 des Dziennik Poznański (Posen) vom 22. Oktober 1909:

Die Bekenntnisse eines Spions.

Das klassische Land der Spionage ist auch heute noch Rußland, wo man dieses System bis zur Widersinnigkeit geführt hat, wo die Polizeispitzel Aufstände organisieren, Großfürsten und Minister ermorden und umgekehrt die Revolutionsführer ihre Dienste der Polizei anbieten. Das beweist jedoch nicht, daß auch die anderen Staaten sich nicht der Spione bedienen. Alle bedienen sich der Spione, die freiesten und kulturellsten nicht ausgenommen. Sie müssen sich derselben bedienen, denn der Selbsterhaltungstrieb zwingt sie zur Ergreifung dieses Verteidigungsmittels gegen alle Arten von Machinationen, welche ihre Sicherheit bedrohen.

Nirgends jedoch, wenn wir Rußland auslassen, erreichte das Spionagesystem einen so hohen Grad der Vollkommenheit, wie in dem Polizeistaate par excellence, in Preußen, besonders im Verhältnis zu uns, den

Bürgern polnischer Nationalität. Es existieren doch in dieser Beziehung „schöne“ Traditionen — wir erinnern nur an die seinerzeit so berühmte „Verschwörung“, welche durch den Präsidenten der Posenen Polizei, Bärensprung, organisiert und im Landtage durch Wladislaus Niegolewski aufgedeckt und gehörig gekennzeichnet wurde.

Daher bringen auch die Bekenntnisse des gewesenen preußischen Spitzels Boleslaus Rakowski, die kürzlich in der Lemberger „Niezpospolita“ veröffentlicht wurden, und soweit sie die Existenz eines streng organisierten Spionagesystems, welches die polnische Bevölkerung umfaßt, feststellen, eigentlich nichts Neues. Wir wußten es auch schon vordem, daß ebenso unsere Institutionen wie auch einzelne Individuen, die in unserem politischen und sozialen Leben eine Hauptrolle spielen, den Gegenstand der schärfsten Aufsicht nicht nur von Seiten der öffentlichen, sondern auch der geheimen Polizei bilden. Wir wußten es ebenfalls, daß der Spitzel oft zum Provokateur wird. Das haben kürzlich die Prozesse bewiesen, welche in Oberschlesien geführt wurden und in welchen die Hauptrolle ein Polizeiaгент, der gleichzeitig ein Provokateur war, spielte. Wir wußten es schließlich auch, daß der Spitzel zum Fälscher wird und im Notfalle ohne Skrupel Dokumente ad usum delphini fabriziert.

Es geht hier jedoch vor allen Dingen um die Einzelheiten, die in den Bekenntnissen des gewesenen Spions enthalten sind — und hier ist die allergrößte Vorsicht geboten. Ein Individuum, welches sich dem Feinde verkaufte und sein Volk verriet, welches dabei mit einer entwaffnenden Naivität oder einem empörenden Zynismus bekennt, daß es die Schriftstücke in der Angelegenheit der Nationalliga gestohlen hat, um sie für den Preis von mehreren hundert Mark der preußischen Polizei zu verkaufen, verdient keinen Glauben, auch wenn es die Wahrheit seiner Bekenntnisse mit einem Eid bekräftigen wollte.

Diese Bekenntnisse besitzen nur insoweit eine gewisse Bedeutung, als sie durch Angaben bestätigt werden, welche von einer andern, verdachtsfreien Seite stammen. Es läßt sich nicht leugnen, daß das, was Rakowski von der Organisation der preußischen Geheimpolizei in den von der polnischen Bevölkerung bewohnten Landesteilen schreibt, sich im allgemeinen mit den Nachrichten deckt, die wir aus andern Quellen besitzen.

Indessen irren wir ganz im Dunkeln in der schließlich wichtigsten Angelegenheit der polnischen Spione, welche in Diensten der preußischen Polizei stehen. Wir sind der Meinung, daß die Redaktion der „Niezpospolita“ besser tun würde, ihre Namen anzugeben, denn ihre Benennung nach dem Berufe (Kellner, Druckereibesitzer, Buchhalter, Apotheker usw.) kann Verdacht erregen, welcher sich oft gegen ganz unschuldige Leute wendet.

Es unterliegt keiner Frage, daß die Bekenntnisse des gewesenen preußischen Spions der polnischen Fraktion als Material zum Auftreten mit einer entsprechenden Interpellation im preußischen Landtage dienen werden. Denn wenn nicht ausschließlich, so doch überwiegend schöpfen die entscheidenden preußischen Kreise aus den von solcher Art „Gentlemen“ fabrizierten Berichten die Kenntnis von unsern Verhältnissen und werfen uns auf Grund dieser irgendwelche „großpolnische“ Agitationen und Machinationen vor. Jetzt werden diese Kreise erfahren, durch welche Leute und auf welche Art diese angeblich „authentischen Dokumente“ fabriziert werden.

Darüber hinaus bilden die Enthüllungen von der preußischen Spionageorganisation, welche von der Niezpospolita veröffentlicht wurden, gerade in dem

gegenwärtigen Augenblick eine für unsere Gesamtheit kostbare Warnung. Unsere Tätigkeit scheut nicht das Tageslicht, wir verteidigen unsere nationalen Interessen auf legalen Wege und fremd sind uns alle staatsfeindlichen Tendenzen, alle Absichten, uns vom preußischen Staate loszureißen. Das Espionieren unseres öffentlichen Lebens ist also gänzlich überflüssig; dieses bildet ein für alle aufgeschlagenes Buch. Weil wir jedoch mit einem ganzen Heer von Spionen umgeben sind, welche sich nicht nur in unsere öffentlichen, sondern auch in geschlossene Versammlungen eindringen und dort jedes unserer Worte fangen, und dieselben oft ihren Zwecken und Bedürfnissen entsprechend umdeuten, so ist das Zügeln unserer Gefühle, unsres Temperaments und unsrer Empörung unumgänglich notwendig. Es ist unumgänglich notwendig gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo infolge des Paragraphen, der unsere Sprache aus den öffentlichen Versammlungen verbannt, der Schwerpunkt unseres politischen und nationalen Lebens in den geschlossenen Versammlungen ruht, in welchen die Diskussion gewöhnlich mit einer größeren Freiheit als in den öffentlichen Versammlungen geführt wird. Man muß sich bewußt werden, daß auch diese Versammlungen Ohren haben — die Ohren der Spione, welche über die gehörten Worte entsprechend berichten.

Infolge der Veröffentlichungen in der Lemberger Niezpospolita begab sich zwecks Information einer der Mitarbeiter des Warschauer Dziennik zu dem gegenwärtig den Warschauer Sztandar redigierenden Herrn Kasimir Rakowski, der, wie bekannt, der Denunziation des Boleslaus Rakowski eine dreijährige Gefängnisstrafe in Preußen verdankt. Über sein Urteil in der Geständnisaffäre des Spitzels befragt, erklärt Herr Kasimir Rakowski:

„Vor allem ist es ungeschickt geschrieben und enthält eine Menge überlegter unwahrer Einzelheiten. Ich kenne die Tätigkeit des Boleslaus Rakowski und weiß, was er für ein lügenhaftes und hinterlistiges Individuum ist. Ich kann daher die Anschauungen der galizischen Blätter, diese Bekenntnisse seien die Gewissensbisse eines Menschen, der sich befehlen wolle, nicht teilen. Ich vermute, daß diese Bekenntnisse in einer für uns unbekannten, vielleicht hinterlistigen Absicht geschrieben wurden. Es empfiehlt sich daher, in dieser Angelegenheit große Vorsicht walten zu lassen. Sehr wahrscheinlich war er infolge der Verhaftung des Defiert in Krakau überzeugt, daß seine Tätigkeit sowieso entdeckt werden würde, und er inszenierte daher diese Befehrungskomödie.“

Aus Nr. 241 des Dziennik Berliński (Berlin)

vom 21. Oktober 1909:

Die preußische Organisierung der Spionage und die Herausforderung in den polnischen Landesteilen.

Unter diesem Titel begann das in Lemberg zweimal monatlich erscheinende nationaldemokratische Blatt Niezpospolita mit dem Drucke interessanter Offenbarungen des früheren preußischen Spitzels Boleslaus Rakowski aus Posen, augenblicklich in Paris aufhaltend, über die Spionage und Herausforderung, welche durch die preußische Polizei nicht nur im preußischen Anteil, sondern auch in Galizien und in Polen betrieben wird.

Inwieweit jener Boleslaus Rakowski die Rolle des polnischen Burzew zu spielen gedenkt, das wissen wir nicht, so viel aber wissen wir, daß dieser Mensch pupillarisch nicht sicher ist und daß seine Offenbarungen

mit großer Vorsicht aufgenommen werden müssen. Tatsache ist es, daß er in Diensten der preußischen Polizei stand, es ist auch ferner Tatsache, daß er schon einmal wegen Spionage aus Galizien ausgewiesen worden ist, und deshalb kann man ihm glauben, daß er, wenn er auch bei der Polizei keine große Rolle spielte, so doch vieles von ihr erfahren hat, er hat vieles gesehen und gehört, und daher kennt er die Schleichwege der preußischen Polizei unzweifelhaft besser als ein gewöhnlicher Sterblicher; aber von der anderen Seite haben wir gegögert, das alles, was er für Geld erzählt und schreibt, für rücksichtslose Wahrheit anzusehen.

Das Material, welches jetzt das Lemberger Blatt *Nieczpospolitna* zu drucken begann und welches nach Streichung gewisser Stellen auch der heutige *Kurjer Pożnanski* veröffentlicht hat, war schon vor ungefähr drei Monaten im Besitz der Redaktion des *Dziennik Berliński*, jedoch hatten wir ernstliche Zweifel hinsichtlich des Charakters und der Wahrhaftigkeit des Verfassers. Er nannte uns z. B. eine wohlhabende Frau in Berlin als Spitzel, wir aber erachten eine solche Verdächtigung dieser Frau gegenüber als unbegründet. Ferner sollte er uns im Laufe einer Woche positive Beweise für die Behauptung erbringen, daß man bei der Posener Polizei falsche Aufrufe über die Nationalliga verfaßt habe, auf die sich im Jahre 1904 bei den Beratungen über das Ansiedlungs-gesetz im preußischen Landtage der Minister von Hammerstein berufen hatte, ohne zu wissen, daß sie durch die Polizei gefälscht sind. Trotzdem wir ihm einen gewissen Betrag zur Bestreitung der Kosten für seine Bemühung gegeben haben, brachte er uns die versprochenen Beweise doch nicht.

Infolgedessen beschloßen wir, das uns anvertraute Material nicht zu veröffentlichen, und wir schrieben nach Posen, um uns über die Mittel hinsichtlich der Prüfung des Materials zu verständigen, um alsdann, wenn sich verschiedene in ihm enthaltene Behauptungen als wahr erweisen sollten, es unseren Abgeordneten zu ermöglichen, in dieser Angelegenheit eine Interpellation einzubringen.

Obwohl wir durch die Veröffentlichung des in unserem Besitze befindlichen Materials große Sensation hätten hervorrufen können und mit seiner Hilfe für den „*Dziennik Berliński*“ auch große Reklame hätten machen können, erachteten wir doch die bürgerliche Pflicht für höher stehend als das Interesse der Zeitung; wir lenkten die ganze Sache auf den privaten Weg gewissenhafter Untersuchungen, um in einer so wichtigen Angelegenheit nicht ausschließlich auf die Informationen eines Menschen angewiesen zu sein, der sehr, sehr unsicher ist.

So möge denn die Sache ihren eigenen Weg gehen. Uns wird niemand beschuldigen können, leichtfertig Material veröffentlicht zu haben, das nicht gehörig untersucht worden ist.

Aus Nr. 243 des *Kurjer Śląski* (Kattowitz)
vom 22. Oktober 1909:

Preussisches Spitzeltum und preussische Provokation in den polnischen Landen.

Bekenntnisse eines früheren preussischen Spitzels.

In diesem Artikel heißt es u. a.:

... Was die Spitzelverhältnisse anbetrifft, müssen wir weiter erwähnen, daß auf Grund des Memorials des Preußen Speßhardt in Lemberg die preussische Regierung dem Zacher resp. dem Frost den Auftrag erteilt hat, für Bülow ein umfangreiches Memorial über galizische Angelegenheiten anzufertigen; da indessen

der Bericht Speßhardts nicht ausreichend war, wandte man sich an ..., der statistisches Material über die angebliche Bedrückung der Ruthenen durch die galizischen Behörden lieferte. Auf dieses Memorial beriefen sich die Minister, ja sogar Bülow selbst.

Über die galizischen Wahlen, namentlich über die angeblichen, von den Starosten u. a. (Graf Starzewski in Zolkiew) verübten Mißbräuche, über blutige Zusammenstöße usw. lieferte das Korrespondenzbureau von Herzog in Wien Informationen. (Das Herzogsche Bureau ist eine Filiale des Preßbureaus des Alldeutschen Verbandes, Berlin, Friedrichstraße).

Der „Alldeutsche Verband“ hat in Berlin vor sechs Monaten ein neues Telegraphenbüro mit einem Kapital von 150 000 Mk. unter dem Namen gegründet, das in der deutschen Presse durch seine Denunziationen berüchtigt ist. In Paris ist Repräsentant dieses Büros der Redakteur des *New York Herald*, Gordon Schmidt, und in Berlin Alfred Schulz, der frühere Redakteur der „*Berliner Neuesten Nachrichten*“.

Über die Siczynski-Affäre und über den Streit der ruthenischen Studenten an der Universität in Lemberg hat Frost auf Grund angeblicher Informationen aus Lemberg einen Bericht für das Ministerium geschrieben, in welchem nachstehende Ansicht enthalten war: „Aus politisch-internationalen Gründen und aus Gründen der Bekämpfung der allpolnischen Agitation soll die Tat Siczynskis, an und für sich wohl bedauerlich, als ein Moment anzusehen sein, das geeignet ist, in den galizischen Verhältnissen eine Krisis herbeizuführen, die die ruthenisch-polnischen Streitigkeiten in einen offenen Konflikt verwandeln kann.“

Der Nationalshatz.

... der jetzige Agent in Zürich hat reichliches Material für die Auffindung des Nationalshatzes geliefert. Er hat erkundet, daß der Graf Engestroem, ein naher Verwandter des in Stockholm verstorbenen Bukowski, in den Listen des Rates noch unter dem jetzigen Namen figuriert, wenn er auch offiziell aus dem Schatzrate ausgetreten ist. Zacher begann zu diesem Zwecke persönlich in der Raczynskischen Bibliothek in Posen zu suchen, wo ihm ein guter Bekannter des Zacher, aus der Bibliothek Broschüren gab, die sich auf den Schatz bezogen, trotzdem dies die Bibliotheksordnung nicht gestattete. Zacher hat einen ganzen Stapel solcher Broschüren nach Berlin geschafft, da er die in Frage kommenden Behörden davon überzeugen wollte, daß Graf Engestroem des Staatsverrates schuldig sei. Man sah die Beweise als unzulänglich an und leitete aus Rücksicht auf das hohe Alter des Grafen keine Untersuchung gegen ihn ein, begnügte sich vielmehr damit, ihn der strengsten polizeilichen Kontrolle zu unterstellen.

Die Nationalliga.

Man müßte einen starken Band schreiben, um im einzelnen die falschen Berichte über den Nationalshatz und die Nationalliga auszuführen, ich führe aber nur eine der wichtigsten Tatsachen an. Im Jahre 1904 beriet man im Landtage über das Ansiedlungs-gesetz. Die Unruhen im Königreich hatten bereits begonnen, und der preussischen Polizei lag sehr viel daran, eine neue Waffe gegen die Polen zu gewinnen. Frost lernte durch meine Vermittelung die kennen, die er verpflichtete, falsche Aufrufe der Liga zu schreiben. ... schrieb diese Aufrufe auf Pergament und verfaß sie mit einem falschen Siegel der Liga; es waren zwei Aufrufe, einer an die Sokols, der zweite an die Posener Delegierten der Liga.

Die lithographierten Aufrufe versandte Frost an die polnische Presse, einen sandte er dem Zacher, der

sofort mit ihm nach Berlin fuhr. Der Dziennik Późnanski druckte die Aufrufe ab und kritisierte sie scharf. Minister Hammerstein verlas sie im Reichstage. Die Originale der Aufrufe zerriß Frost in meiner Gegenwart, indem er sagte, daß es besser wäre, wenn Dokumente solcher Art nicht existierten. Der zahlte er für die Abfassung 60 Mark. Der Aufruf an die Sokols bewies den revolutionären Geist dieser Organisation. Er begann mit den Worten: „Es ist Zeit, zu den Waffen! Nehmen wir die Sensen in die Hand“

Der zweite Aufruf war ein angebliches Zirkular der Nationalliga an die in Posen wohnenden Delegierten und betraf die politische Organisation kompromittierter Personen. Auf Grund dieser Aufrufe ordnete der Minister des Innern die genaue Beobachtung der österreichischen Grenze im Gebiete Oberschlesiens an. Bald nach der Fälschung der Aufrufe erhielt Frost den Roten Adlerorden IV. Klasse und Zacher wurde zum Polizeidirektor ernannt.

Aus West- und Ostpreußen und Pommern.

Aus Nr. 235 des Dziennik Bydgoski (Bromberg)
vom 13. Oktober 1909:

Erlebnis eines habsburgischen Abgeordneten.

Den bekannten habsburgischen Abgeordneten Sieg aus Siegruh hat unlängst ein unliebsames Ereignis getroffen. Als er mit der Bahn nach Hause zurückkehrte, ist er statt in Unislaw auszustiegen, eine Station zu weit gefahren und zwar nach Dombrowka. Hier befand er sich in einem nicht geringen Kummer, da er kein Fuhrwerk bekommen konnte. Aus dieser Not hat ihn ein Pole, der Landwirt Herr S. aus Walbau, welcher seinen Gast per Wagen zur Bahn brachte, befreit, indem er ihn auf dem Rückwege mit der den Polen angeborenen Freundlichkeit mitnahm.

Zwischen dem Herrn Sieg und unserem wackeren Landsmann entwickelte sich auf dem Wege eine rege Diskussion, in welcher letzterer bewies, daß fast alles, was die habsburgischen Abgeordneten in Berlin über die Polen sprechen, auf Unwahrheiten beruhe. Der Herr Sieg hat in seinem ganzen Leben nicht so viel Wahrheit gehört wie während der kurzen Spazierfahrt. Als er aus dem Wagen stieg, fragte er, wieviel unser Landsmann für das Mitfahren verlange, darauf erhielt er folgende Antwort: Eine Bezahlung will ich nicht, aber dafür sollen Sie solchen Unsinn in Berlin nicht mehr sprechen.

Aus Nr. 122 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 12. Oktober 1909:

Unter der Überschrift

„Achtet auf die Gemeinderats- und Stadtverordnetenwahlen“

schreibt die Gazeta Grudziadzka u. a.:

Ende Oktober oder im November finden in den verschiedenen Städten gewöhnlich Stadtverordnetenwahlen statt.

Bisher hat das polnische Volk den Gemeinderats- und Stadtverordnetenwahlen immer noch zu wenig Interesse entgegengebracht. Zwar sind diese Wahlen nicht so wichtig wie die Reichs- und Landtagswahlen, aber es gibt Leute, welche meinen, daß die Gemeinderats- und Stadtverordnetenwahlen in mancher Beziehung wichtiger seien als jene Wahlen.

Aber auch in unseren polnischen Gegenden können wir manchen Vorteil für das Polentum erzielen und manchen Schaden von ihm abwenden, wenn wir in den Stadtverordnetenversammlungen die Mehrheit hätten. Mancher Pole würde im städtischen Dienst als Beamter Beschäftigung und mancher polnische Arbeiter Arbeit finden; mancher Handwerker würde seitens der Stadt Beschäftigung, mancher Baumeister städtische Bauten und mancher Kaufmann Lieferungen übertragen erhalten.

Infolge unserer Ohnmacht in den Städten und inselbedessen, daß überall in den Stadtverordnetenversammlungen die Deutschen das Übergewicht haben, fließen alle Einnahmen der Stadt in deutsche Taschen. Und die Deutschen wirtschaften in unseren Städten, als wenn es dort überhaupt keine Polen gäbe. Darum ist es auch die höchste Zeit, liebe Brüder, daß wir den Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen die größte Aufmerksamkeit widmen.

Deshalb sollten sich in allen Städten städtische Wahlkomitees bilden, die sich mit diesen Angelegenheiten befassen müßten, und sollte es irgendwo schon Parochialwahlkomitees geben, dann müßten letztere für eine entsprechende Agitation sorgen. Es müssen durchaus immer mehr Polen in die Stadtverordneten- und Gemeinderatsversammlungen gewählt werden. Es wäre sehr erwünscht, wenn sich auch andere Blätter mit dieser Angelegenheit befassen würden.

Aus Nr. 235 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 13. Oktober 1909:

„Nationalrat“

überschreibt die Gazeta Toruńska einen längeren Artikel, in dem es unter anderem heißt:

Und es kann in dieser Beziehung nicht besser werden, ehe unsere Gesamtheit im preussischen Teilgebiet nicht eine sichtbare, ständig arbeitende und allgemein anerkannte sowie mit ihrer Kompetenz unsere gesamten Angelegenheiten und Interessen umfassende nationale Behörde haben wird, gegen deren Entscheidung es keinen Einspruch mehr gebe und gegenüber welcher jeder Widerstand als unpatriotisch und als unehrenhaft zu gelten hätte.

Eine solche Behörde müßten wir uns durchaus schaffen, und zwar durch Berufung von Faktoren, welche, sei es infolge einer Wahl oder aber kraft des erlangten Einflusses, die Angelegenheiten unserer Gesamtheit leiten.

Diese Behörde würden wir „Nationalrat“ nennen. Der Nationalrat müßte sich zusammensetzen aus:

1. den Mitgliedern aller Provinzialwahlkomitees im Lande und in der Fremde;
2. den Mitgliedern beider Abgeordnetenfraktionen;
3. den Vertretern der politischen Blätter, welche mindestens zwei Jahre existieren und wenigstens dreimal wöchentlich erscheinen, insofern sich der betreffende Verlag bereiterklärt, die Beschlüsse des „Nationalrates“ sowie der durch das „polnische Zentralwahlkomitee für das Deutsche Reich“ anerkannten polnischen Wahlbehörden anzuerkennen und zu unterstützen;
4. den Vertretern von Fachzeitschriften und den Führern politischer, sozialer und Bildungs- usw. Organisationen welche vom „Nationalrat“ berufen werden;
5. den Personen, welche sich durch Verstand, Erfahrung oder Verdienste auszeichnen und durch den „Nationalrat“ berufen werden.

Ein in dieser Weise zusammengesetzter Nationalrat würde sich einen aus fünf oder neun Personen be-

stehenden Vorstand wählen, ein ständiges zweinstanzliches Ehrengericht einsetzen und Sektionen für die einzelnen Angelegenheiten wählen. Zu den Verwaltungskosten müßte jeder Reichstagsabgeordnete 300 M. jährlich und jeder Landtagsabgeordnete 10 % der erhaltenen Diäten beitragen.

Mit der Organisierung des „Nationalrates“ müßte sich der Vorsitzende des „Polnischen Zentralwahlkomitees für das Deutsche Reich“ befassen, indem er die Provinzialkomitees, die Abgeordneten und die Vertreter der Zeitungen zusammenberuft. Und es ist erwünscht, daß dies so schnell wie möglich erfolgt.

Indem wir obiges Projekt veröffentlichen, daß in seinen Einzelheiten selbstverständlich Änderungen unterliegen kann, sprechen wir die Hoffnung aus, daß es allgemeine Anerkennung finden wird, denn es scheint uns, daß wir einen Weg gewiesen haben, auf dem wir zur Schaffung einer des Gehorsams und des Vertrauens der Gesamtheit sich erfreuenden höchsten nationalen Behörde gelangen können, ohne welche wir uns immer schwerer begeben können.

Aus Nr. 123 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 14. Oktober 1909:

Die galizischen und Warschauer Blätter

befassen sich namentlich seit der Zeit des größeren Zustromes polnischer Gäste aus dem Auslande nach Poppot mit unserer polnischen Bevölkerung in der Kaschubei. Diese Blätter geben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß sich die Kaschuben nicht haben verdeutschen lassen, sie loben sie als einen wackeren Zweig der polnischen Gesamtheit und erteilen den Rat, die Kaschuben mit Geld und auf andere Weise zu unterstützen, um sie desto mehr in ihrer Anhänglichkeit an die polnische Nationalität zu stärken.

Wir freuen uns natürlich sehr über diese Lobsprüche auf das kaschubische Volk, aber was die materielle und jede andere Hilfe anlangt, so sind wir nicht so sehr dafür. Haben wir uns bisher ohne diese Hilfe begangen, so werden wir uns auch fernerhin ohne sie begeben können. Wer natürlich freiwillig für die polnische Sache in der Kaschubei etwas geben will, der möge es tun. Wir werden es gern annehmen, aber es ist unnötig, irdend welche Sammelfonds zu diesem Zwecke zu schaffen. Der Herrgott ist unser bester Verwalter, und wie seine Hilfe das polnische Volk in der Kaschubei bisher in der Anhänglichkeit an den Glauben der Väter und an die Nationalität erhalten hat, so wird er auch weiterhin an dieses gläubige Volk denken. Das polnische Volk in der Kaschubei ist und wird für alle Beweise seiner Mitbrüder dankbar sein und verspricht ihnen, daß es seine Schätze wie bisher auch weiterhin verteidigen wird.

Aus Nr. 125 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz)
vom 19. Oktober 1909:

Eine Arbeiterkandidatur.

Der Abgeordnete des Reichstagswahlbezirks Posen, Herr Rechtsanwalt von Chrzanowski, beabsichtigt sein Abgeordnetenmandat niederzulegen, und zwar soll die Niederlegung in allernächster Zeit erfolgen.

Die Hauptstadt Großpolens wird dafür einen neuen Abgeordneten wählen müssen. Wenn das der Fall ist, dann müßte Posen der polnischen Fraktion den ersten Arbeiter-Abgeordneten liefern. Posen hat von den

polnischen Städten im Großherzogtum und in Westpreußen die größte Anzahl polnischer Arbeiter. Wir sind auch überzeugt, daß im Posener Wahlkreise die Zahl der Arbeiter den Rest der dortigen Wähler übersteigt. Posen muß also einen Arbeiter zum Abgeordneten wählen.

Schon seit langer Zeit haben wir darauf hingewiesen, daß in der polnischen Fraktion durchaus ein Arbeiter notwendig wäre. Die aufgeklärtere Arbeiterbevölkerung würde dann größeres Vertrauen zur polnischen Fraktion haben. Und wenn z. B. heute schon ein Arbeiter in der polnischen Fraktion säße, dann würde eine derartige gewissenlose Agitation unter den Arbeitern, deren Zeuge wir in letzter Zeit gewesen sind, fast unmöglich sein. Die Wahl eines Arbeiters in die polnische Fraktion wird auch ein Mittel sein, um unsere Gesamtheit in Zukunft vor Klassenkämpfen zu bewahren, von denen wir bisher glücklicherweise verschont geblieben sind.

Wir wünschen, daß den Arbeitern heute das freiwillig gegeben werde, was sie zu fordern ein Recht haben, d. h. einen aus ihrer Mitte hervorgegangenen Vertreter in der polnischen Fraktion.

Ebenso wie seinerzeit die in Polen herrschenden Behörden freiwillig einem Teil ihrer Rechte entsagt und sich mit der Einführung der Konstitution einverstanden erklärt haben, so muß auch heute den Arbeitern freiwillig ein Vertreter in der polnischen Fraktion gewährt werden. Der geeignetste Abgeordneten kandidat aus dem Arbeiterstande wäre unseres Erachtens einer der Leiter der „polnischen Berufsvereinigung“, z. B. der Vorsitzende des Hauptvorstandes, Herr Adalbert Sosinski, der schon öfter seine Befähigung hierzu bewiesen hat. Auch Herr Nowicki, der Leiter der Posener Filiale der Berufsvereinigung wäre ein geeigneter Kandidat. Es ist schließlich gleich, ob dieser oder jener, aber in jedem Falle wäre es an der Zeit, einen Arbeiter in die Fraktion zu wählen.

Hoffen wir, daß die gesamte volksparteiliche und demokratische Presse unsere Ansicht teilen wird.

Aus Nr. 122 der Gazeta Olsztyńska (Allenstein)
vom 16. Oktober 1909:

In Sachen der Volksbibliotheken

überschreibt sich ein Artikel der Gazeta Olsztyńska, in dem es u. a. heißt:

Im Großherzogtum Posen besteht für jeden Kreis ein Komitee, welches dafür sorgt, daß überall Bibliotheken sind und sie die nötige Anzahl Bücher bekommen. Bei uns in Ermland haben sich keine opferwilligen Leute gefunden, die ein derartiges Komitee für Polnisch-Ermland bilden würden. In Westpreußen gibt es auch nicht überall derartige Komitees, aber jeder Kreis hat doch wenigstens einen Delegierten, der dafür sorgt, daß in jedem größeren Dorfe Bibliotheken sind, und der vom Hauptvorstand des Vereins in Posen die Bücher in Empfang nimmt, um sie denjenigen Bibliotheken zu überweisen, welche sie gebrauchen. Aber auch einen solchen Delegierten haben wir in Polnisch-Ermland nicht. Es ist doch wirklich traurig, daß sich in unserem Polnisch-Ermland nicht ein einziger aufgeklärter Ermländer gefunden hat, welcher für das polnische Volk soviel Zeit opfern würde, um bei uns Volksbibliotheken zu organisieren. Es haben ja zwar nicht alle Zeit dazu, aber sollte es nicht einen einzigen Mann in Polnisch-Ermland geben, der den guten Willen sowie die nötige Bildung und Zeit besäße, um diese wichtige Angelegenheit in die Hand zu nehmen? Sollte es

denn keinen einzigen Ermländer mehr geben, der so eifrig und opferwillig wäre, um ohne Aussicht auf Belohnung seine freie Zeit dem polnischen ermländischen Volke zu opfern?

Obwohl es in Polnisch-Ermland keinen Delegierten gegeben hat, hat sich der Volksbibliothekenverein doch nicht abschrecken lassen, an diejenigen unter uns aufs Geratewohl Bücher zu senden, die darum ersucht haben. Auf diese Weise sind zahlreiche polnische Bibliotheken in unseren Dörfern und Städtchen entstanden, doch leider bestehen sie heute zum großen Teil nicht mehr. Ob die Leute, welche diese Bücher bekommen haben, sie aufgegessen oder vernichtet haben, wissen wir nicht, aber tatsächlich bestehen heute leider nur in wenigen Dörfern solche polnische Bibliotheken. Lob verdienen diejenigen Ermländer, bei denen diese Bibliotheken untergebracht sind und die dafür sorgen, daß diese guten polnischen Bücher unter dem ermländischen Volk verbreitet und gelesen werden. Wir sind diesen Leuten Dank schuldig für ihre Arbeit, aber leider gibt es ihrer nur wenige. Viele Bibliotheken sind verloren gegangen, und ein früherer Bibliothekar hat das siebente Gebot sogar so weit vergessen, daß, als der Volksbibliothekenverein nachher wissen wollte, was er mit den überlieferten Büchern gemacht habe, die Annahme des Briefes verweigert hat. Er hat also fremdes Eigentum behalten, und als es der Besitzer wieder haben wollte, wollte er davon nichts wissen.

Landsleute, ihr wißt, wo es noch polnische Volksbibliotheken gibt. Nehmt die Gelegenheit wahr und leset jetzt, wo die Abende immer länger werden, außer eurer Zeitung auch gute polnische Bücher, und vor allen Dingen vergeßet unsere Jugend nicht, von der ein großer Teil polnisch schreiben und lesen nicht gelernt hat.

Im Winter hat jeder mehr Zeit als im Sommer, mögen daher die Eltern oder älteren Familienmitglieder, die polnisch schreiben und lesen können, ihre Kinder und jüngeren Familienmitglieder unterrichten, damit sie nicht einstmals ihre Eltern, ihre älteren Brüder und Schwestern sowie ihre Muttersprache verleugnen. Am besten ist es, mit ihnen zusammen Zeitungen zu lesen oder eine polnische Fibel für 10 oder 20 Pfennig zu kaufen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 233 des Kurjer Śląski (Katowitz)
vom 17. Oktober 1909:

Zwei Freunde, Dr. Stephan und Napieralski.

Generaldirektor Dr. Stephan aus Beuthen hielt in einer Versammlung der Zentrumsredakteure während des Katholikentages in Breslau einen Vortrag über das Verhältnis der Polen zu den Zentrumsleuten in Oberschlesien. Der Kurjer Śląski brachte — (nach dem „Augustinusblatt“, dem Organ des Augustinusvereins, der die Pflege der katholischen Presse zum Zweck hat) — einen Bericht über den Verlauf dieser Versammlung zur öffentlichen Kenntnis und lästete den Schleier der Beratungen zwischen Polen und Zentrum, die oft in großer Heimlichkeit vor der breiten polnischen Öffentlichkeit stattfinden. Dem Kurjer Śląski bin ich dankbar für diesen Dienst, den er der polnischen Volksgesamtheit in Schlesien erwiesen hat und der gezeigt hat, wo und wie verschiedene politische Programme zustande kommen, mit denen sich dann unsere Presse und öffentliche Meinung befaßt.

Es lohnt, die Ausführungen Dr. Stephans, um sie dem Gedächtnis einzuprägen, noch einmal kurz zu-

sammenzufassen. Herr Dr. Stephan sehnt sich nach jenen glücklichen Zeiten in Schlesien, wo das Volk seine nationalen Rechte noch nicht geltend machte und ohne Überlegung auf Befehl der politischen Führer, d. h. der Zentrumsgeistlichen, seine Abgeordneten wählte. Jene Zeiten und Verhältnisse sind für ihn ideal. Gefühle der Bitterkeit und der Trauer befeelen Dr. Stephan gegen dieses polnische Volk dafür, daß sich dieses Volk heut seiner nationalen Sonderstellung bewußt ist, seine nationalen und politischen Rechte geltend macht und seine Abgeordneten nicht auf Befehl der geborenen Führer wählen will. Unseren Kampf um die nationalen Rechte nennt Dr. Stephan ein übertriebenes Nationalgefühl, das mit den christlichen Begriffen nicht in Einklang steht, statt dessen aber einen heidnischen Kern in sich birgt.

Herr Dr. Stephan teilt die polnische Volksgesamtheit in zwei Gattungen: in gemäßigte Polen, zu denen er offenbar Herrn Napieralski und die Leser seiner Blätter Katolik, Dziennik Śląski und Gornoszlazak zählt, sowie in radikale, revolutionäre Elemente, und mit dieser Bezeichnung geruhte er offenbar u. a. auch den Polak und seine Leser auszuzeichnen. In Oberschlesien befinden sich nämlich im polnischen Lager nur zwei Parteien, die gemäßigte Versöhnungspartei des Katolik und die polnische Volkspartei des Polak. Herr Dr. Stephan erklärte, die Zentrumsleute müßten mit der gemäßigten, d. h. der Katolik-Partei, Fühlung suchen, sie könnten sich aber unter keiner Bedingung den radikalen Elementen nähern, denn das würde mit ihren Grundsätzen und ihrer Vergangenheit in Widerspruch stehen. Als es sich um die Landtagswahlen handelte, war diese radikale Partei für die Zentrumsleute sehr gut, weil sie für ihre Kandidaten agitierte, und Herr Korfanty war ihnen sehr lieb, als er gegen Volk auftrat. Nun, es wird ja die Zeit kommen, wo wieder Wahlen stattfinden werden.

Herr Dr. Stephan forderte ein Bündnis des Zentrums mit den gemäßigten Polen, ein festes Bündnis, welches in einem gemeinsamen und einträchtigen Kampfe um die politischen, religiösen Rechte und um die sozialen Angelegenheiten bestehen soll. Darum verurteilt auch Dr. Stephan, daß sich die polnischen Arbeiter in der polnischen Berufsvereinigung zusammenschließen, und er ruft aus: „Warum sollen sich die polnischen und deutschen Arbeiter in besonderen Organisationen organisieren?“ Herr Dr. Stephan zögte es natürlich vor, wenn die polnischen Arbeiter nicht der polnischen Berufsvereinigung angehören würden, sondern dem „Berliner Verband“ beitreten wollten, der ein Handlanger der Kapitalisten ist und an den Arbeitern unablässig Verrat übt. Kein Wunder, denn Herr Dr. Stephan ist ja doch Generaldirektor der Gruben und Hütten des Grafen Schaffgotsch, und als solchem ist ihm der Berliner Verband am bequemsten.

Herr Dr. Stephan sagte weiter, daß bei den nächsten Reichstagswahlen zwischen Zentrum und Polen völlige Eintracht herrschen und der beiderseitige Besitzstand respektiert werden solle. D. h., die Polen sollen in denjenigen polnischen Wahlkreisen, die heut von Zentrumsabgeordneten vertreten werden, wie z. B. die Wahlkreise Kofel, Groß-Strehlitz, Ratibor usw. keine eigenen Kandidaten aufstellen.

Herr Napieralski, der polnische Abgeordnete, dankte Dr. Stephan für diese Rede, nannte sie eine wohlwollende Behandlung des Gegenstands und erklärte, daß er fast allen Ausführungen Dr. Stephans beipflichte. Kann mir Herr Napieralski angesichts dieser seiner Zustimmung diejenigen revolutionären Polen bezeichnen, mit denen Dr. Stephan nichts gemein haben will? Ich kenne keine revolutionären Polen in Oberschlesien, Dr. Stephan aber denunzierte einen Teil unserer

Volksgeamtheit als revolutionär. Die preussischen Minister in Berlin werden sich zur Rechtfertigung der polenfeindlichen Politik darauf berufen, daß sogar die Zentrumsleute, diese Freunde der Polen, anerkennen, daß ein gewisser Teil der polnischen Volksgeamtheit eine Revolution wünsche. Das Argument Dr. Stephans unterscheidet sich doch in nichts von den verleumderischen Auslassungen der Hafatisten und Minister, die stets nachzuweisen suchen, daß die polenfeindliche Politik einzig und allein gegen die revolutionären Polen gerichtet sei, und daß sie den gemäßigten Polen kein Unrecht zufügen wollen. Hält denn Herr Napieralski auch diese Ausführungen Dr. Stephans für polenfreundlich, hat er ihm auch dafür gedankt?

Eine Einigkeit im Kampfe um die politischen, religiösen Rechte und um die sozialen Angelegenheiten, die Herr Dr. Stephan fordert, ist doch für einen Polen unmöglich. Unsere politischen Bestrebungen sind und müssen doch andere sein als die des Zentrums, denn wir sind Polen und polnische Patrioten, die Zentrumsleute aber sind Deutsche und deutsche Patrioten. Wünscht Herr Napieralski gleichfalls wie Dr. Stephan, daß sich die polnischen Arbeiter nicht in einer Sonderorganisation organisieren, sondern sich mit den Deutschen zusammenschließen sollen? Ich denke, Herr Napieralski hat sich schon der Bestrebungen entledigt, die er an den Tag legte, als er den Verband zur gegenseitigen Hilfe zunächst mit dem Berliner Verband und dann mit den „Christlichen“ verschmelzen wollte?

Ist Herr Napieralski damit einverstanden, daß die Polen auf das Mandat des rein polnischen Wahlkreises Kosel—Groß-Strehlik verzichten und es um des lieben Friedenswillen den Zentrumsleuten schenken?

Herr Napieralski, der Dr. Stephan für die wohlwollende Behandlung gedankt und sein Einverständnis mit fast allen seinen Ausführungen ausgedrückt hat, wird öffentlich erklären müssen, mit welchem Teil der Ausführungen Dr. Stephans er nicht einverstanden ist. Das ist er unserer Volksgeamtheit schuldig.

Geistlicher N. D. (Nationaldemokrat?)

* * *

Der Kurjer Slonski schreibt in dieser Gelegenheit, was folgt:

Dieser Bericht — über den Verlauf der in Breslau abgehaltenen Versammlung des Augustinusvereins — wird sicherlich unsere Zeitungen und breitere Schichten des polnischen Publikums besonders in Oberschlesien interessieren, und darum haben wir ihn zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Das Provinzialkomitee für Schlesien wird wohl diesen Bericht mit großem Interesse lesen, denn es wird sich eine Antwort erteilen müssen auf die Frage, ob das Komitee oder aber Herr Napieralski über unsere Wahlpolitik in Schlesien entscheidet.

Aus Nr. 123 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 16. Oktober 1909:

Eine Versammlung des Wahlkomitees

Für den Kreis Oppeln wird in allernächster Zeit stattfinden. In dieser Versammlung wird unser Reichstagsabgeordneter Pfarrer Brandys über seine Tätigkeit und über die Reichstagsverhandlungen in der verflossenen Session Bericht erstatten. An dieser Versammlung dürfen nur Mitglieder des Wahlkomitees teilnehmen. Um aber auch den anderen Wählern die Teilnahme an der Versammlung zu ermöglichen, fordern wir die Interessenten auf, sich als Mitglieder zu melden, die dann das Komitee durch Kooptation in seinen Kreis aufnehmen wird. — Unsere Bemühungen, im Landkreise

einen Versammlungs-saal zu erhalten, blieben ohne Erfolg. Unter freiem Himmel — wie obdachlose Menschen — können wir eine Versammlung nicht veranstalten, zumal es auch unser Abgeordnete als Priester in einer solchen Versammlung unter den gegebenen Umständen öffentlich aufzutreten, nicht für passend hält. Übrigens wissen wir nicht, ob jemand einen geeigneten Ort zu einer solchen Versammlung hergeben möchte. — Wenn jemand noch im Landkreise einen Saal wüßte, der zu einer größeren Versammlung erlangt werden könnte, dann möge er uns benachrichtigen, und unser Abgeordneter wird in einer solchen Versammlung gern erscheinen. Dem Saalbesitzer muß aber von vornherein gesagt werden, daß er einen Vertrag unterschreiben muß. Es ist nämlich eine bekannte Tatsache, daß die Gastwirte anfänglich Versprechungen geben, sie später aber zurücknehmen, insolgedessen alle zur Erlangung eines Saales gemachten Bemühungen vergeblich werden. Leider rechnen die Gastwirte, was ihre Existenz anbelangt, weniger mit ihren Gästen und Abnehmern als mit den Behörden.

Der Kurjer Slaski bemerkt hierzu:

Interessant sind die Gründe des Pfarrers Brandys, weshalb er nicht unter freiem Himmel sprechen will. Er meint, es würde, wenn er unter freiem Himmel spräche, seiner Priesterwürde Abbruch tun. Möge es sich Pfarrer Brandys sagen lassen, daß diese Gründe niemand versteht. Wir kennen Bischöfe und kirchliche Würdenträger, die in weltlichen Versammlungen unter freiem Himmel Reden hielten, und dies tat ihrer Würde keinen Abbruch. Dem Pfarrer Brandys ist diese Priesterwürde leider allzu oft ein Hindernis in der Politik. Wenn er gegen die Regierung stimmen soll, so hindert ihn oft daran seine Priesterwürde, die ihn der Regierung Steuern bewilligen heißt. Pfarrer Brandys hätte nur in einem Falle das Recht, zu fürchten, daß seiner Priesterwürde zu nahe getreten würde, und zwar dann, wenn er Furcht hätte, daß seine Wähler wegen der Abstimmung in der Finanzreform gegen ihn so empört sind, daß sie ihn ausziehen würden. In diesem Falle ist es für ihn natürlich bequemer, den Bericht über seine parlamentarische Tätigkeit vor dem Komitee zu erstatten, das ihm vielleicht auch noch ein Vertrauensvotum erteilen wird. Nur wird sich Pfarrer Brandys dieses Vertrauensvotums nicht rühmen dürfen, denn es wird nicht die Stimme des Volks sein.

Als sich Pfarrer Brandys um sein Mandat bewarb, wußte man auch einen Saal zu finden, damit er zum Volke reden konnte. Wir sind überzeugt, daß Pfarrer Brandys vor den Wahlen auch unter freiem Himmel gesprochen hätte, denn damals war es leichter, zu den Wählern zu sprechen und ihnen goldene Berge zu versprechen.

Hierauf erwidert die Gazeta Opolska:

Es ist bekannt, daß während der Wahlen im Landkreise ebenfalls kein Saal aufzutreiben war, daß die Polizeibehörden und Gastwirte mehrere angekündigte Versammlungen vereitelten, und nur dem Pfarrer Pogrzeba in Lugniany gelang es, eine Versammlung zustande zu bringen. In Oppeln aber fand eine Wählerversammlung in einem kleinen Saale statt, der uns auch heute zur Verfügung stand, den wir aber wegen des auf den Stadtkreis sich erstreckenden Maulkorbparagraphen nicht benützen konnten, soweit es sich um die Veranstaltung einer öffentlichen Versammlung handelt.

Was das Versprechen „goldener Berge“ anbelangt, so hatte der Abgeordnete Korfanty wohl sich im Sinne, als er diese Worte schrieb. Unser Abgeordneter Pfarrer

Brandys hatte in den Wählerversammlungen in Oppeln und Luginany, indem er sich gerade der Redewendung des Kurjer Slonski bediente, ausdrücklich gesagt: „Ich verspreche euch keine goldenen Berge, denn als reise und ernste Männer wißt ihr, daß ich ein solches Versprechen nicht einlösen könnte.“ In der Redaktion des Kurjer Slonski hat man offenbar vergessen, in welchem Geiste Pfarrer Brandys gesprochen hatte, oder man erhob bewußt einen unbilligen Vorwurf gegen ihn. Das letztere halten wir sogar für wahrscheinlicher; kennen wir ja doch den Charakter der Organe des Abgeordneten Korfanty.

Zum Schluß bemerken wir, daß der Abgeordnete Brandys nicht die geringste Veranlassung hat, sich vor seinen Wählern zu fürchten. Sie wissen, wer ihr Abgeordneter ist, sie haben zu ihm aufrichtiges Vertrauen, und sie werden ihn auch aufrichtigen Herzens aufnehmen, sobald eine Versammlung auf dem Lande wird stattfinden können, wozu sich vielleicht in Bälde Gelegenheit bieten wird, denn die Mitglieder des Wahlkomitees werden gemäß dem Wunsche unseres ungerecht beschuldigten Abgeordneten in ihren Bemühungen, einen Saal zu erlangen, nicht nachlassen!

Aus Nr. 241 des Kurjer Śląski (Kattowitz)
vom 20. Oktober 1909:

Sozialdemokratische Rauferei in Paulsdorf.

Zaborze, Czernaste und Paulsdorf waren immer schon Brutstätten der Sozialdemokratie in Schlesien. Besonders in der letzten Zeit agitierten dort die Sozialdemokraten in erbärmlichster und unwürdigster persönlichster Weise gegen den Abgeordneten Korfanty, und schon lange drohten sie, daß sie ihn in Paulsdorf nicht reden lassen werden. Ungeachtet dieser Drohungen berief Herr Korfanty eine Versammlung nach Paulsdorf ein, wollte dort eine Diskussion mit den Sozialdemokraten herbeiführen und die nichtswürdigen Verleumdungen widerlegen, die von der Sozialdemokratie gegen ihn erhoben werden; zu diesem Zwecke kündigte er am verflossenen Sonntag eine Versammlung unter freiem Himmel an.

Die Sozialdemokraten zogen ihre Genossen aus der ganzen Umgegend zusammen und umzingelten schon eine halbe Stunde vor 3 Uhr in Zahl von 300—400 Mann mit Genossinnen und halbwüchsigen Burschen die Rednerbühne. Die Polen versammelten sich erst später und konnten in erheblicherer Anzahl nach vorn nicht gelangen. Die Zahl der Polen war übrigens nicht allzu groß, denn um 3 Uhr fanden in den Kirchen Vesperandachten statt, in Zaborze wurden nachmittags Missionen beendet, zwei Vereine hatten Vergnügungen, der Sokolverein veranstaltete eine Slowacki-Feier, die Filialen der Polnischen Berufsvereinigung hatten Versammlungen, sodaß die Beteiligung der Polen nicht allzu zahlreich war. Die Sozialdemokraten drohten schon die ganze Woche hindurch, daß sie die Abhaltung der Versammlung nicht zulassen würden, und zogen ihre Anhänger nicht nur aus Paulsdorf und Czernaste, sondern aus der ganzen Umgegend bis weit von Neudorf und Schwarzwald heran.

Schon vor der Versammlung drohten sie laut, daß sie die Eröffnung der Versammlung verhindern würden. Nach 3 Uhr eröffnet der Komiteevorsitzende Dr. Hager unter Lärm und Geschrei die Versammlung mit dem katholischen Gruße. Die Sozialdemokraten nehmen die Mühen nicht ab und antworten nicht, wie

es die Katholiken tun, sie trinken Schnaps aus Flaschen, unter ihnen befindet sich eine Menge trunkenen Gestalten. Kein Wunder, denn es ist nach der Löhnung, und eine große Zahl von ihnen vertrieb sich die Zeit schon seit Mittag in den Wirtschaften. Herr Dr. Hager kann unter Lärm und Geschrei keine Einleitungsworte sprechen, schließt nach einigen Worten, indem er freie Diskussion zusagt und um Aufrechterhaltung der Ordnung bittet. Sodann erteilt er Herrn Korfanty das Wort.

Sobald Herr Korfanty auf der Rednerbühne erschien, erhoben die Sozialdemokraten ein so unmenschliches Geschrei, daß kein Wort zu verstehen war. Alle Bemühungen zu sprechen waren vergeblich, denn das Geschrei ließ nicht nach, sondern nahm zu, so oft sich der Abgeordnete verständlich machen wollte. Dies dauerte über eine halbe Stunde. Aus dem überwiegend betrunkenen Pöbel, der fortwährend aus Flaschen Schnaps trank, drangen zur Rednerbühne nur die gemeinsten pöbelhaftesten Beschimpfungen und Flüche, wie Du Nas, Kapitalist, Brotvertenerer, Dieb, Verräter, und Schimpfnamen, die sich hier mit Rücksicht auf den Anstand nicht anführen lassen, drangen an die Tribüne. Unter den Versammelten befanden sich viele, welche deutsch schrien: „Wir sind Deutsche und wollen keine Polen!“ Dies waren deutsche Genossen, die gleichfalls zahlreich erschienen waren.

Sogar die Gattin des Abgeordneten Korfanty, die an der Parteipolitik gar keinen Anteil nimmt, ließen die Genossen nicht unbehelligt und verleumdeten sie.

Die Banden wurden von hervorragenden Genossen geleitet, unter denen sich der Jude und Gastwirt Glücksmann aus Paulsdorf hervortat, indem er den trunkenen Pöbel fortwährend mit den Zurufen anreizte: „Haut ihn! Haut ihn!“ Da die trunkene Meute sah, daß Korfanty unerschrocken blieb und die Tribüne nicht verließ, die von dem Felde, auf dem ein Teil der Genossen stand, durch einen Zaun getrennt war, stürzte sie auf die Tribüne mit Stöcken los und begann die Latten vom Zaune zu brechen. Der Abgeordnete brach dann zu seiner Verteidigung ein Stück Latte von der Rednerbühne ab und harrete weiter auf seinem Posten aus.

Die Versammlung wurde geschlossen. Die aufgeregten Genossen beschimpften die Polen weiter, suchten mit Schnapsflaschen und Knütteln umher, stürzten sich auf die Unsrigen und spien ihnen ins Gesicht, unseren Ordnern rissen sie die Armbinden ab, machten weiter einen Höllenlärm und wollten nicht auseinandergehen. Hochrufe zu Ehren des Anarchisten Ferrer und Drohungen erschollen, wie: Wir werden es wie in Spanien machen: Die Kirchen niederbrennen und die Pfaffen ausrotten!

Das ist ein Vorgehensmaß des roten Zukunftsstaates, das sind die Heldentaten der Genossen, die angeblich für die Freiheit und Rechte des Volkes kämpfen und schlimmer auftreten als die Polizei und die Gafatisten, denn nach Art von Dieben und Räubern stehlen sie sich in fremde Versammlungen hinein und berauben mit Gewalt und Terrorismus die Bürger der ihnen zukommenden Rechte. Schimpf und Schande gebührt ihnen dafür, denn nicht nur berauben sie die polnischen Bürger ihrer Rechte, sondern sie geben der Polizei auch Veranlassung, in Zukunft Versammlungen unter freiem Himmel zu untersagen. Die sogenannte polnische sozialdemokratische Partei hat uns einen Beweis für den Wert ihres Volentums geliefert, denn ihre Anhänger und Freunde schrien: „Wir wollen keine Polen, wir sind Deutsche, Korfanty ist ein Pole!“ Die Polizei zeichnete sich diese Ausrufe mit Befriedigung auf. Die Genossen hielten deutsche sozialdemokratische Zeitungen in den Händen

und suchten damit herum. So sieht das Polentum dieser roten Patrioten aus, die Polen aufbauen wollen. Eine Versammlung von Leuten terrorisieren, die einer anderen Partei angehören, denjenigen, die eine Versammlung für sich einberiefen, die Abhaltung, sogar die Eröffnung dieser Versammlung unmöglich machen, das ist eine Blüte der sozialdemokratischen Freiheit.

Das dumme Volk trunken machen und es mit Alkohol aufklären, ist ein Beweis für die Art der Kulturarbeit der Sozialdemokraten. Die Kirche und den Glauben lästern, mit der Niederbrennung der Kirchen und mit der Ermordung der Geistlichen drohen, diese systematische Ausrottung des Glaubens und der Anhänglichkeit an die Kirche ist ein Beweis für die rote Moral und ein Einblick in die Verhältnisse des zukünftigen sozialdemokratischen Staates.

Der unaufhörliche Betrug der einfältigen und dummen Genossen ist sozialdemokratische Aufklärung. Die pöbelhaften Beschimpfungen, die nichtswürdigen Verleumdungen sind Früchte der sozialdemokratischen Erziehung.

Und bei all dem hat es sich wieder gezeigt, daß in den roten Reihen die Juden den Reigen anführen. Rädelsführer waren hier der Jude Haase, die Jüdin Golde; der Jude Glücksmann führte gleichfalls die Bande der betrunkenen Genossen in Paulsdorf an und trieb sie an, die polnischen Bürger und den polnischen Abgeordneten zu schlagen.

Stöcke und Latten, das sind die Mittel, mit denen man die politischen Gegner zu überzeugen sucht.

Und bei all dem zeichneten sich die Genossen in Paulsdorf durch Feigheit aus. Am meisten fürchten sie den Abgeordneten Korsanty, ihn sehen sie als das Haupthindernis des Fortschritts der Sozialdemokratie in Schlesien an, sie richten also einen Hauptsturm gegen seinen Wahlkreis. Und weil sie ihn fürchten, weil sie schon in mehreren Versammlungen die Erfahrung gemacht hatten, daß er schon, nachdem er nur 10 Minuten gesprochen, die Versammelten auf seiner Seite hat und eine Diskussion nicht scheut, hauptsächlich aber weil sie fürchteten, daß Korsanty, wenn er gesprochen hätte, alle ihre Lügen und Betrügereien und ihre ganze Heuchelei aufgedeckt hätte, so erließen sie von vornherein den Befehl, durch Lärm und Terrorismus, im schlimmsten Falle aber mit Stöcken und Latten die Eröffnung der Versammlung zu verhindern, und um ihren Zweck zu erreichen, machten sie ihre Genossen trunken, die dann schrien: Gebt uns Brot; in demselben Augenblick aber setzten sie die Schnapsflasche an den Mund. Schämt euch, ihr politischen Feiglinge!

Bald wird sich wieder eine Gelegenheit bieten, und dann werden wir mit einander abrechnen. Polnisches Volk! Die sozialdemokratischen Kaufereien in Paulsdorf müssen dir die Augen öffnen! Vorwärts, Brüder, in Reih und Glied! Vorwärts zum Kampf für den Glauben und das Vaterland, gegen die roten Brüder! Macht euch an die rechtschaffene Arbeit zum Wohle unserer Sache und rottet überall das sozialdemokratische Unkraut aus, das hier die Juden und Deutschen und ihre besoldeten Knechte säen.

Aus Nr. 240 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 19. Oktober 1909:

Nationalrat.

Zu der von der Gazeta Torunska vorgeschlagenen Gründung eines polnischen Nationalrats schreiben die Katolik-Blätter:

Dieses Projekt ist nicht neu. Vor zwei Jahren hat es der Abgeordnete Napieralski als erster zur Sprache gebracht. Dafür war auch Prälat Wawrzyniak eingetreten.

Ein „Nationalrat“ ist unumgänglich notwendig. Leider bestehen unter uns solche Meinungsverschiedenheiten, daß niemand weiß, wie er für die Volksgesamtheit arbeiten soll, ohne sich eine Verurteilung, vielleicht gar Beschimpfungen, ja sogar den Vorwurf eines Verrats usw. zuzuziehen.

Durch die „Kritik“, durch den „Meinungsaustausch“ in Zeitungen und Versammlungen, durch den „inneren Kampf“ verlieren wir so viel Zeit, Kraft und Geld, daß wir uns auf verschiedenen Gebieten nicht vorwärts bewegen können und schweren Schaden erleiden.

Man darf annehmen, daß diese öffentlichen Zwiste und gegenseitigen Angriffe, diese berüchtigte persönliche „Kritik“, dieser Wortstreit usw. wenigstens zum Teil aufhören würden, wenn in den Sitzungen des „Nationalrats“ — zwischen den vier Wänden — genug Gelegenheit zur „Kritik“ usw. vorhanden wäre.

Wenn wir nur so viel erreichen würden, daß unsere Feinde von dieser „Kritik“ keinen Gebrauch machen könnten, so wäre schon dies ein bedeutender Gewinn für die nationale Sache.

Wir hegen indes die Hoffnung, daß der Vorteil eines einheitlichen Vorgehens auf jedem Gebiete der öffentlichen Arbeit so groß wäre, daß schließlich sogar der Gegner des „Nationalrats“ die Solidarität, d. i. ein einmütiges Vorgehen, als unbedingte Notwendigkeit anerkennen und seine Meinung dem Beschluß der Mehrheit unterwerfen würde, wie dies in jeder Organisation sein mußte.

Heut besteht diese Unterwerfung im allgemeinen nur in den Vereinen, aber leider fehlt in den wichtigsten national-politischen Angelegenheiten dieses einheitliche Vorgehen.

Es kommt vor, daß, wenn Einmütigkeit da ist, eine spätere „Kritik“ fast zu verderben vermag, was die Solidarität zustande gebracht hat. Es gibt aber niemanden, der imstande wäre, durch sein allgemein anerkanntes Ansehen diese verderbliche Arbeit aufzuhalten, diejenigen zu unterstützen, die etwas zustande gebracht haben, und den Weg zu weisen, den alle gehen müssen. Eine solche Instanz könnte ein „Nationalrat“ sein.

Aus Nr. 237 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 15. Oktober 1909:

Ein neuer Kulturkampf?

In letzter Zeit werden im deutschen protestantischen und liberalen Lager, ja sogar in konservativen Zeitschriften immer häufiger Stimmen laut, daß man von neuem einen Kampf mit Rom, d. h. mit der katholischen Kirche, aufnehmen müsse.

Solche Stimmen wurden auch auf Seiten der Katolisten, an denen es nirgends fehlt, laut. Diese forderten, man solle uns verbieten, in den Kirchen polnisch zu beten und zu singen, damit unsere Kinder die Religion, d. i. den hl. Glauben, nicht polnisch lernen.

Auf diese Stimmen müssen wir sehr achten, damit wir wissen, was unsere Gegner zu unserer Unterdrückung und zur Vergewaltigung unseres Gewissens aushecken.

Dies alles müssen wir wissen, um danach unsere Verteidigung zu gestalten.

In den „Preussischen Jahrbüchern“ schreibt Pastor Dr. Sulze aus Dresden, der Kulturkampf müsse immer wieder erneuert werden, zwischen Rom und dem modernen Staate könne kein wirklicher Friede bestehen,

denn Rom fordere, der Staat solle sich ihm unterwerfen, die katholischen Geistlichen müßten regieren usw.

Das sind unwahre Behauptungen. Rom als solches mengt sich nicht in staatliche Angelegenheiten. Die Katholiken haben die Pflicht, nach katholischen Grundsätzen im öffentlichen Leben aufzutreten. Diese katholischen Grundsätze sind für die ganze Welt gleich und unerschütterlich. Außerdem aber brauchen die katholischen Bürger in rein weltlichen Angelegenheiten keine Befehle entgegenzunehmen.

Unwahr ist es darum, daß die Geistlichen als solche z. B. im preussischen Staate herrschen wollen.

Wahr ist nur, daß die Geistlichen zusammen mit den katholischen Bürgern, wie jede andere Partei, als Bürger Einfluß auf staatliche Angelegenheiten zu gewinnen suchen.

Der Geistliche ist ebenso ein mit Rechten ausgestatteter Bürger, wie jeder andere. Er zahlt Steuern, trägt Lasten usw. für Staat, Gemeinde, Stadt. Wenn dem so ist, so kann doch der katholische Geistliche nicht schweigen, sondern er muß an den Wahlen, dem öffentlichen, sozialen Leben usw. teilnehmen, denn dies ist nicht nur sein Recht, sondern auch seine Pflicht.

Wenn sich auch Dr. Sulze aus Dresden darüber ärgert, so wird ihm dies doch nichts helfen. Wegen seines Verdrusses wird sich kein einziger katholischer Geistlicher aus dem politischen Leben zurückziehen.

Was aber das anbetrifft, daß man sich in unser Gewissen, in unser polnisches Gebet, in die elterliche Erziehung unserer polnischen Kinder einmischt, so haben wir Kraft genug, um Widerstand zu leisten.

Der erste Haxatist, der in einem Hause erschiene und der Mutter oder dem Vater befehlen wollte, wie sie mit den Kindern sprechen, mit ihnen beten usw. sollten, wird vor seiner Nase den Besen erblicken. Dies erklärte uns eine Mutter.

Unsere wackeren Schwestern, Ehefrauen und Mütter würden ihm die Tür weisen, denn zu Hause befehlen sie, nicht aber ein beliebiger Haxatist.

Aus Nr. 233 des Górnosłazak (Kattowitz)

vom 10. Oktober 1909:

Aus Groß-Stanisch, Hr. Groß-Strehliß.

(Dank dem Herrn Pfarrer).

In unserem Blatte lasen wir die Übersetzung eines — in der Schl. Volkszeitung — veröffentlichten Artikels des hochwürdigen Herrn Erzpriesters aus Groß-Stanisch, und wir (besonders wir polnischen Eltern, die wir aus seiner Pfarochie stammen und ihn persönlich kennen), halten es für unsere Pflicht, ihm öffentlich zu danken, daß er unsere Sache so gut verstanden und auf die Ausführungen des Pfarrers Raffek eine so aufrichtige Antwort erteilt hat. — Pfarrer Raffek schreibt nämlich, es wäre gut, unsere Kinder deutsch zu unterrichten und sie so zu den hl. Sakramenten vorzubereiten. Aber unsere Elternpflicht und das Wohl unserer Kinder gebieten uns, unsere Kinder für den Empfang der hl. Sakramente in polnischer Sprache vorzubereiten, und unsere Seelsorger bitten uns, ihnen behilflich zu sein, weil sie nicht imstande sind, in den wenigen Stunden hundert oder zweihundert oder sogar dreihundert Kinder so, wie sie es wünschen, für eine Sache vorzubereiten, wie es die erste Beichte und hl. Kommunion ist. Möge uns polnischen Eltern Pfarrer Raffek ein Mittel angeben, wie wir unseren verehrten Geistlichen helfen sollen, wenn unsere Kinder deutsch lernen, wir sie aber nicht verstehen werden. — Schließlich bitten wir den Pfarrer Raffek, endlich aufzuhören, uns polnischen

Eltern und unseren hochwürdigen Geistlichen Wege zu weisen, denn weder sie noch wir werden seinen Weisungen folgen, weil wir alle wissen, daß sie falsch sind. Pfarrer Raffek ist noch nicht Bischof, daß er alle belehren könnte, und selbst wenn er Bischof wäre, würde niemand, wenn er so lehren wollte, auf ihn achten, denn höher steht der Papst und der Wille der Kirche. — Dem verehrten Herrn Pfarrer Kirchmawy dagegen sei Ehre und Lob für die so gründliche und aufrichtige Aufdeckung der Wahrheit, an der die hl. Kirche und wir alle festhalten werden.

Josef aus Ponischek (?)
und mehrere andere.

Aus Nr. 124 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 19. Oktober 1909:

Ein Pfarrer

Schreibt an unsere Leser und Leserinnen, was folgt:

In der Gazeta Opolska leset ihr, daß „es manche Geistliche gibt, die den Religionsunterricht nur deutsch erteilen.“ Zu diesen Geistlichen gehört, wie euch bekannt ist, auch Pfarrer Raffek in Tarnowitz (früher in Komornik, Kreis Neustadt). Er verteidigt seinen Standpunkt sogar mit der Behauptung, daß die Sprache als Mittel, die Religion kennen zu lernen, etwas Neben-sächliches, Unwichtiges sei. Wenn aber Pfarrer Raffek recht hätte, so müßte auch die Religion etwas Neben-sächliches sein; warum denn? Weil die Religion gleichfalls ein Mittel ist, Gott zu erkennen und zu erreichen. Durch seine Behauptung, die Muttersprache sei bei der Erteilung des Religionsunterrichts etwas Neben-sächliches, bekennet sich Pfarrer Raffek, ohne es zu wollen, als Anhänger jenes religiösen Indifferentismus, dessen Grundsatz lautet: „Ob Christ, ob Jude, ob Gottentot, wir glauben all' an einen Gott.“ Laßt euch, liebe Leser, nicht betören, sondern schätzt vielmehr die Muttersprache als etwas überaus Wichtiges und Heiliges, und schickt eure polnischen Kinder nur in den polnischen Beichte- und Kommunionunterricht. Lehrt auch stets eure Kinder polnisch lesen und schreiben, hört sie zu Haus ab, was ihnen der Priester im Katechismus zu lernen aufgibt, und ihr werdet dadurch viel dazu beitragen, daß eure Kinder zu frommen Katholiken und guten Polen erzogen werden.

Aus Nr. 234 des Górnosłazak (Kattowitz)

vom 12. Oktober 1909:

Die polnischen Vereine

sind — nach Ansicht der Polizei — schon allein deshalb politisch, weil sie polnisch sind. Damit müssen wir rechnen und in allen Satzungen den Paragraphen streichen, der besagt, daß sich der Verein mit Politik nicht befasse. Wir warnen vor einem solchen Paragraphen, um unnötige Prozesse und Strafen zu verhüten. Selbst wenn sich ein Verein mit Politik niemals befasse und ihrer nicht einmal Erwähnung täte, so sollte auch dann in den Vereinsatzungen der Paragraph, daß in dem Verein die Politik ausgeschlossen sei, gestrichen werden. Am besten wäre es, in den Satzungen folgenden Paragraphen aufzunehmen: Der Verein befaßt sich nicht mit Politik, jedoch ist in ihm die Politik nicht ausgeschlossen.

Aus Nr. 239 des Górnosłazak (Kattowitz)
vom 17. Oktober 1909:

Ich kuriere

verschiedene Krankheiten auf natürliche Weise, und als 20jähriger Praktiker im ärztlichen Fach habe ich eine große Erfahrung aus Kliniken und Lazaretten in Polen. Hier in Preußen erteile ich mit Erlaubnis der medizinischen Behörde Kranken Ratschläge und Hilfe. Ich habe viele Leute von veralteten schweren Leiden geheilt, und ich besitze dafür viele Danksgungen. Ich empfehle mich sehr.

Achtungsvoll Benedikt Jaworski.

Jabrze, Dorotheenstr. 72.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 5 des Narodowiec (Herne)
vom 12. Oktober 1909:

Eine polnische Organisation der Polen in der Fremde.

Wir besitzen in der Fremde eine große Berufsorganisation, die „Polnische Berufsvereinigung“, die nur soziale und wirtschaftliche Zwecke verfolgt; wir haben Kirchenvereine, welche die Mitglieder vor moralischen Gefahren bewahren sollen; wir haben Gesangsvereine zum Zwecke der Pflege des Gesanges und Sokol-Vereine, welche die Gymnastik pflegen.

Die Zahl unserer Vereine ist bedeutend, doch die Zahl der Mitglieder läßt zu wünschen übrig. Aus diesem Grunde und deshalb, weil dieselben Personen zum großen Teile den genannten Vereinen angehören, finden wir viele Landsleute, die da sagen, daß wir in der Fremde genug Vereine und Organisationen haben und daß es nicht nötig sei, noch neue zu schaffen; sie sagen, man müsse vor allem dafür sorgen, daß sich diese alten Vereine besser entwickelten.

Diejenigen, die so sprechen, haben ohne Zweifel die besten Absichten, aber sie verkennen, daß es uns Polen trotz der verschiedenartigen Vereine tatsächlich an einer guten und lebensfähigen Organisation mangelt. Die Vereine und Organisationen, die wir aufgezählt haben, verfolgen keine politische Zwecke, und uns Polen fehlt es gerade an einer rein politischen Organisation, bei der die Politik Hauptzweck wäre. Es handelt sich hierbei nicht, wie die Katakisten anzunehmen bereit sind, darum, für die Wiederaufrichtung des polnischen Reiches und die Abtrennung Westfalens und Rheinlands vom Königreiche Preußen die Sensen zu schleifen, sondern es handelt sich um Organisationen, um Vereine, in denen wir die laufenden politischen Sachen besprechen und uns in politischen Angelegenheiten belehren könnten. Während der letzten Verhandlungen im deutschen Parlament und während der Diskussion über die neuen Steuern empfand jeder, wie sehr uns Polen in der Fremde ein Verein fehlt, in dem wir uns hätten gegenseitig in den uns so sehr angehenden Fragen aussprechen und belehren können.

Polnische politische Vereine sollten sich neben anderen Vereinen in der ganzen Fremde befinden, sie sollten nationales und bürgerliches Selbstbewußtsein verbreiten. Darauf kann man antworten, daß eine solche Organisation seit vielen Jahren in der Fremde besteht, es ist das der „Polenbund in Deutschland“, der eine solche Organisation sein sollte, es aber leider nicht ist. Hier und da hörten wir etwas von den Abteilungen des „Polenbundes in Deutschland“, sie erfüllen aber leider nicht die Aufgaben, die sie erfüllen sollten. Die Fonds des „Polenbundes in Deutschland“ sind in den letzten Jahren zusammengeschmolzen.

Es befanden sich einstmals in der Kasse des Verbandes nahezu 3000 M., in diesem Jahre sind in der letzten Generalversammlung nur noch wenig über 1000 M. angegeben worden. Die Generalversammlung des „Polenbundes“, welche in diesem Jahre in Bochum stattfand, beschloß, der Hauptvorstand möge Schritte zwecks Verschmelzung mit der Strasz unternehmen. Es sollte zu diesem Zwecke eine neue Generalversammlung einberufen werden, die um die Pfingstzeit stattfinden sollte; der Vorstand sollte in dieser Versammlung Bericht erstatten über die von ihm unternommenen Schritte. Ferner wurde auf Antrag des Herrn Michael Kwiakowski beschlossen, jene tausend und etliche hundert Mark, die sich in der Volksbank in Bochum befinden, nach Posen in die polnische Bank zu senden, in der sie früher eingezahlt waren. Dieser Beschluß ist deshalb gefaßt worden, weil an der Spitze des „Polenbundes“ und an der Spitze der Volksbank in Bochum fast dieselben Personen standen und die Volksbank für öffentliches Geld nicht die Garantien bot, die man im Interesse solcher Fonds verlangen muß. Der Vorstand des „Polenbundes“ hat indes bis jetzt eine Generalversammlung noch nicht einberufen, obgleich das Pfingstfest schon längst verstrichen ist.

Und so weiß man denn auch gar nicht, ob auch die anderen Beschlüsse ausgeführt worden sind. Es ist uns auch bekannt, daß in manchen Abteilungen des „Polenbundes“ über den gegenwärtigen Vorstand Klagen laut werden und daß sich z. B. in Dortmund die Abteilung des „Polenbundes“ vom Bunde vollständig abgetrennt und der „Strasz“ angeschlossen hat.

Ein solcher Stand der Sache kann keinen Polen befriedigen, und jeder Pole fühlt, daß hier durchaus etwas geschehen muß. Deshalb muß jedes Wort, das auf eine Änderung hindeutet, anerkannt werden. Von diesem Gesichtspunkte aus erkennen wir die Bestrebungen des Wiarus Polski, eine Änderung zum Besseren herbeizuführen, gern an und sind mit seinem Projekte, mit dem er in der vorigen Woche hervorgetreten ist, nämlich mit der Schaffung einer solchen politischen Organisation, deren Notwendigkeit jeder Pole in der Fremde empfindet, wohl einverstanden. Gut ist überdies das Bestreben des Wiarus, daß hier in der Fremde an jedem Orte irgend eine politische Organisation bestehen müßte, in der wir unsere Gedanken, Ansichten und Überzeugungen in allen uns betreffenden politischen Angelegenheiten zum Ausdruck bringen könnten. Eine solche Organisation ist für uns Polen in der Fremde um so mehr nötig, als das polnische Hauptwahlkomitee für Westfalen, das Rheinland und die benachbarten Provinzen, dessen Vorsitzender Herr Johann Wilkowsky und dessen Schriftführer der Redakteur des Wiarus, Herr St. Kunca, ist, wie wir hören, durch den Vorsitzenden des Komitees aufgelöst worden ist. Wir gehen vor der Hand nicht darauf ein, ob der Vorsitzende dazu berechtigt war, es genügt uns zu wissen, daß das Hauptwahlkomitee nicht existiert. Es handelt sich jetzt nur darum, ob eine neue Organisation zu gründen ist, oder ob man nicht auch zu dem am Anfange dieses Artikels bezeichneten Ziele gelangen kann mit Hilfe einer der bereits bestehenden Organisationen.

Wir haben den „Polenbund“, und wir haben den „Zentral-Wahlverein“, der freilich noch weniger von sich hören läßt als der Polenbund. Diese Organisationen sind schon bekannt, und deshalb wird die Arbeit leichter sein. Eine Organisation, die gut ist, würde zehnmal mehr Nutzen bringen, als mehrere, die sich gegenseitig bei der Arbeit hinderlich wären. Im Prinzip erkennen wir das Projekt des Wiarus hier in der Fremde als gut an. Wir sind aber der Ansicht, daß man zur Schaffung einer politischen Organisation für die ganze Fremde leichter zum Ziele gelangen könnte mit Hilfe

einer der bereits bestehenden Organisationen, also durch die Wiederbelebung des „Polenbundes“ oder durch die Strastch, oder auch durch den Zentralwahl-Berein, denn es handelt sich hierbei keineswegs um den Namen, sondern um den Zweck und den Erfolg.

So stellt sich die Lage der Sache in der Fremde dar, soweit es sich darum handelt, ob wir überhaupt eine politische Organisation in der Fremde nötig haben.

Aus Nr. 232 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 10. Oktober 1909:

Die schwierige Lage der Polen in der Fremde.

Aus Westfalen wird uns folgendes mitgeteilt:

Die Annahme der Lebensmittelsteuer durch den Reichstag und das Verhalten der Polenfraktion hierzu veranlaßten die sozialdemokratischen Agitatoren mit einer fürchterlichen Wut über die Polen herzufallen, mit der Absicht, ihre Reihen zu lichten; dabei haben sie es hauptsächlich auf die Nationalorganisation der Polen in der Fremde abgesehen. Das Organ des sozialdemokratischen Berufsverbandes die Gazeta Gornicza übergeht fast ganz die Berufsangelegenheiten und befaßt sich in zahlreichen polemischen Artikeln mit der Agitation auf Kosten der polnischen Berufsvereinigung. Es ist selbstverständlich, daß diese demagogische Kampfweise der Sozialdemokraten die polnischen Führer zur energischen Verteidigung zwingt. Ob jedoch die Verteidigungsmittel immer zweckentsprechende sind, darüber läßt sich reden.

In der Nr. 226 des Wiarius Polski vom 2. Oktober d. J. ist unter dem Titel „Einige zeitgemäße Betrachtungen“ ein Artikel enthalten, durch den die Polen in der Fremde aufgefordert werden, die Wahlorganisation wiederherzustellen, weil die Sozialdemokraten, das Zentrum und andere deutsche Parteien ihre Wahlorganisationen auf Kosten der Polen verstärken.

Am 12. Dezember 1897 stellte man auf der allgemeinen Versammlung der polnischen Katholiken in Bochum für Westfalen und für das Rheinland ein Wahlreglement zusammen, und man wählte ein Hauptkomitee. Die Meinungen hierüber waren geteilt; insbesondere konnte man in der Heimat nicht begreifen, weshalb die polnische Minderheit ohne Aussicht auf einen Wahlerfolg und ohne wesentlichen Vorteil eine solche Aufgabe übernahm.

Von der Zeit ab, wo das Hauptwahlkomitee für Westfalen und für das Rheinland ins Leben gerufen wurde, haben bereits einige Reichstagswahlen stattgefunden. Die Zahl der polnischen Stimmen stieg beständig, wodurch die Organisation die Fähigkeit erlangte, Kompromisse abzuschließen. Im Jahre 1907 schloß sie sich den „Oppositionsparteien“ an und verhalf den Sozialdemokraten aus dem Essener Kreise zum Siege. Im Jahre 1908 hingegen unterstützte sie erfolgreich während der Reichstagswahlen die Zentrums-kandidaten.

Als Schriftführer des Hauptwahlkomitees fungiert seit zwei Jahren der Redakteur des Wiarius Polski, Herr Stanislaus Kuma. Wenn daher heute der Wiarius Polski mitteilt, daß sich das Hauptwahlkomitee in vollständigem Auflösen befinde, dann kann man dieser Mitteilung Glauben schenken, denn sie kommt von gut unterrichteter Seite. Ob aber eine Wiederherstellung der Organisation für das Emigrantentum unbedingt notwendig ist, darüber schweigt der Artikel in dem Wiarius Polski.

Die polnische Wahlorganisation in Westfalen und Rheinland hat während der Reichstagswahlen im Jahre

1907 an Wählern die ansehnliche Zahl von 26 000 erreicht; dieser Erfolg ist jedoch nicht der Wahlorganisation, sondern der kulturellen und nationalen Aufklärungsarbeit zu verdanken. Die von den Polen in der Fremde auf eigene Faust unternommenen Wahlen verursachten uns viele Verluste und brachten wenig Nutzen ein. Außerdem vermehren sich beständig die Unkosten für die Wahlagitation und es besteht keine Aussicht zu ihrer Deckung. Gemäß dem Bericht des Hauptwahlkomitees sind Forderungen des Verlags des Wiarius Polski aus vergangenen Jahren im Betrage von 1384 M. noch nicht bezahlt; auch ist nicht bekannt, wer die Unkosten für die zukünftigen Wahlen tragen soll. Die Aussicht, auf das Abhängigwerden des Komitees von dem Zeitungsverlage, kann aber für die demokratisch gesinnten Elemente, denn aus solchen rekrutieren sich hauptsächlich die westfälischen Agitatoren, nicht verlockend sein.

Der beabsichtigten Erneuerung der Wahlorganisation soll als Ursache die Verteidigung der Interessen der Polen in der Fremde zugrunde liegen. Wenn es daran liegt, daß eine Wahlorganisation bestehen soll, der wird auch Mittel und Wege finden, um sie wieder ins Leben zu rufen. Auch besteht kein Zweifel, daß das Hauptwahlkomitee wieder in den Händen von ehrgeizigen Individuen liegen wird. Eben- sowenig kann man darüber im Zweifel sein, welchen sozialen Wert eine Organisation haben wird, die rücksichts- lose Opposition zum Prinzip erhebt. Nach den Aus- führungen im Wiarius Polski sollen die Polen in der Fremde bei den Hauptwahlen für einen Polen stimmen, und bei den Stichwahlen sollen sie sich ihrer Abstammung enthalten.

In dem Wählen eines polnischen Kandidaten erblickt man hier ein Hauptagitationsmittel zur Erhaltung der Wähler im Gefühle ihrer nationalen Sonderstellung; dagegen in einem Kompromiß mit irgend einer deutschen Partei die Gefahr einer Verwischung der nationalen Grenze und einer Annäherung an die deutsche soziale Bewegung.

Die Führer der polnischen Berufsvereinigung befürchten, daß durch Unterstützung eines Zentrums- kandidaten die Allgemeinheit der polnischen Arbeiter sich der Bewegung der deutschen Arbeiter anschließen würde.

Der nationale Wert der Wahlagitation ist jedoch übertrieben, denn nicht die Wahlen erzeugen hier die nationale Tüchtigkeit, sondern umgekehrt! Darum ist die Sorge um Wiederherstellung der Wahlorganisation überflüssig. Hingegen sollten wir der nationalen und kulturellen Frage mehr unser Augenmerk schenken.

In derselben Nummer des Wiarius Polski befindet sich ein kurzer Artikel aus Gelsenkirchen über die finan- ziellen Schwierigkeiten, in die der „Josaphat-Berein“ geraten ist. Eine zur Gesundung dieser finanziellen Kalamitäten unternommene Arbeit würde der polnischen Gesamtheit tausendmal mehr Nutzen bringen als die Wiederherstellung des Hauptwahlkomitees, das offenbar nicht in dem Maße das Interesse der breiten Masse der Polen in der Fremde erweckt, wie es dessen Gründer erwarteten.

Aus Nr. 6 des Narodowiec (Herne)
vom 14. Oktober 1909:

Die Stadtverordnetenwahlen in Recklinghausen-Süd.

Wir erhalten die Nachricht, daß zu den im No- vember stattfindenden Wahlen die Polen mit der Zentrums- partei ein Kompromiß abgeschlossen hätten.

Im laufenden Jahre wählt die dritte Klasse in Necklinghausen-Süd nur einen Stadtverordneten. Das Zentrum hat diesen Stadtverordneten den Polen zuerkannt und seine Unterstützung versprochen.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 460 der Nowa Reforma (Krakau)
vom 7. Oktober 1909:

Zum dreißigjährigen Bestehen des Zweibundes.

Heute sind es dreißig Jahre her seit der Unterzeichnung des Schutz- und Trutzbündnisses zwischen Österreich und Deutschland. Die deutsche Presse, namentlich die in Österreich, begeht feierlich das Jubiläum, indem sie dessen wohlthuenden Einfluß auf das Schicksal Europas im Laufe der letzten drei Jahrzehnte preist.

Diese Lobeserhebungen sind natürlich stets übertrieben. Wenn nämlich das Bündnis tatsächlich gewissermaßen eine Sicherstellung des Friedens war, so war es in höherem Maße noch eine der Hauptursachen für den gewaltigen Aufschwung des Militarismus in Europa. Das auf Österreich sich stützende Preußen konnte, da es sich dadurch die östliche Grenze gesichert hatte, seinen Eroberungsgelüsten auf der See einen um so freieren Lauf lassen, konnte seine Kräfte für fortwährende Rüstungen zu Wasser und zu Lande sammeln, wodurch sich Europa in ein Kriegslager in Friedenszeiten verwandelte. Man muß nur die Milliarden von Steuern berücksichtigen, welche während des Bestehens des Zweibundes für das Heer ausgegeben wurden, die Verluste, welche die Bevölkerung aller Militärstaaten durch Ableisten der Militärpflicht hat erleiden müssen, man muß schließlich den negativen Einfluß in Erwägung ziehen, welchen der Kultus der bewaffneten Faust auf die breiten Bevölkerungsschichten der mitteleuropäischen Staaten ausübt, um zu verstehen, daß, wenn der Zweibund ihnen tatsächlich 30 Jahre des Friedens sicherte, dies sehr, ja sehr teuer erkauft wurde. Von dem Gesichtspunkte seiner imperialistischen Bestrebungen aus hat Deutschland von dem Zweibunde wirklich sehr viel Nutzen gehabt. Der Zweibund hat es vor der Rache Rußlands für den Berliner Kongreß geschützt. Er hat seine Einflußsphäre in südöstlicher Richtung weit über die Grenzen seiner kühnsten Träume erweitert. Er hat endlich dem deutschen Michel gestattet, sich in einen kleinen Walfisch zu verwandeln, auf welchen der alte englische Walfisch mit immer größerem Haß und immer größerer Unruhe herabblickt.

Von Deutschland kann man wirklich sagen, daß, wenn nicht der Zweibund bestände, es nicht dort stände, wo es heute steht. Anders verhält sich die Sache mit Österreich. Seine Stellung in dem Zweibunde war von Anfang an ungünstiger, als die Deutschlands. Bei Sadowa zerschmettert und aus dem Deutschen Bunde herausgeworfen, bei Sedan aber jeder Hoffnung auf Wiedervergeltung beraubt, blieb Österreich nichts weiter übrig, als sich durch „treue Freundschaft“ vor dem Feinde zu schützen, welchen es weder durch Kanonen, noch durch seine in jener Zeit ausnahmsweise unfähige und kurzsichtige Diplomatie lahmzulegen verstand.

Diese Stellung eines Weibes, das man zur treuen Liebe durch grausame Schläge gezwungen hatte, nahm Österreich in dem Zweibunde bis in die neuesten Zeiten hinein ein. Daß sie weder ehrenvoll, noch einträglich war, daß ganz Europa zeitweise den Eindruck gewann,

als ob sich zwischen Berlin und Wien geradezu ein Lehnverhältnis herausgebildet hätte, das sind alles die Folgen — dieser erzwungenen Liebe.

Erst in dem vergangenen Jahre wagte der kühne und unternehmungslustige Graf von Aehrenthal es, mit seinen Ansprüchen an die Vorteile aus dem Zweibunde, die bis jetzt fast ausschließlich zu Gunsten Deutschlands flossen, hervortreten. Die Einverleibung Bosniens und die diplomatische Niederlage seiner Gegner waren die Folge dieses Vorgehens. Die deutsche Presse ist geneigt, die Bedeutung dieser Erregungsschicht zu überschätzen. In Wirklichkeit aber steht sie in keinem Verhältnis zu den Vorteilen, welche Deutschland aus dem Zweibunde davontrug. Jedenfalls gleicht sie nicht die Schäden aus, welche Österreich bei einer regelrechten Entwicklung des inneren Lebens, zum großen Teil infolge übermäßiger Nachgiebigkeit Berlin gegenüber erlitten hat.

Der Aufschwung des Pan germanismus, die Unfähigkeit zur Lösung nationaler Fragen und zur Umgestaltung des Staatswesens nach einer den Bedürfnissen und Forderungen der ungeheuren Mehrheit seiner Bürger entsprechenden Richtung hin — das sind die indirekten negativen Folgen nicht so sehr des Zweibundes selbst, als der ungünstigen Stellung, die Österreich darin einnimmt. Das Rad der Geschichte dreht sich nicht nach rückwärts. Die Abstellung und Änderung aller dieser Bedingungen, unter welchen das Bündnis Österreichs mit Deutschland zur Notwendigkeit wurde, liegt nicht in der Macht der jetzigen Generation. Die unter den Slawen laut werdenden Proteste gegen den Zweibund haben deshalb lediglich den Wert platonischer Seufzer.

Wenn jedoch der Zweibund eine Notwendigkeit für Österreich ist, so folgt daraus nicht, daß er den Gegenstand des Luxus und Komforts für Deutschland bilde. Die europäische Lage ist insbesondere heute eine derartige, daß Deutschland Österreich mehr braucht, als Österreich Deutschland. Diese Tatsache müßten die Leiter der österreichischen Politik gehörig ausnützen, indem sie sich mit dem anderen „hohen Kontrahenten“, der vor 30 Jahren den Bundesakt durch die Hand Bismarcks unterschrieben hatte, eine völlig gleichberechtigte Stellung sicherten.

Aus Nr. 465 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 5. Oktober 1909:

Deutsche Kleinarbeit.

Lemberg, den 5. Oktober.

Die Deutsche Propaganda in Galizien tritt, je breitere Kreise sie schlägt, um so dreister und zwar in einer angreifenden und herausfordernden Weise auf. Wer „das deutsche Volksblatt für Galizien“ mit Aufmerksamkeit liest, der wird in jeder Ausgabe Beweise finden, welche die obige Behauptung bestätigen. Systematisch und beharrlich wird dort der Haß gegen die polnische Nation geschürt, alles, was polnisch ist, als schlecht verschrien, „deutsche Kleinarbeit“ zwecks Stärkung des Deutschtums auf dem deutschen galizischen Boden betrieben. Das „Volksblatt“ schreibt nicht mehr von galizischen Deutschen, sondern von „einem deutschen Volke in Galizien“, welches, seiner Ansicht nach, „sich das Recht an das galizische Land mit „Fleisch und Blut“ erworben hat.“

Und möge niemand behaupten, daß es sich hier nur um die Erhaltung der Deutschen in Galizien bei ihrer Nationalität handele! Nein, es ist dies ein Angriffskampf, ein von Berlin aus geleiteter Kampf. Im

Zuli d. J. wurde in Neu-Sandez ein „deutscher Lehrerverband in Galizien“ gegründet, der sich dem allgemeinen deutschen Verbands angeschlossen und sich vollständig in den Dienst der alldeutschen Propaganda stellte. Der allgemeine Verband nahm mit ungeheurer Freude die patriotischen galizischen Kollegen auf und legte ihre zukünftige Tätigkeit in folgender Weise fest:

„Unser Verband will Sie zu einer großen Aufgabe verwenden: Sie sollen die Apostel des deutschen Geistes und Charakters in Galizien, die unbeugsamen Stützen des Deutschtums in diesem Kronlande werden.“ . . . Und diese Lehrer verbreiten wirklich ihre Lehren, natürlich im Geiste des Hasses und der Aufhebung. Fast in jeder deutschen Ansiedelung werden alldeutsche patriotische Versammlungen und Festlichkeiten veranstaltet, in denen deutsche Wanderlehrer die deutsche Begehrlichkeit aufstachelnde Reden halten.

Die letzte Nummer des Deutschen Volksboten bringt jedoch noch etwas mehr! Dieses Blatt enthält die Forderung, daß den galizischen Deutschen eine besondere nationale Vertretung in dem Landtage eingeräumt werden solle

Wir wissen also jetzt, auf welchem Wege die Deutschen in den galizischen Landtag hineingelangen wollen, um eine deutsche Frage zu schaffen. Diesen Bestrebungen muß schleunigst ganz entschieden entgegengetreten werden, denn wenn wir, wie das bei uns Sitte ist, nur halbe Arbeit machen, so kann aus der Sache eine große Gefahr für uns entstehen. Für den Fall, daß die bekannte „lex Axmann“ die kaiserliche Bestätigung erhalten und Gesetz werden sollte, müßte schleunigst auf diese Weise der Entstehung eines deutschen agitatorischen Schulwesens in Galizien vorgebeugt werden.

Aus Nr. 462 des *Slowo Polskie* (Lemberg)
vom 4. Oktober 1909:

Fortschritte des Polentums.

Ein höherer deutscher Beamter, Geheimrat Koch, der 25 Jahre in der Provinz Polen tätig war und jetzt nach 12jähriger Abwesenheit Posen und dessen Umgegend besuchte, beschreibt in der Post die in der Hauptstadt von Großpolen gemachten, höchst interessanten Wahrnehmungen. Sie bilden gewissermaßen die Antwort auf die Frage, wie das Ergebnis des seit 20 Jahren bereits zwischen dem verschärften Germanisierungssystem und dem Polentum geführten Kampfes sei und auf welcher Seite in diesem Kampfe der Sieg geblieben sei.

Bekanntlich brüsten sich die Hafatisten mit den Erfolgen ihrer Politik und bemühen sich, sowohl die Regierung, als auch die übrige deutsche Bevölkerung davon zu überzeugen, daß das von ihnen unterstützte System erfolgreich sei, dem Deutschtum das Übergewicht sichere und weiter erhalten, ja sogar verschärft werden müßte. Von polnischer Seite dagegen ist schon wiederholt festgestellt worden, daß das antipolnische System vollständig seinen Zweck verfehlt, daß das Polentum keineswegs infolge der Bedrückung Rückschritte macht, sondern, auf gewissen Gebieten wenigstens, sehr bedeutende Errungenschaften aufzuweisen hat.

Geheimrat Koch teilt diese Überzeugung vollständig. Vor allen Dingen waren die in der Gegend des ehemaligen Berliner Tores vorgenommenen Veränderungen, der stattliche Bau des Kaiser Schlosses, die langen Reihen hoher Wohnhäuser dort, wo früher Getreidefelder in Jerich standen, usw. für ihn eine große Überraschung. Dieser Eindruck steigerte sich, jedoch in negativer Hinsicht,

als der Verfasser des Artikels bei dem Besuch der Altstadt das erstklassige Riesenhotel, an der Stelle des schon immer stolzen Bazar, erblickte, als er an der Ecke des Alten Marktes ein polnisches Warenhaus sah, in welchem kein Wort daran erinnert, daß man sich auf deutschem Boden befindet, als er bemerkte, daß ehemalige Versammlungsorte der Deutschen jetzt das Eigentum der Polen geworden sind, daß überall polnische Firmen sind, daß deutsche Kaufleute gar nicht zu sehen sind; kurz, er stellt einen beispiellosen wirtschaftlichen Fortschritt — auf Kosten der Deutschen fest und, wie es ihm scheinen will, ohne erfolgreichen Widerstand von deutscher Seite.

Einen noch schlimmeren Eindruck gewann Herr Koch von seinem Aufenthalt auf dem Lande und in einem kleinen Nachbarstädtchen. Der polnische Bauer, schreibt er, kehrt nicht mehr — so scheint es wenigstens — betrunken aus der Stadt nach Hause zurück; dessen Wohnhaus und Stallungen sind älter, als die der Ansiedlungskommission, aber sie sind, was man früher nicht kannte, besser erhalten. Er hat in seinem Garten Obstbäume und Blumen, auf dem Felde Oldenburger Vieh und schöne Pferde im Stalle. Man findet zwar, namentlich in der kleinen Stadt, noch manche Spur des alten Schmutzes und der alten Rückständigkeit, dagegen macht sich ein erbittertes Sichernhalten und eine auffallende Geringschätzung, namentlich einem deutschen Gäste gegenüber, bemerkbar. Ja noch mehr: alle Ziegeleiarbeiter, der einzigen Industrie in der Gegend von Posen, sind organisiert, jedoch nicht von Sozialdemokraten oder von einem Berufsverbande, sondern von dem — Pfarrer, der ihnen das Zusammenhalten und die Verbesserung ihrer Ansprüche als eine Nationalpflicht schildert. Ja, der Pfarrer geht noch weiter: er verbietet das Schnapstrinken als einen nationalen Schadenstifter und dieses Verbot wird sich als mächtiger erweisen, als die lärmende Resolution auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Leipzig, und falls der Pfarrer auch diese Schlacht gewinnen sollte, dann wird für das Polentum etwas Großes geschehen, es wird dies ein Erfolg sein, der für uns Deutsche eine harte Nuß sein wird. Indem er insbesondere die früheren, ihm sehr gut bekannten Verhältnisse mit den jetzigen vergleicht, kommt Koch zu der Schlussfolgerung, daß sich das polnische Element zu Ungunsten des deutschen ungeheuer entwickelt und daß der Sieg keineswegs gesichert ist, wie dies die Hafatisten den breiten Bevölkerungsschichten einreden wollen. Weniger Interesse haben für uns die tendenziös geschilderten Ursachen dieser Änderung in den Verhältnissen und die Mittel und Wege, mit welchen Geheimrat Koch dem Deutschtum in den polnischen Landesteilen zum Siege verhelfen will. Es sind dies übrigens keine ganz neuen Mittel und Wege und, sie beruhen auf dem Aufgeben der Politik der Nadelstiche und auf dem Aufhalten der Auswanderung deutscher Intelligenz aus den polnischen Landen. Maßgebend ist die Feststellung der Tatsache, daß alle Bemühungen, Posen den Stempel einer deutschen Stadt aufzudrücken, die wirtschaftliche und politische Entwicklung des polnischen Volkes zu unterdrücken, vollständig fehlschlagen.

Angeichts der elementaren Macht, durch welche sich die polnische Gesellschaft auszeichnet, angeichts deren sittlichen Gesundheit, Arbeitsamkeit und der Fähigkeit, sich den Existenzbedingungen anzupassen, sind die Verwaltungskünste und politischen Schikanen erfolglos, und wir stellen mit Freuden fest, daß auch die Deutschen, welche ihre Augen offen halten, mit Bedauern ihre Ohnmacht einer Nation gegenüber einräumen müssen, die leben will und trotz aller Hindernisse vorwärts zu schreiten versteht.

Aus Nr. 459 des Dziennik Polski (Lemberg)
vom 29. September 1909:

Gegen die Preußen.

Lemberg, den 29. September.

Bekanntlich haben sich die Preußen niemals in Deutschland einer übermäßigen Sympathie erfreut und ihre süddeutschen Landsleute brachten ihnen sogar unleugbar Antipathie entgegen; ihre Verdienste jedoch bei der Wiedererrichtung des Deutschen Reiches, das Glück der Waffen und der Diplomatie unter deren Führung, der wirtschaftliche und staatliche Aufschwung, dies alles bewirkte, daß die Antipathien teils nachließen, teils völlig verstummten.

Jedoch nicht für längere Zeit. Nach dem Rücktritt Bismarcks, der durch seine Individualität die Verhältnisse niederdrückte, fingen unter seinen kleinen, aber immer hochmütigeren Nachfolgern, unter der Regierung des von seiner göttlichen Sendung und seinem Übergewicht gegenüber allen Fürsten dieser Welt durchdrungenen Kaisers die Feindschaften an, sich neu zu beleben und immer häufiger, obwohl ziemlich bescheiden in Erscheinung zu treten. Preußens Hochmut, die Art und Weise der Behandlung der Bundesstaaten, die Propaganda des Protestantismus, der in roher Weise alle alten Überlieferungen vernichtende preußische Militarismus sind Faktoren, die diesen Antagonismus aufrecht erhalten und ihn sogar nähren. Dies kam wiederholt zum Ausdruck, leztthin bei der Wahlagitation seitens der Leiter des freiwilligen Flottenvereins, die einen scharfen, zwar keinen offiziellen, nichtsdestoweniger aber auf die Regierung und die Höfe sich berufenden Konflikt zwischen Preußen und Bayern hervorrief. Das zum großen Teile katholische Bayern, welches seine staatlichen und dynastischen Überlieferungen besitzt, konnte sich nicht und wird auch lange sich nicht mit der Rolle ausöhnen wollen, zu welcher es Preußen herabdrückte; und obwohl sich die Erscheinungen der Mißstimmung naturgemäß in äußerst enger Grenze halten, so sind sie doch vorhanden und man muß mit ihnen rechnen.

Die bayrischen Prinzen ließen sich wiederholt in einer für Preußen nicht gerade angenehmen Weise ver-

nehmen, aber auch in den parlamentarischen Kreisen begegnet der preußische Hochmut noch bei den bayrischen Abgeordneten dem stärksten Widerstand. Einer von ihnen, das Zentrumsmitglied Irl, hielt unlängst vor seinen Wählern eine Rede, in der er die hegemonischen Gelüste Preußens im Kaiserreich scharf angriff. Die aufs äußerste gereizte preußische Presse erklärte ihn für einen Verräter, der die Zertrümmerung Deutschlands anstrebe. Gegen diesen Vorwurf verteidigte sich der Abgeordnete Irl in der „Germania“ in folgender Weise:

„Ich sagte tatsächlich: „Wir Bayern sind der Ansicht, daß, falls wir mit Preußen nichts zu tun gehabt hätten, es für uns zweifellos besser wäre“. Meine Worte muß man jedoch so verstehen, daß sie sich weder auf das Land noch auf den größten Teil der Bevölkerung beziehen, — sie sind lediglich die Feststellung einer durch mich beobachteten Tatsache, daß in Bayern eine starke Mißstimmung gegen diejenigen Preußen herrscht, die stets alles besser wissen wollen als andere, die überaus geräuschvoll auftreten und alle anderen von oben herab behandeln wollen.“

Die Ansicht besteht nicht nur in Bayern, sondern auch in den anderen Bundesstaaten. Die Schuld daran tragen die Preußen selbst. Wir sind und bleiben gut deutsch; wenn sich jedoch in unserem Volke eine Abneigung gegen die Preußen geltend macht, so kommt das daher, daß man das Reich unter Preußens Führung Riesenausgaben aussetzte, die einst nötig waren, die aber das Volk schwer drücken. Das Volk ist katholisch und kann deshalb den Preußen nicht wohlgesinnt sein, weil in der Regel die Katholiken von allen höheren Würden und Staatsämtern ausgeschlossen werden, was stets und systematisch geschieht. Das habe ich gesagt und halte es aufrecht, auch wenn die liberale Presse über mich noch weiter herfallen sollte, wie eine hungrige Meute über einen Knochen, denn Widerwillen müssen Menschen hervorrufen, die — Ansprüche auf Bildung erhebend — die Worte anderer verdrehen, indem sie ihnen Absichten unterstellen, die sie nicht gehabt haben.“

Der Abgeordnete Irl hat in seiner Richtigstellung die Gefühle seiner Landsleute gründlich wiedergegeben und deshalb verdienen seine Worte Beachtung.

